

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch
Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde
Band: 48 (1928)

Rubrik: Zürcher Chronik 1922/1923 : 1. April 1922 bis 31. Dezember 1923

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Chronik 1922/1923.

1. April 1922 bis 31. Dezember 1923.

Bearbeitet von Emil J. Hofmann, Zürich.

1922.

April.

1. Gegenüber dem höchsten Stand der Lebenskosten in den Monaten Juli bis Oktober 1920 ergibt sich für den eben verflossenen Monat eine Verminderung der monatlichen Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für Nahrungsmittel, Brenn- und Leuchtstoffe um 55 bis 60 Franken oder um 20 bis 21 Prozent.

Das „Tagblatt“ bringt zwölf Seiten voller Wahlvorschläge für die Erneuerungswahlen des Stadtrates und des Großen Stadtrates.

2. Zur Zeit liegen im Pockenspital wieder 47 Kranke. Die Zahl aller Pockenfranken im Kanton ist jedoch beträchtlich größer, indem immer noch viele Leute ihre Erkrankung zu verheimlichen pflegen.

Bei der kantonalen Volksabstimmung werden alle vier Vorlagen angenommen, nämlich: 1. Das Gesetz über den gewerbsmäßigen Viehhandel mit 61,627 gegen 37,199, 2. der Kredit für den Bau einer Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten mit 68,032 gegen 35,538, 3. der Kredit für die Erweiterung des Kantonsospitals Winterthur mit 77,766 gegen 25,316, 4. das Gesetz über die Zuteilung von Schottikon an Elsau mit 83,193 gegen 12,794 Stimmen. Die Stadt nimmt sämtliche Vorlagen mit zehnfacher Mehrheit an.

Die Erneuerungswahl des Stadtrates ergibt bei einem absoluten Mehr von 10,869 Stimmen die Bestätigung der acht bisherigen Mitglieder: Nägeli mit 22,248, Dr. Streuli 21,122, Rud 20,888, Kern 20,481, Dr. Häberlin 18,488, Dr. Alöti 18,095, Pflüger 15,982, Ribi 15,319 Stimmen. Neugewählt wird Bezirksanwalt Gschwend mit 13,319 Stimmen. Der Kommunist A. Traber, der während einer Amtsdauer Mitglied des Stadtrates gewesen, erhält 7519 Stimmen und fällt somit aus der Wahl. Nach der Parteizugehörigkeit setzt sich der Stadtrat zusammen aus je drei Freisinnigen und Sozialdemokraten, zwei Demokraten und einem Grütliauer. Als Stadtpräsident wird Hans Nägeli mit 20,027 Stimmen bestätigt.

— Der neugewählte Große Stadtrat besteht aus 44 Sozialdemokraten, 41 Freisinnigen, 13 Kommunisten, 12 Demokraten, 9 Christlichsozialen, 5 Grütliauern und einem Vertreter der evangelischen Volkspartei. Gegenüber der bisherigen Zusammensetzung gewinnen Freisinnige und Demokraten je zwei Sitze, Christlichsoziale und evangelische Volkspartei je einen, während Sozialdemokraten, Kommunisten und Grütliauer zusammen sechs Sitze verlieren.

4. Der städtische Wohnungsanzeiger weist folgende Mindest- und Höchstpreise für unmobilierte Wohnungen auf: ein Zimmer 600 bis 648 Franken; zwei Zimmer 600—1600 Franken; drei Zimmer 650 bis 2500 Franken; vier Zimmer 1200—2800 Franken; fünf Zimmer 1450—5500 Franken; sechs Zimmer 2800—5000 Franken; sieben und mehr Zimmer 1400—14,000 Franken.

Die Geschäftsleitung des Lebensmittelvereins stellt wegen Lohn-differenzen 370 Angestellten die Kündigung zu.

Es wird ein Initiativbegehren zur Unterzeichnung aufgelegt, das vermehrten Schutz der Fußgänger vor den Motorfahrzeugen verlangt; unter andern durch ein Fahrverbot für mindestens fünf aufeinanderfolgende Nachtstunden, sowie für Sonn- und Feiertage, im Sommerhalbjahr von 13—21 Uhr, im Winterhalbjahr von 13—19 Uhr.

5. Als Protest gegen die kantonale Steuerpraxis beschließt die Aktionärversammlung der Firma Blumer und Biedermann (Baumwollspinnerei, Buntweberei und Gießerei) in Kobas-Freienstein die Auflösung der Gesellschaft.

In der Stadt trifft eine aus neunzehn Abgeordneten der französischen Kammer bestehende technische Kommission ein zum Studium der technischen Einrichtungen der Zürcher Universität sowie des Technikums in Winterthur.

7. Die Generalversammlung der Getreidebörse spricht sich einmütig für die Aufhebung des seit 1914 bestehenden Getreidemonopols aus.
8. Die Gesamtausgaben des Kantons für das Primarschulwesen betrugen letztes Jahr 9,399,546 Franken, die der Gemeinden (ohne Lehrerbefoldung) 13,197,995, oder im ganzen 22,597,542 Franken. Der daran geleistete Bundesbeitrag belief sich auf 323,161 Franken.
9. Die städtische und kantonale Arbeiterschaft begeht in der Stadthalle zusammen mit dem Vorstand des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, sowie mit Abordnungen der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, des National- und Kantonsrates wie des Stadtrates den achtzigsten Geburtstag von Arbeitersekretär Hermann Greulich.
10. Der nunmehr achtzigjährige Arnold Hegetschweiler von Ottenbach steht heute volle 65 Jahre in der Seidenstofffabrik Stehli & Co. in Obfelden in Arbeit.

Der Kantonsrat ehrt sein Mitglied Greulich aus Anlaß des vollendeten achtzigsten Lebensjahres durch Erheben von den Sitzen. Zum Mitglied des Erziehungsrates wird Dr. med. Fingerhut in Zürich gewählt. Sodann werden die Höfe Töbeli, Töfwies und Bolsteren von der Gemeinde Winterthur abgetrennt und der Gemeinde Zell zugeteilt.

11. Dachsen sieht sich genötigt, wegen häufig erfolgter Störung der Nachtruhe den Wirtschaftsschluß auf Mitternacht wiederum einzuführen.
12. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat einen Gesetzesentwurf über die Vereinigung der reformierten Kirchgemeinden der Stadt.
13. Die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen erhalten von nun an einen nach den wohnörtlichen Lebensbedingungen abgestuften

Stundenlohn von 90 bis 120, 80 bis 110 und 70 bis 100 Rappen. Wer von ihnen Angehörige zu unterstützen hat, erhält außerdem einen Zuschuß bis zu 30 Rappen für die Stunde.

15. Eine von der sozialdemokratischen Fraktion des Großen Stadtrates eingereichte Motion regt eine Behördeninitiative an zur Einführung der Verhältniswahl für Gemeindeexekutiven.

Der seit Tagen herrschende Föhn bringt heute die um diese Jahreszeit seit mehr als fünfzehn Jahren nie mehr erlebte Temperatur von 27 Grad Celsius im Schatten zustande.

Die Martin-Bodmer-Stiftung bedenkt den in Glabadel lebenden Dichter Jakob Böhnhardt für seinen an letzter Weihnacht erschienenen Roman: „Der Rufer in der Wüste“ mit dem erstmalig ausgerichteten Gottfried-Keller-Preis von 6000 Franken.

Der päpstliche Nuntius trifft in der Stadt ein und wird sowohl von der katholischen Geistlichkeit als auch vom Regierungs- und Stadtpräsidenten empfangen.

18. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat den Rückzug seiner Initiative für ein Gesetz über besondere Gemeindesteuern, da die Verhandlungen des Kantonsrates zur Genüge bewiesen hätten, daß ein solches Gesetz vom Zürcher Volke abgelehnt würde.

Mit Monatsanfang sind in der Stadt die Schreiner ausgesperrt, außerdem streifen die Tapezierer, in Winterthur die Schreiner.

19. Im letzten Jahr haben die Guthaben der Sparkasse der Stadt Zürich um 1,812,077 Franken zugenommen, so daß ihr Gesamtbestand nunmehr 26,199,681 Franken beträgt.

In Winterthur stirbt im Alter von 72 Jahren alt Bundesanwalt Dr. Otto Kronauer.

20. Der städtische Rechnungsabschluß für 1921 ergibt im ordentlichen Verkehr bei 59,072,682 Franken Einnahmen und 55,340,179 Franken Ausgaben einen Vorschlag von 3,732,503 Franken. Unter Berücksichtigung der Nachtragskredite im Gesamtbetrag von 1,100,220 Franken schließt die Rechnung gegenüber dem Voranschlag um 4,715,450 Franken günstiger ab.

21. Eine freiwillige Sammlung für die Arbeitslosenfürsorge ergibt in Winterthur 83,359 Franken.

22. In der konstituierenden Sitzung des Großen Stadtrates wird das Bureau bestellt aus: Präsident J. Caderas (soz.); erster Vizepräsident Bernhard Widmer (christlichsozial); zweiter Vizepräsident Dr. ing. H. Vertschinger (freisinnig). Als Sekretäre werden gewählt J. Böhnhard (soz.) und Dr. J. Hefli (freis.).

23. Die Kirchgemeinde Außer-Rodl bewilligt 570,000 Franken für den Bau eines Kirchgemeindehauses im Sihlfeld.

24. Das Sechseläuten wird im gewohnten Rahmen (vormittags Kinderumzug und Ball in der Tonhalle, nachmittags Einzelaufmarsch der Bünde) jedoch bei schwankender Witterung abgehalten. Als wesentliche Verbesserung des Verkehrs wird die von der Polizei mittels Voranzeige in der Presse angekündigte und dann durch eine zahlreiche, teils

berittene, teils zu Fuß gehende Ordnungsmannschaft erstmals an diesem Festtage erzielte völlige Absperrung der Fahrbahn empfunden.

26. Der Stadtrat von Winterthur erhebt beim Regierungsrat Einsprache gegen die vom Kantonsrat beschlossene Abtrennung der drei Höfe Löbeli, Lößtwies und Bolstern von der Gemeinde Winterthur.
28. Der städtische Finanzvorstand, Dr. Streuli, reist nach New-York, um daselbst wegen einer früheren Rückzahlung der seinerzeit von der Stadt aufgenommenen Dollaranleihe zu unterhandeln.
29. An der Universität wird der erste Lehrstuhl in der Schweiz für Kinetographische errichtet mit Dr. Franz Heinemann aus Luzern als Dozent.

Mit 54 gegen 41 Stimmen nimmt der Große Stadtrat einen von J. Ortelli (Soz.) gestellten Antrag an, wonach der Stadtrat prüfen und berichten soll, wie die Gemeinde die Arbeitslosen für die vom Bundesrat verfügte Kürzung der Unterstützungsansätze entschädigen könne.

Mai.

1. Städtische, kantonale und private Angestellte gründen eine Bau-genossenschaft.

Am üblichen Maiaumzug der Arbeiterorganisationen beteiligen sich rund 10,000 Personen.

Von nun an beträgt der Milchpreis in der Stadt 33, in den Landgemeinden 30 bis 32 Rappen für den Liter.

3. Im Alter von 102 Jahren stirbt in Bußenhausen bei Pfäffikon die weitaus älteste Bürgerin, Frau Marie Gubler.
4. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat zuhanden der Gemeinde, der Sihltalbahn zur Forterhaltung des Anschlusses ihres Güterverkehrs an die Bundesbahnen auf der Station Wiedikon einen Beitrag von 700,000 Franken zu gewähren, sowie Prioritätsaktien dieser Bahngesellschaft im Betrage von 1,300,000 Franken zu übernehmen.
6. Der Stadtrat von Winterthur verlangt einen Kredit von 385,000 Franken für den Ausbau der Straßenbahn nach Seen.
Die Schüler der Stadt Winterthur werden bei der dortigen Unfallversicherungsgesellschaft gegen Unfall, die Lehrer gegen Haftpflicht versichert.
8. Im „Tagblatt“ erscheint der Aufruf eines hiesigen Komitees zur Unterzeichnung eines eidgenössischen Referendumbegehrens gegen das vom Bundesrat am 7. August 1921 mit Frankreich abgeschlossene, für die wirtschaftliche Sicherheit Genfs verhängnisvolle Zonenabkommen.

Laut den vom statistischen Amt geprüften Haushaltungsrechnungen von 96 dem Angestellten- und Arbeiterstande angehörenden Familien entfallen 43,7 Prozent aller ihrer Ausgaben auf die Ernährung, 13,9 auf die Bekleidung, 12,1 auf die Wohnungsmiete, 4,4 auf die Wohnungsausstattung und 6 Prozent auf Heizung und Beleuchtung.

Der Kantonsrat bestellt sein Bureau aus Oberrichter Otto Lang (soz.) als Präsident, Landwirtschaftslehrer U. Gägi (Bauernpartei) erster und Sekretär Baumann (freis.) zweiter Vizepräsident. Zu Sekretären werden gewählt Redaktor A. Stamm (Winterthur), Müller-Kern (Wülflingen), Stadtrat Wirz (Winterthur), und G. Geß (Höngg). Sodann wird das seit fünf Jahren pendente Gesetz über das Halten von Hunden im Sinne einer Tax-Erhöhung angenommen.

9. Von heute an gelten folgende, zwischen der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion und dem kantonalen Metzgermeisterverband vereinbarten Fleischpreise für das Kilo: erste Qualität Rindfleisch Fr. 3.60 bis 3.30; gutes Kuhfleisch oder zweite Qualität Rindfleisch Fr. 2.80 bis 3.—; mageres, abgeschwartetes Schweinefleisch Fr. 3.50 bis 3.80; Schweinefleisch mit Speck und Schwarten Fr. 2.50 bis 2.70; Schmer Fr. 1.80 bis 2.—; frischer Speck Fr. 1.50 bis 1.70.

10. Mit 50 gegen 38 Stimmen beschließt der Große Stadtrat die beschleunigte Einführung der Arbeitslosenversicherung gestützt auf die dafür schon 1914 angenommene Verordnung.

Die zum zweitenmal hier stattfindenden internationalen Festspiele beginnen mit der Erstaufführung der Oper „Venus“ von Othmar Schoed. Vom 12. bis 30. Mai werden sodann acht andere Opern zur Aufführung gelangen.

12. Die Kantonalbank hatte 1921 einen um 13 Millionen Franken erhöhten Bestand an Obligationen sowie eine Vermehrung der Spareinlagen von 19,7 Millionen gegenüber 8 Millionen im Vorjahre. Der Reingewinn von 2,764,059 Franken ist um 700,000 Franken größer als im Jahre 1920.

Der Stadtrat von Winterthur verlangt einen Kredit von 457,000 Franken für die Neukanalisation der Altstadt.

Eine Ausländerin hatte, nachdem sie aus Stadt und Kanton ausgewiesen worden war, mit einem Schweizer sich verheiratet, um der Ausweisung zu entgehen, worauf dann aber Stadt- und Regierungsrat beim Bundesgericht Nichtigkeitsklage erhoben. Dieses weist nun diese Klage ab und erklärt die Ehe für rechtsgültig.

13. Der Regierungsrat beantwortet das Gesuch des Stadtrates um Verschiebung der Wirkung des Bundesratsbeschlusses betreffend die herabgesetzte Baarunterstützung der Arbeitslosen vom 1. Mai auf 1. Juni in ablehnendem Sinne.

Der von der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion ausgearbeitete Normalarbeitsvertrag für Dienstmädchen in Zürich und Winterthur bestimmt in der Hauptsache: tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden, monatlich sechs Nachmittage (wobon zwei an Sonntagen) frei, jeden zweiten Sonntag frei zum Besuch des Gottesdienstes, Mindestlohn für ungelernte Mädchen 25, für gelernte 40 Franken, nach einjähriger Anstellung 14 Tage Ferien mit bezahltem Lohn sowie einem täglichen Kostgeld von 5 Franken, in Zürich obligatorische Krankenversicherung, wobei drei Viertel der Prämie zu Lasten der Herrschaft fallen.

14. Die Kirchgemeinde Wiedikon bewilligt anderthalb Millionen Franken für den Bau eines Kirchgemeindehauses an der Aemler-Kaltbreite-Straße.

In seinem väterlichen Hause in Regensberg stirbt im 75. Altersjahre Heinrich Angst, Ehrendoktor der Universitäten Zürich und Harvard, Mitgründer und erster Direktor (1893—1903) des Schweizerischen Landesmuseums.

Die Hauptversammlung des Theatervereins beschließt die Vereinigung mit der Theatergemeinde.

15. Der Kantonsrat beendet die am 6. Dezember 1920 abgebrochene Beratung des Gesetzes über die Versorgung von jugendlichen und erwachsenen Verwahrlosten; sodann beschließt er mit 97 gegen 62 Stimmen die Abänderung von Artikel 32, Abs. 2, der Staatsverfassung, wonach die Mitgliederzahl des Kantonsrates für dauernd auf 200 festzusetzen ist.

Rund 150 Geschäftsinhaber der Lebensmittelbranche beschließen die Gründung eines Verbandes zur Wahrung und Förderung ihrer geschäftlichen Interessen.

16. Für dreißig Rekrutenstellen der Stadtpolizei melden sich 560 Bewerber.
17. Der Große Gemeinderat von Winterthur bewilligt 385,000 Franken für den Ausbau der Straßenbahn nach Seen sowie 457,000 Franken für die Neufanalysierung der Altstadt.
18. Die Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt erzielte im letzten Jahr den größten bisherigen Ueberschuß mit 4,670,418 Franken. Er soll ungeschmälert dem Ueberschußfonds der Versicherten zugewiesen werden.
20. Der Baumeisterverband gibt bekannt, rückwirkend vom 1. April an seien die Preise für Tagelohnarbeiten und Fuhrleistungen um 15, für Baumaterial um 20 Prozent gegenüber den Ansätzen vom 1. November 1920 ermäßigt.
21. Die vom Großen Gemeinderat von Winterthur ausgearbeitete Verordnung über die Befoldung der städtischen Beamten und Angestellten wird in der Gemeindeabstimmung mit 4999 gegen 4823 Stimmen verworfen.
22. Bei Beratung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen beschließt der Kantonsrat, die Bestimmungen über das Stimmrecht der Frau seien in einer besonderen Vorlage zur Volksabstimmung zu bringen.

Der Bankrat der Kantonalbank beschließt, mit Wirkung vom 1. Juli laufenden Jahres an, die Herabsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen auf vier Prozent.

24. Der Große Stadtrat beschließt zu Gunsten der Gemeinde die Verbreiterung der Schaffhauserstraße zwischen Schindler- und Guggachstraße im Kostenbetrage von 492,000 Franken, ebenso gemäß Antrag des Stadtrates einen Beitrag von 700,000 Franken an die Sihltalbahngesellschaft zur Beibehaltung ihres Güteranschlusses mit der neuen Station Wiedikon und Uebernahme von 1,300,000 Franken Prioritätsaktien derselben Gesellschaft.

Auf das vor Monatsfrist vom kant. Jugendamt an die Bauersame gerichtete Gesuch um Beschäftigung schulentlassener Knaben sind mehr Stellenangebote eingegangen als stellenlose Knaben angemeldet waren.

25. In Winterthur ergibt die Sammlung freiwilliger Beiträge für eine außerordentliche Arbeitslosenunterstützung rund eine Viertelmillion Franken.
27. Im letzten Jahr hat die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt um 13,273 zugenommen und betrug 34,919, welcher Bestand den Durchschnitt normaler Jahre um beinahe 19,000 übersteigt.
29. Sämtliche See- und Flußbädanstalten der Stadt werden wieder eröffnet bei einer Wassertemperatur von 18° Celsius.
30. Eine von über 800 Personen besuchte Versammlung des Zürcher Bankpersonalverbandes erhebt Einspruch gegen den vom Banksyndikat auf 1. August beschlossenen Lohnabbau sowie gegen die geplante Verkürzung der Ferien.
31. Der Große Stadtrat bewilligt 300,000 Franken für die Vermehrung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung, sowie 50,000 Franken an das Garantiekapital für das im Laufe des Septembers in Dübendorf stattfindende internationale Flugmeeting.

Juni.

1. Der Stadtrat ersucht den Großen Stadtrat um Entlastung für die 1,455,753 Franken betragende Kreditüberschreitung beim Bau der Wohnkolonie Riedtli, der statt den veranschlagten und bewilligten 5,464,700 Franken laut Abrechnung 6,920,453 Franken gekostet hat, wofür 301 Wohnungen und 1 Laden erstellt worden sind.

Der seit sechs Jahren eingestellte Betrieb der Eisenbahnlinie Bülach—Baden wird wieder aufgenommen.

2. Infolge der in den letzten acht Tagen herrschenden sommerlichen Wärme ist die Schneeschmelze in den Alpen ungewöhnlich rasch vorgeschritten, so daß Flüsse und Seen angeschwollen sind. Der Zürichsee steht z. B. schon achtzig Zentimeter über dem normalen Stand von 406 Meter über Meer.
3. Das Frauen-Blindenheim Dankesberg begeht die Feier seines 25jährigen Bestandes. Eröffnet wurde es mit fünf Blinden; jetzt beherbergt es deren 35 im Alter von 18 bis 70 Jahren.

Früh fünf Uhr hat der Limmatklub Zürich in seinem Langwaidling „Turicum“ mit 30 Mann Besatzung die schon 1914 geplante Flußfahrt nach Straßburg angetreten.

6. Die vom Bund, Kanton, Gemeinden und Betrieben seit 1919 bis Ende 1921 an die Arbeitslosen des Kantons Zürich ausgerichteten Unterstützungen belaufen sich im ganzen auf 8,978,000 Franken.

Nachmittags halb drei Uhr findet im Parkettraum des Stadttheaters unter großem Andrang eines erwartungsvoll gestimmten Publikums die Ziehung der Stadttheater-Lotterie — höchster Gewinn 50,000 Franken — statt.

7. Von den dieses Frühjahr aus der Schule entlassenen 7200 Knaben und Mädchen haben bis jetzt alle bis auf 300 eine Arbeits- oder Lehrstelle gefunden.

Der Große Stadtrat wählt gemäß dem stadträtlichen Antrag zu Mitgliedern des Waisenrates die bisherigen Beda Enderli und G. Bockard und neu Pfarrer G. Bockhard und Bezirksanwalt F. Huber. Sodann erklärt er die Motion Robs auf Anwendung der Verhältnismahl für Gemeindebehörden mit 51 gegen 49 Stimmen erhehlich.

In der Tonhalle findet ein Konzert der Königlichen Liedertafel „Apollo“ aus Amsterdam statt zugunsten der Ferienkolonie der Stadt Zürich und der hiesigen holländischen Unterstützungskasse.

8. Im Weinland und anderwärts ist bereits der Heuet im vollen Gang. Der üppige Grastwuchs verspricht allerorten reichen Ertrag.
10. Der Große Gemeinderat von Winterthur beschließt mit 28 gegen 27 Stimmen, die Gemeinde habe den Arbeitslosen für Mai und Juni den vollen und vom 1. Juli an den halben Ausfall zu decken, den sie infolge des Bundesbeschlusses betreffend Herabsetzung der Unterstützung erleiden würden.

Heute und morgen finden die Zürcher Hochschultage statt mit zahlreichen künstlerischen Darbietungen im geschlossenen Raum wie auch auf der Strasse, zu Gunsten der Hilfskasse der beiden Hochschulen und des schweizerischen Hochschulanatoriums in Leysin.

11. In der Gemeindeabstimmung wird die Vorlage über Erhöhung des städtischen Beitrages an die Freiwillige und Einwohnerarmenpflege bis auf 500,000 Franken jährlich mit 15,551 gegen 4294 Stimmen angenommen.

Bei der Gemeindeabstimmung in Winterthur werden die vom Stadtrat verlangten Kredite von 385,000 Franken für den Ausbau der Straßenbahn nach Seen und von 457,000 Franken für die Kanalisation der Altstadt mit grossem Mehr bewilligt.

Zu der eidgenössischen Volksabstimmung über drei Initiativen, die alle mit bedeutendem Mehr verworfen werden, liefert der Kanton folgende Stimmenzahlen: 1. Erschwerung der Einbürgerung 58,161 Nein gegen 10,321 Ja; 2. Schärfere Ausweispraxis 39,763 Nein gegen 24,713 Ja; 3. Wählbarkeit der Bundesbeamten als Mitglieder des Nationalrates 41,140 Nein gegen 28,326 Ja.

13. Der Polizeivorstand untersagt die seit einiger Zeit eingerissene Gepflogenheit, anlässlich von Wahlen oder Abstimmungen vor den Stimmlokalen für Volksbegehren Unterschriften zu sammeln.
14. Der Regierungsrat ernennt eine aus elf Mitgliedern bestehende Kommission zur Prüfung der Frage, ob bei der kantonalen Verwaltung sowie bei der Rechtspflege und den Notariaten wesentliche Ersparnisse erzielt werden könnten.

Eine im Großen Stadtrat eingereichte Interpellation ersucht den Stadtrat um Bericht darüber, warum die Brotpreise in der Stadt von allen Schweizerstädten die höchsten seien.

15. In ihrem 80. Lebensjahre stirbt in Zürich Frau Marie Itzner-Gegetschweiler, Urenkelin des Patrioten Jakob Bodmer in Stäfa und

letzte Enkelin von Dr. Hegetschweiler, der als Abgeordneter des Regierungsrates beim Septemberputsch 1839 auf dem Münsterhof tödlich getroffen wurde.

Die Stadt löst die letzten unter Garantie des Staates gelaufenen Wechsel ein, infolgedessen der betreffende Vertrag zwischen Kanton und Stadt vom 19. November 1919. dahinfällt.

Die Hochschultage vom 10. und 11. Juni ergeben einen Reinertrag von 50,000 Franken, der in gleichen Teilen dem schweizerischen Hochschulanatorium in Leysin sowie den studentischen Hilfskassen der Universität und der Eidg. Technischen Hochschule zugewiesen werden soll.

17. Punkt 12 Uhr mittags wird das neuerbaute Sonnen-, Luft- und Schwimmbad (im Volksmund „Strandbad“) am Mythenquai dem Betrieb übergeben. Es umfaßt rund 12,000 Quadratmeter Sand- und Rasenfläche und gewährt Raum für etwa 700 Personen. Männer- und Frauenabteilung sind voneinander getrennt.

Dem Großen Stadtrat wird zuhanden der Gemeinde vom Stadtrat beantragt, für den Ausbau der Seestraße zwischen Schulhausstraße und Muraltengut einen Kredit von 617,000 Franken auf Rechnung des außerordentlichen Kredits zu erteilen.

18. Die schweizerische Krankenkasse Helvetia mit Sitz in der Stadt hat letztes Jahr 1,791,611 Franken Krankengeld, 156,589 Franken Unterstützung und Stillgeld an Wöchnerinnen sowie 36,320 Franken Beiträge im Todesfall ausgerichtet. Versichert sind 55,194 Personen. Seit ihrer im Jahre 1899 erfolgten Gründung hat diese Kasse 18,125,022 Franken Krankengeld ausgerichtet.

19. Nachdem das Bezirksgericht das von der Bank für Handel und Industrie eingereichte Gesuch um Nachlaßstundung abgewiesen hat, beschließt der Verwaltungsrat die Insolvenzerklärung.

Der Kantonsrat setzt die Beratung des Wahlgesetzes fort und nimmt Kenntnis von mehreren Interpellationen.

20. Eine Abordnung des zürcherischen und aargauischen Regierungsrates ersucht die Generaldirektion der S.B.B. um beförderlichen Bau der Surbtalbahn (Niedertweningen—Döttingen).

22. Bei der Staatskanzlei sind dieses Jahr von den Gemeinden 376 Beitragsgesuche für Notstandsarbeiten eingegangen im Betrage von 18 Millionen Franken, 222 Gesuche für Wohnungsbau im Betrage von 50 Millionen Franken und 81 Gesuche für öffentliche Gebäude mit 23 Millionen Franken Bausumme. Von dieser Gesamtsumme von 91 Millionen sind bereits 7,246,700 Franken vom Regierungsrat bewilligt worden.

23. Mit Stadtrat Elias Hasler begeht die Feier seines achtzigsten Geburtstages.

24. Von 1914 bis 1920 hat die Stadt für kriegswirtschaftliche Zwecke 22,948,596 Franken verwendet und dafür von Bund und Kanton 8,796,109 Franken Beiträge erhalten.

26. Der Kantonsrat bewilligt der Sihltalbahn 350,000 Franken à fonds perdu für den Bau eines Anschlußgleises zur neuen Station Wiedikon.

28. Nach der zwischen dem Stadtrat von Winterthur und dem Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften abgeschlossenen Vereinbarung können Arbeitslose in dessen Lokalen zu Fr. 2.30 täglich ausreichende Verpflegung erhalten.

Die Arbeiterschaft der „Neumühle“ (Escher, Wyß & Co.) beschließt mit 515 gegen 490 Stimmen den Streik.

Der Große Stadtrat genehmigt den Vertrag zwischen der Stadt und den Gemeinden Rüsnach, Erlenbach, Herrliberg, Meilen, Uetikon, Männedorf und Stäfa über den Verkauf ihrer Gasversorgung und der dazugehörigen Konzessionen für 1,205,000 Franken an die Stadt.

Juli.

1. Heinrich Giezendanner von Richterswil, der am 7. Juni 1922 einen Knaben vor dem Ertrinken aus der Limmat errettet hat, erhält die silberne Verdienstmedaille der Stadt.
2. Die Kirchgemeinde Winterthur beschließt Erneuerungsbauten in und an der Stadtkirche im Kostenbetrage von 700,000 Franken.

Die Sekundarschulgemeinde Uster kürzt die Gemeindezulagen der Sekundarlehrer um 600 Franken.

Die Sekundarschulgemeinde Derlikon-Schwamendingen beschließt den Bau eines neuen Schulgebäudes im Kostenbetrage von 1,400,000 Franken als Notstandsarbeit.

Die Gemeindeversammlung Nefenbach beschließt, die Namen von elf widerseßlichen Steuerpflichtigen öffentlich bekannt zu geben.

3. Von jetzt an gelten folgende Brotpreise: Rundbrot 58 Rappen das Kilo, 27 Rappen anderthalb Kilo, 112 Rappen zwei Kilo; Langbrot 62 Rappen das Kilo, 90 Rappen anderthalb Kilo, 115 Rappen zwei Kilo.

Der Regierungsrat schlägt dem Staatspersonal einen freiwilligen Lohnabbau vom 1. Juli an vor, dergestalt, daß das Gehalt der unteren neun Besoldungsklassen monatlich um 30 Franken, und das der obersten drei Klassen um 40 Franken gekürzt würde.

Bei der fortgesetzten Beratung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen beschließt der Kantonsrat u. a., der Stimmende dürfe mehr als zwei Stimmzettel einlegen.

5. Der Große Stadtrat beschließt zuhanden der Gemeinde einen Kredit von 635,000 Franken für den Umbau der Seestraße zwischen Schulhausstraße und Muraltengut. Ferner nimmt er den Antrag des Stadtrates an betreffend Beseitigung der die Frauen- und Männerabteilung im Strandbad trennenden Wand, und schließlich erklärt er (mit Stichtentscheid des Vorsitzenden) die Motion Baumann erheblich, wonach der Stadtrat eingeladen wird, das jüngst erlassene Verbot der Unterschriftensammlung für Volksbegehren vor Wahllokalen wieder aufzuheben.
6. Die Schulpflege Wülflingen gibt öffentlich bekannt, das Amt eines Lehrers der Gemeinde werde infolge der Widerseßlichkeit vieler Schüler je länger desto schwieriger.

8. Vom Februar bis und mit Mai haben 9195 mehr Arbeitslose unterstützt werden müssen als im selben Zeitraum des Vorjahres, so daß die dafür aufgewendete Summe sich auf 2,404,475 Franken beläuft, d. h. nahezu auf das Doppelte des für das ganze Jahr veranschlagten Betrages.
9. Die Gemeindeabstimmung bewilligt folgende Kredite: a) für die Verbreiterung der Schaffhauserstraße 492,000 Franken; b) für einen Beitrag an die Sihltalbahn von 300,000 Franken à fonds perdu und Uebnahme von 1,300,000 Franken Prioritätsaktien mit 14,153 gegen 1328, beziehungsweise 14,020 gegen 1412 Stimmen.
Die Gemeindeabstimmung von Winterthur verwirft die Vorlagen über die Besoldung des städtischen Personals, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die unentgeltliche Feuerbestattung mit zum Teil dreifacher Stimmenmehrheit.
10. Der Kantonsrat lehnt den von kommunistischer Seite gestellten Antrag auf Leistung eines Staatsbeitrages von 10,000 Franken an die Spitalerpedition des Schweizerischen Roten Kreuzes nach Rußland mit 100 gegen 90 Stimmen ab und hört zwei Interpellationen an über die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung sowie über die Arbeitsverhältnisse des Personals der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich.
12. Die Staatsrechnung für 1921 ergibt bei 85,941,390 Franken Ausgaben einen Rückschlag von 6,528,418 Franken. Seit 1890 haben sich die jährlichen Ausgaben des Staates mehr als verdreifacht.
13. Der Gemeinderat von Wetzikon beschließt die Herabsetzung seiner Besoldung um zwanzig Prozent sowie die Einführung der 49-Stunden-Woche für das gesamte Personal der Gemeindeverwaltung.
14. Eine Abordnung von fünfzig Gläubigern der Bank für Handel und Industrie verlangt bei der Bezirksanwaltschaft die sofortige Verhaftung des Verwaltungsratspräsidenten Wilczek.
17. Im letzten Jahr sind 750 Ausländer ins zürcherische Landrecht aufgenommen worden gegenüber durchschnittlich 400 in den Jahren vor dem Weltkrieg.
18. Die Limmatallstraßenbahn verzeichnet für das erste Halbjahr 189,847 Franken, die elektrische Straßenbahn Zürich-Derikon-Seebach 523,525 Franken Einnahmen. Gegenüber 1921 ergibt sich bei beiden Unternehmungen ein Rückschlag von 12—15 Prozent.
20. Nachdem die Gemeinde Winterthur zum zweitenmal die stadträtliche Vorlage einer Besoldungsverordnung für das städtische Personal verworfen hat, gelangt der Stadtrat nun an den Regierungsrat mit dem Ersuchen, er möge selber eine neue Vorlage ausarbeiten.
21. Die Sihltalbahn hat im ersten Halbjahr 166,950 Personen befördert und eine Einnahme von 413,014 Franken erzielt.
Im 68. Altersjahr stirbt in Kilchberg Schriftsteller Ulrich Jarner.
23. Im Alter von siebenzig Jahren stirbt Prof. Dr. Theodor Wetter, seit 1887 Professor der englischen Sprache und Literatur an der Universität Zürich.

24. Bei dem vom Regierungsrat ausgeschriebenen Wettbewerb unter zürcherischen und im Kanton niedergelassenen Schweizer Architekten zur Gewinnung von Plänen für ein neues Kantonschulgebäude in Winterthur erhält die Architektenfirma Gebrüder Pfister in Zürich den ersten Preis von 6000 Franken.
- In Wädenswil stirbt im 69. Altersjahre Nationalrat Emil Kellstab.
26. Dem Kantonsrat wird ein mit 20,000 Unterschriften bedecktes Volksbegehren um Abschaffung der Vivisektion eingereicht.
30. Laut dem Monatsbericht des statistischen Amtes über die Lebenskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie ergibt sich für den zu Ende gehenden Monat eine Verbilligung von Fr. 3.08.

August.

1. Im Alter von 58 Jahren stirbt Pfarrer Paul Diehti, seit 1895 Seelsorger der Kirchgemeinde Neumünster.
3. Das Obergericht erklärt die vom Bezirksgericht Horgen getroffene Wahl einer weiblichen Substitutin für ungültig.
Neuerdings sind in der Stadt die Pocken wieder ausgebrochen.
4. Die Katholiken von Wald erheben beim Bundesgericht Einsprache gegen das vom Gemeinderat erstlich verfügte und sodann vom Bezirksgericht und Regierungsrat bestätigte Verbot der Abhaltung von Fronleichnamsprozessionen auf öffentlichem Grunde.
5. In seinem an die Gemeindegewalt gerichteten Kreisschreiben über den Religionsunterricht an der Volksschule konstatiert der Erziehungsrat zahlreiche Fälle von unbefugter Einmischung römisch-katholischer Geistlicher in die Befugnisse der staatlichen Schulbehörden, welche Uebergriffe zusammen mit andern Anzeichen seiner Ansicht nach letzten Endes nichts weniger bezwecken als die Errichtung konfessionell getrennter Schulen an Stelle der einheitlichen, staatlichen Schule.
7. In Clavadel, wo er sich schon geraume Zeit gesundheitshalber aufhält, begeht der Dichter Jakob Böhler von Embrach seinen sechzigsten Geburtstag.
Die Direktion der Schweizerischen Nationalbank bezieht ihr neues, von der Architektenfirma Gebrüder Pfister in Zürich erstelltes Verwaltungsgebäude an der Börsenstrasse.
8. Im Juli belief sich die Zahl der städtischen Arbeitslosen auf 2411 oder 330 weniger als im Vormonat.
Im Altersjahr „zum Helfenstein“ in Göttingen erlebt Frau Barbara Kollhopp-Brandenberger ihren hundertsten Geburtstag.
10. Laut dem ersten Vierteljahrsbericht des statistischen Amtes ist der Wegzug aus der Stadt in diesem Zeitraum seit 25 Jahren nie so gering gewesen wie dieses Jahr.
11. Professor Dr. F. G. Stebler, gewesener Dozent für Milchwirtschaft und Futterbau an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, begeht die Feier seines siebenzigsten Geburtstages.

13. Wädenswil beschließt den Bau einer neuen Seebadanstalt im Kostenbetrage von 145,000 Franken.

Die Gemeindeversammlung Stäfa verwirft die von sozialistischer Seite eingereichte Motion auf Veröffentlichung des Steuerregisters mit 145 gegen 112 Stimmen.

Im 75. Altersjahr stirbt alt Bezirksrat Johann Zuppinger-Spißer im Riesbach.

14. Der Regierungsrat beantwortet das Gesuch der „Gemeinschaft der Adventisten“ um Befreiung ihrer Kinder vom Schulbesuch an Samstagen in ablehnendem Sinne.

15. In den letzten 21 Jahren sind die jährlichen Einnahmen des Staates von 18,2 auf 79,4 Millionen, die Ausgaben von 19,9 auf 86 Millionen Franken angewachsen. Die Gesamtsumme der in diesem Zeitraum erfolgten Defizite beläuft sich auf 122 Millionen Franken; davon entfallen 95,7 Millionen einzig auf die drei letzten Jahre.

16. Der Bundesrat übermittelt dem Kanton die Rechnung über die Kosten der eidgenössischen militärischen Intervention anlässlich des Generalstreiks vom August 1919 im Betrage von 2,967,000 Franken.

19. Die Ausgaben für den Unterhalt der Staatsstraßen 1. und 2. Klasse beliefen sich letztes Jahr auf 2,368,412 Franken. Die Vaudirektion bemerkt hiezu, diese rasch anwachsenden Ausgaben seien die unmittelbare Folge des zunehmenden Automobilverkehrs.

Im 73. Lebensjahre stirbt Professor Dr. med. Otto Stoll, von 1884 bis 1913 Dozent und Professor der Geographie an der Universität Zürich.

20. In der betreffenden Lokalpresse wird auf ein zur Zeit bestehendes postalisches Kuriosum aufmerksam gemacht, das darin sich befunde, daß ein in Regensdorf nach Bassersdorf aufgegebener Eilbrief Fr. 1.30 koste, wovon die Post indessen bloß die üblichen 70 Rappen bekomme, während die restlichen 60 Rappen mangels eines Postzuges den Bundesbahnen bezahlt werden müßten.

Flurlingen feiert zusammen mit der Bevölkerung des Außeramtes die Einweihung der so lange ersehnten, nunmehr fertiggestellten fahrbaren Rheinbrücke, die es mit Neuhausen verbindet und deren Bau 160,000 Franken kostet.

21. Das kantonale Jugendamt fordert mittelst Plakates die Schulentlassenen zum Eintritt in eine Berufslehre auf.

22. Die Staatsausgaben für das Kirchenwesen beliefen sich letztes Jahr auf 1,569,057 Franken, während für das Militärwesen 3,094,942 Franken ausgegeben worden sind.

23. Die Bestimmungen der Mieterschutzverordnung vom 9. November 1920 betreffend möblierte Wohnungen, Einzelzimmer und Mietzinshöcher werden vom Regierungsrat aufgehoben.

24. Der Stadtrat ersucht den Großen Stadtrat um Bewilligung eines Kredites von 198,000 Franken für den Bau einer Straßenbahnlinie Badener-Albisriederstraße sowie um Genehmigung des Vertrages mit der Gemeinde Albisrieden über Bau und Betrieb einer Straßenbahn nach Albisrieden.

26. Im Stammheimertal weisen die Reben einen überaus reichlichen Traubenbestand auf; dreißig bis vierzig Trauben am selben Stod sind nicht selten.
Der Große Stadtrat überweist die Motion Leuenberger (soz.) betr. Einführung des Mitspracherechts der städtischen Angestellten bei Fragen über Einstellung und Entlassung, Arbeitsweise und Verbesserung der Betriebe dem Stadtrat zur Prüfung und Berichtserstattung.
27. In der Gemeindeabstimmung wird der Vertrag mit den Gemeinden des rechten Seeufers über ihre Gasversorgung durch die Stadt mit 25,783 gegen 2461 und der Kredit für die Korrektur der Seestrasse mit 26,384 gegen 2029 Stimmen angenommen; verworfen dagegen wird der verlangte Kredit für das internationale Flugmeeting in Dübendorf mit 18,711 gegen 9755 Stimmen.
28. Thalwil bezieht von 18,471,000 Franken Einkommen und von 72,461,580 Franken Vermögen einen Gesamtsteuerbetrag von 781,000 Franken. Damit steht es an der Spitze aller Landgemeinden und wird nur noch von Zürich und Winterthur übertroffen.
29. Ein von je zwei Mitgliedern des Regierungs- und Stadtrates sowie von zwölf weiteren angesehenen Bürgern unterzeichneter Aufruf an die zürcherische Bevölkerung ersucht um Zuwendung privater Beiträge an den Garantiefonds des nächstens stattfindenden Internationalen Flugmeetings in Dübendorf, dessen Ausgaben auf 208,000 Franken veranschlagt und wofür bereits 120,000 Franken zugesichert sind.
30. Der seit 1. November 1920 unterbrochene Betrieb der Mettlibergbahn wird durch die neu gebildete Bahngesellschaft wieder aufgenommen, nachdem die Neu- bzw. Umbauten der Strecke Selnau-Winz und Waldegg-Motkulm vollendet sind. Der elektrische Betrieb soll am 1. Mai nächsten Jahres beginnen.

September.

1. Der Mieterverband des Kantons und der städtische Mieterverein richten an den Regierungsrat einen offenen Brief, womit sie gegen den neulich gefassten Beschluß betreffend Einschränkung der Mieterschutzverordnung Einsprache erheben.
3. In Dübendorf beginnt das dreitägige Internationale Fliegermeeting, an dem sich 23 einheimische und 17 ausländische Piloten beteiligen. Sie unterhalten die rund 20,000 Zuschauer mit Geschwaderflügen, Abwurfkonkurrenzen, Fallschirmexperimenten und tollkühnen Sturzflügen.
4. Im Kantonsrat wird die Volkswirtschaftsdirektion von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion interpelliert über die Praxis des kantonalen Arbeitsamtes. Eine weitere Interpellation der Sozialdemokraten wünscht vom Regierungsrat Auskunft über die Gründe seiner Einschränkung der Mieterschutzverordnung.
5. Ein Initiativkomitee sammelt Unterschriften zu einem Volksbegehren um völlige Aufhebung der Mieterschutzverordnung.

6. Die Lebenskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie sind im vorigen Monat um rund 12 Franken geringer geworden. Diese seit langem nicht mehr erlebte Senkung ist den billigeren Preisen für Obst, Gemüse und Kartoffeln zuzuschreiben.

Am internationalen Alpenrundflug beteiligen sich Schweizer, Franzosen, Polen und Tschechen. Die Flugstrecke geht von Dübendorf über Thun—Schredhorn—Jinsteraarhorn—Griespaß nach Bellinzona und über Biasca—Scheerhorn—Schächen— und Muottatal—Einsiedeln zurück nach Dübendorf. Die beste Zeit erreicht der Schweizer Oberleutnant Bartsch mit 122 Minuten 44 Sekunden. Infolge Flügelbruchs über Bodio im Tessin stürzt der fünfunddreißigjährige französische Fliegerhauptmann Echard zu Tode.

9. Professor Dr. Paul Schweizer feiert seinen siebenzigsten Geburtstag.

Im zweiten Vierteljahr hat die Bevölkerung der Stadt um 1003 Personen abgenommen, so daß sie Ende Juni noch 198,530 betrug oder genau so viel wie Mitte 1912. Seit der Volkszählung vom 1. Dezember 1920 ergibt sich eine Abnahme von 8631 Köpfen.

11. Seit 1918 ist die Zahl der im Kanton dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe von 1506 auf 1350 zurückgegangen.

Der Kantonsrat beschließt für die Erneuerungswahl seiner Mitglieder die Einführung der Listenverbindung.

12. Der Bankrat der Kantonalbank verfügt die Herabsetzung des Zinsfußes für neue Hypotheken von $5\frac{1}{4}$ auf 5%, und für Kontokorrent-Debitoren von $5\frac{1}{2}$ auf 5%, je gültig vom 1. Oktober an.

13. Laut dem Jahresbericht der kantonalen Armendirektion lehnen viele Familien, die dazu sonst wohl imstande wären, die Aufnahme von etwas verwahrlosten oder geistig zurückgebliebenen Kindern bloß aus dem Grunde ab, weil ihnen die damit verbundene amtliche Beaufsichtigung zuwider sei.

15. Laut einer dem Großen Gemeinderat von Winterthur eingereichten Motion soll der Stadtrat beim Bundesrat dahin vorstellig werden, daß dieser mit der weiteren Einschränkung der Verordnung über die Bekämpfung der Wohnungsnot so lange zuwarte, bis dieselben Wohnverhältnisse wie im Jahre 1916 wieder eingetreten wären.

16. Im städtischen Schlachthofe sind letztes Jahr 3466 Stück Großvieh und 6534 Stück Kleinvieh ausländischer Herkunft geschlachtet worden. Die Menge des eingeführten frischen Fleisches belief sich auf 2,266,290 Kilo, wovon indessen größere Mengen wieder wie üblich an auswärtige Abnehmer versandt worden sind.

18. Bei der Weiterberatung des Wahlgesetzes lehnt der Kantonsrat die von sozialdemokratischer Seite gestellte Motion auf Einführung der Verhältniswahl für den Regierungs-, Bezirks- und Gemeinderat mit 90 gegen 64 Stimmen ab, desgleichen mit 102 gegen 79 Stimmen einen aus der Mitte derselben Partei gestellten Antrag, wonach die Einführung der Verhältniswahl ihrer Behörden den Gemeinden anheimgestellt bliebe.

Die Sekundarschulgemeinde Rikon-Lindau beschließt den Bau eines neuen Sekundarschulhauses im Kostenvoranschlage von 225,000 Franken.

Die in der St. Peterskirche abgehaltene kantonale, von rund 700 Lehrern und Lehrerinnen besuchte Schulynode erklärt sich mit 489 gegen 127 Stimmen für den Antrag von Sekundarlehrer R. Guerber in Zürich, nach welchem die Lehrerbildung künftig getrennt zu erfolgen hätte, nämlich an einer Mittelschule mit dreieinhalb- und an der Hochschule mit zweijähriger Dauer.

20. Letztes Jahr sind in der Stadt 2429 Trauungen vollzogen worden. Von den betreffenden Ehemännern waren 556, von den Ehefrauen 449 Stadtbürger.

Schriftsteller Albert Fried von und in Zürich, der am 12. August einen Mann vor dem Ertrinken in der Limmat errettet hat, erhält die silberne Verdienstmedaille.

21. Die meteorologische Zentralanstalt erklärt die erste Hälfte dieses Monats für die kälteste Periode derselben Jahreszeit seit Mitte des vorigen Jahrhunderts.

Der Große Stadtrat bewilligt einen Kredit von 198,000 Franken für den Bau einer Straßenbahnlinie von der Stadtgrenze bis Albisrieden und erklärt eine Motion erheblich, wonach der Stadtrat eingeladen wird, bis auf weiteres von der Entlassung von Arbeitern der städtischen Werke Umgang nehmen zu wollen.

Die Zahl der Wirtschaften in der Stadt hat letztes Jahr um weitere 11 abgenommen, so daß zu Beginn dieses Jahres noch 75 Gasthöfe und 861 Speisewirtschaften im Betrieb standen. Seit 1896, das heißt seit dem Inkrafttreten des noch geltenden Wirtschaftsgesetzes, sind einzig in der Stadt 171 Wirtschaften eingegangen.

24. Bei der eidgenössischen Volksabstimmung über eine Abänderung des Bundesstrafrechts (Lex Häberlin oder auch Umsturzgesetz geheißen) verwirft der Kanton mit 64,737 gegen 48,397, die Stadt mit 26,513 gegen 13,383, die Eidgenossenschaft endlich mit 372,961 gegen 299,894 Stimmen.

Bei der kantonalen Abstimmung wird das Gesetz über die Arbeitszeit in den dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betrieben verworfen mit 62,098 gegen 50,734, ebenso das Gesetz über eine Vergnügungssteuer mit 69,862 gegen 42,928 Stimmen; angenommen wird dagegen das Gesetz über das Halten von Hunden mit 71,149 gegen 38,233 Stimmen. Die entsprechenden Stimmenzahlen der Stadt sind folgende: Arbeitszeitgesetz 23,459 Ja gegen 17,605 Nein; Vergnügungssteuer 28,335 Nein gegen 12,900 Ja; Hundegesetz 27,936 Ja gegen 11,267 Nein.

In Anwesenheit von rund 20,000 Personen wird das Wehrmännerdenkmal auf der Försch (eine gen Himmel lodernde Erzflamme) eingeweiht. Dabei werden Reden gehalten von Bundespräsident Dr. Gaab und Regierungspräsident Tobler.

Die Kirchgemeinde Predigern wählt als Nachfolger des zum städtischen Waisenrat ernannten Pfarrers G. Bockhard Pfarrer Arnold Custer, zurzeit in Arnäsch.

25. Letztes Jahr hat die Stadt für Reinigung und Unterhalt ihres Straßennezes 3 $\frac{1}{3}$ Millionen Franken ausgegeben.

Der Kantonsrat setzt die Beratung des Wahlgesetzes fort und tritt sodann ein in die Beratung des Gesetzes über das Wahlrecht der Frauen. Danach sollen künftig die volljährigen, im Aktivbürgerrecht nicht eingestellten schweizerischen Frauen gleich den Männern stimmberechtigt sein bei allen Wahlen der Schul-, Kirchen- und Armenpflege in den Gemeinden wie auch im Bezirk. Ebenso wären sie wählbar als Mitglieder genannter Behörden mit Ausnahme des Pfarramtes.

26. Der Vorstand der kantonalen freisinnigen Partei schlägt als Nachfolger des zurückgetretenen Ständerates Dr. Paul Usteri Regierungsrat Dr. Keller vor.

Im Hinblick auf die noch immer nicht gänzlich erloschene Pockenepidemie erläßt der städtische Gesundheitsvorstand im „Tagblatt“ an die Einwohnerschaft die Aufforderung, sich so bald als irgendwie angängig impfen zu lassen.

27. Der städtische Lehrerkonvent spricht sich mit Rücksicht auf die andauernde wirtschaftliche Krise gegen die Einführung eines allgemeinen Jugendfestes aus.

Der städtische Theaterverein mit 600 Mitgliedern fordert mittelst öffentlichen Aufrufs zum Beitritt auf. Nur bei Erstarbung seiner Mitgliederzahl werde er künftig besser als bisher das Gedeihen des Schauspiels fördern können.

28. Die Banken setzen auf 1. Oktober den Zins für Kreditorrechnung auf 2%, für Debitorenbuchung auf 5% fest.

29. Der Verein ehemaliger Schülerinnen der höheren Töchterschule und deren Eltern, sowie die Lehrerkonvente dieser Schule, des Knabengymnasiums und dessen Aufsichtskommission sind einhellig gegen die Zulassung von Mädchen an die Kantonschule.

Dem Kantonsratspräsidium werden 11,729 Unterschriften eines Volksbegehrens um bessern Schutz vor Motorfahrzeugen überreicht.

Die Freiwilligen- und Einwohnerarmenpflege hat letztes Jahr für die Unterstützung Niedergelassener sowie durchreisender, auswärts verbürgerter Personen 1,2 Millionen Franken aufgewendet.

30. Die städtischen Badanstalten werden wieder geschlossen, mit Ausnahme derjenigen am Bürkliplatz und Utoquai sowie des Strandbades am Mythenquai.

Oktober.

1. Zum ordentlichen Professor für englische Sprache und Literatur an der philosophischen Fakultät I der Universität an Stelle des verstorbenen Professors Dr. Theodor Vetter wird Dr. Bernhard Fehr von Berg a. Trachsel gewählt.

Am ersten, heute in der Stadt abgehaltenen Protestantentag der französischen Kirchen in der Schweiz sind vertreten die französischen Kirchen von Aarau, Baden, Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Winterthur und Zürich.

2. Nach der Aufstellung des statistischen Amtes ist der Kostenindex für Lebensmittel, Brenn- und Leuchtstoffe einer fünfköpfigen städtischen

Arbeiterfamilie im September gegenüber August um Fr. 4.83 gesunken, d. h. er steht nunmehr auf 183,77 gegenüber 216,7 im selben Monat 1920.

Der Kantonsrat nimmt das Gesetz über den Verband der dreizehn städtischen Kirchgemeinden ohne Diskussion an und wählt an Stelle des verstorbenen Professors Dr. Theodor Vetter zum Mitglied des Erziehungsrates Professor Dr. Hans Schinz.

Hierauf nimmt er das Konkordat über die Zulassung von evangelisch-reformierten Geistlichen in den zürcherischen Kirchendienst an und tritt ein in die Beratung des Gesetzes über das kantonale Einigungsamt.

4. Die kantonale Volkswirtschaftsdirektion läßt gegenwärtig abgelegene Höfe mit elektrischem Licht versehen, um deren Wohnlichkeit zu heben und gleichzeitig der Arbeitslosigkeit in der Elektrizitätsbranche einigermaßen zu wehren. Die bisherigen Kosten werden vom Bund, dem Kanton und von den betreffenden Gemeinden übernommen.
5. Die auf Betreiben des Lehrers O. Nater in die Kirche einberufene außerordentliche Gemeindeversammlung von Oberhasli beschließt als Demonstration gegen den Ortsgeistlichen den Austritt aus der Landeskirche.

Die Metlibergbahn wird von nun an an Wochentagen je vier, an Sonn- und Feiertagen sogar fünf Züge berg- und talwärts ausführen.

6. Im Hinblick auf die neuerdings wieder aufgetretene und rasch sich verbreitende Pockenepidemie ergeht an verschiedene Abteilungen des städtischen Personals die Weisung, sich sofort impfen zu lassen.

Der Bankrat der Kantonalbank setzt den Zinsfuß für ältere Schuldbriefdarlehen, der bisher teils $5\frac{1}{2}$, teils $5\frac{1}{4}$ Prozent betragen hat, durchwegs herab auf 5 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an.

7. Im Weinland wie auch am rechten Seeufer ist der Wümmet schon in vollem Gang. Man rechnet mit einem Preise von 130 bis 140 Franken für den Hektoliter rotes Gewächs, was gegenüber letztem Jahr eine Einbuße von 30 bis 40 Prozent bedeutet.

Johann Koller, Arbeiter der Lokomotivfabrik Winterthur, steht nunmehr seit fünfzig Jahren unablässig in deren Dienst.

9. In der ersten Oktoberwoche sind elf neue Patienten in den Pockenspital eingeliefert worden und heute beträgt die Gesamtzahl der darin in Behandlung befindlichen Kranken 45.

Zum Direktor der Schweizerschule in Neapel wird gewählt Dr. Corrodi aus Zürich.

Im Kantonsrat läßt die evangelische Volkspartei durch ihr Mitglied Pfarrer Staub in Thalwil den Regierungsrat interpellieren über die von der Seidenspinnerei R. Zinggeler in Embrach verfügte Entlassung sämtlicher Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum kantonalen Verband evangelischer Arbeiter und Angestellten. — Nach Durchberatung des Gesetzes über das kantonale Einigungsamt sowie desjenigen über Organisation und Geschäftsordnung des Kantons-

rates setzt der Rat mit 87 gegen 54 Stimmen sein Sitzungsgeld von 12 auf 10 Franken herab plus eine Vergütung von 10 Rappen für den Kilometer Fahrt nach und von der Stadt.

10. Die Schulpflege Hintwil beschließt die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Lehrerschaft, Schüler und Abwartspersonal.

In Benken stirbt alt Bezirksrichter Straßer im Alter von 79 Jahren; längere Zeit war er auch Präsident der Bauernbundssektion seines Bezirkes.

11. Die Parteiversammlungen der Freisinnigen, Demokraten, Bauern und Christlichsozialen beschließen die Listenverbindung für die bevorstehenden Nationalratswahlen.

Für den Bau von zwei Terrassen neben derjenigen des „Hotels Sonnenberg“ bewilligt der Große Stadtrat 431,000 Franken und erklärt sich mit 69 gegen 16 Stimmen gemäß Antrag des Stadtrates mit der von der Preispostdirektion in Aussicht genommenen Aufhebung des Postdienstes am Sonntag unter gewissen Vorbehalten einverstanden.

16. In Neftenbach ist man mit dem Ergebnis des Wümmets in jeder Beziehung zufrieden. An Güte lasse der neue Wein kaum viel zu wünschen übrig; was aber die Menge anbelange, so sei sie seit 1825 nie mehr so groß gewesen wie diesen Herbst. Der Hektoliter gilt 120 bis 170 Franken. — In Stäfa wiegt weißes Gewächs 63 bis 68 Grad Oechsle, rotes bis 72 Grad; 50 Kilo weiße Trauben gelten 25, rote bis 35 Franken.

17. Feuerthalen gibt an seine Einwohner Baugrund, Kies, Sand und Wasser zum Bau von Einfamilienhäusern gratis ab.

18. Für die Nationalratswahlen werden acht Kandidatenlisten eingereicht, und zwar je eine von der demokratischen, sozialdemokratischen, freisinnigen, der Grütliauer-, Bauern-, Christlichsozialen und von der evangelischen Partei.

19. Gemäß dem Beschluß der Abgeordnetenversammlung des Verbandes der nordostschweizerischen Käse- und Milchgenossenschaften soll auf 1. November die in der Stadt zum Verkauf gelangende Milch um 3 Rappen aufschlagen, der Liter also 36 Rappen kosten.

Am 1. Dezember nächsthin wird der Postautoverkehr Horgen—Hirzel—Schönenberg—Hütten—Wädenswil eröffnet werden.

20. Neuerdings stellt das statistische Amt einen bedeutenden Geburtenrückgang fest. Das letzte Jahr habe 2000 Geburten weniger gehabt als vor zwanzig Jahren trotz einer um 50,000 Köpfe größeren Bevölkerung. Ferner wird nachgewiesen, der Mietpreis für Wohnungen sei seit 1911 bis Ende letzten Jahres um 60 Prozent erhöht worden.

21. Der am 3. September 1922 gestorbene Kaufmann und ehemalige Konsul Theodor Meher hat die Stadt zur alleinigen Erbin seines annähernd eine Million Franken betragenden Vermögens eingesetzt.

23. Mit Bewilligung der eidgenössischen Zolldirektion wird in Winterthur ein Hauptzollamt in Verbindung mit einer eidgenössischen Niederlage eröffnet.

24. Die meteorologische Zentralanstalt registrierte im laufenden Monat bis heute im Stadtgebiet bloß drei Tage mit sechs bis acht Stunden Sonnenschein, überhaupt zusammen wenig mehr als dreißig Stunden gegenüber 154 Stunden im Oktober letzten Jahres.

Auf den Anhöhen des Zürcher Oberlandes herrscht schon voller Winter; alle sind mit Schnee bedeckt bis nahe an den Bergfuß hinab.

27. In der Tonhalle beginnt das vom Lesezirkel Göttingen aus Anlaß seines vierzigjährigen Bestandes veranstaltete, auf drei Tage berechnete Herbstfest mit Ländermesse und Trachtenfest.

28. Die kantonale Volkswirtschaftsdirektion fordert mittels Kreisschreibens die Gemeinden auf zur Bildung eines Arbeitslosenfonds, an dessen Speisung alle Betriebsinhaber der betreffenden Gemeinde, die bis jetzt nicht an die Arbeitslosenfürsorge ihres Berufsverbandes angeschlossen sind, beizutragen hätten.

29. Das von der Kirchgemeinde St. Peter mit einem Kostenaufwand von 450,000 Franken umgebaute Lavaterhaus samt Sigristenhaus wird als Kirchgemeindehaus eingeweiht mit einem Morgengottesdienst und einem Bankett auf der „Meise“.

Laut dem Ergebnis der Nationalratswahlen sind im Kanton gewählt: 3 Demokraten, 9 Sozialdemokraten, 5 Freisinnige, 1 Kommunist, 7 Bauern, sowie je 1 Christlichsozialer und Evangelischer. Die zwei infolge der Volkszählung von 1920 dem Kanton neu zugefallenen Mandate verteilen sich auf Freisinnige und Bauern, indessen das bisherige Mandat der Grütlianer, die leer ausgehen, den Sozialdemokraten anheimfällt. Als Ständeräte werden gewählt Regierungsrat Dr. Wettstein (bisher) und neu (für den zurückgetretenen Dr. Paul Usteri) Regierungsrat Dr. Gustav Keller von Winterthur, der nun gemäß Verfassungsbestimmung infolge dieser Wahl aus der Regierung ausscheiden muß.

30. Das Statthalteramt Hinwil warnt öffentlich vor Händlern isrealistischer Abkunft, die in Mietautos die Gegend absuchen und den Hausfrauen Herren- und Damenkleider usw. aufschwätzen, ohne dafür ein Hausierpatent gelöst zu haben.

Der Kantonsrat genehmigt endgültig die Staatsrechnung für 1921 und beginnt die Behandlung des Gesetzes über den Verkehr mit Motorfahrzeugen.

November.

1. Für das neue Fünfmillionenanleihen der Stadt Winterthur werden bloß 1½ Millionen Franken gezeichnet; infolgedessen muß die Stadt die erforderlichen weiteren 3½ Millionen durch einen sechsprozentigen Bankkredit zu beschaffen suchen.

Die Nationalratswahlen im Kanton ergeben folgende Parteistimmenzahlen: demokratische Liste 369,518, sozialdemokratische Liste 862,330, freisinnige Liste 485,203, Grütlianerliste 91,500, kommunistische Liste 158,938, bäuerliche Liste 679,402, christlichsoziale Liste 160,255, evangelische Liste 132,705.

3. Das steuerpflichtige Vermögen im Kanton ist von 2220 Millionen Franken im Jahre 1918 auf 4175 Millionen im Jahre 1920, das steuerpflichtige Einkommen im selben Zeitraum von 359 Millionen auf 943 Millionen Franken angewachsen.
6. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat eine Abänderung der Verordnung über den Ladenschluß, vornehmlich am Samstag und am Vorabend hoher Feiertage. Am fünf Uhr Ladenschluß am Samstag wäre darnach grundsätzlich festzuhalten, mit Ausnahme jedoch aller Geschäfte der Lebensmittelbranche, der Apotheken, Blumen- und Zigarrenhandlungen, die insgesamt erst um 7 Uhr, die Coiffeure sogar erst um 8 Uhr zu schließen hätten. Außerdem wäre der Warenverkauf an sämtlichen Samstagen im Dezember allen Geschäften wieder bis 7 Uhr gestattet.

Der Kantonsrat bewilligt einen Kredit von 100,000 Franken für eine außerordentliche Herbst- und Winterzulage an Arbeitslose.
7. Regierungsrat Dr. Heinrich Mousson, der bei den Wahlen vom 29. Oktober von den Freisinnigen zum Mitglied des Nationalrates gewählt worden ist, verzichtet freiwillig auf sein Mandat zugunsten seiner ebenfalls zu Mitgliedern der Bundesversammlung gewählten Kollegen Ständerat Dr. Wettstein und Regierungsrat Tobler, indem nach der bestehenden Verfassung gleichzeitig bloß zwei Mitglieder der Regierung den eidgenössischen Räten angehören dürfen.
11. Der Voranschlag des Regierungsrates für 1923 setzt die Einnahmen auf 71,526,088, die Ausgaben auf 76,824,256 Franken fest, was ein Defizit von 5,298,168 Franken ergäbe.
13. Der Kantonsrat setzt die Beratung des Automobilgesetzes fort und nimmt dabei den Artikel 13 in der von der Kommission beantragten Fassung an. Danach ist der Regierungsrat befugt, den Verkehr mit Motorfahrzeugen auf einzelnen Straßen zu verbieten. Sodann ist dieser Verkehr besonders an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage einzuschränken, und es sind Bestimmungen zu erlassen zum Schutze der Nachtruhe.
15. Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadt den Voranschlag für 1923. Danach würden die Einnahmen im ordentlichen Verkehr 54,456,500, die Ausgaben 54,387,450 Franken betragen, so daß sich ein Vorschlag von 69,050 Franken ergäbe.
16. Die Kommission für die Geschäftsordnung des Kantonsrates beantragt, es sollen vollbeschäftigte staatliche Beamte und Angestellte sowie Lehrer und Geistliche kein Taggeld mehr beziehen dürfen.
18. Die Bevölkerung der Stadt ist bis Ende September auf 198,052 Köpfe zurückgegangen, was gegenüber dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1920 einen Gesamtrückgang von 9109 Personen bedeutet. Dieselbe Einwohnerzahl wie heute hatte die Stadt schon im April 1912.
20. Die Sektion Zürich des schweizerischen Typographenbundes beschließt in stark besuchter Versammlung nahezu einstimmig, die Arbeit sofort einzustellen.

Der Kantonsrat beginnt mit der Erledigung von zehn Gesetzesvorlagen, die ihm von seiner Redaktionskommission zur Annahme beantragt werden. Zunächst wird das Verfassungsgesetz über die Zahl der Mitglieder des Kantonsrates angenommen, wonach der Kantonsrat künftig nicht mehr als 200 Mitglieder umfassen soll. Ebenso werden angenommen das Gesetz über die Wahlen und und Abstimmungen sowie das Gesetz über das Wahlrecht der Frauen.

21. Infolge des Seherstreiks kann die „Zürcher Volkszeitung“ bis auf weiteres nicht mehr erscheinen. Als Ersatz für die am Erscheinen verhinderten städtischen Tageszeitungen wird von ihnen ein gemeinsames Nachrichtenblatt unter dem Namen „Bürgerliche Presse“ herausgegeben.
23. Die Vereinigten Zürcher Molkereien sowie der städtische Milchhändlerverband geben bekannt, wegen der nunmehr eingetretenen Dürrfütterung sowie namentlich auch infolge der Minderwertigkeit des diesjährigen Heues sei der Milchertrag gegenüber dem Sommerhalbjahr um die Hälfte zurückgegangen. Aus diesem Grunde könne der zur Versorgung der städtischen Verbraucher erforderliche Tagesbedarf von 60,000 Litern aus dem hiesigen Kanton und aus den Kantonen Thurgau, St. Gallen, Aargau und Luzern nur teilweise gedeckt werden und müßten daher die Kunden sich bis auf weiteres eine Einschränkung ihres täglichen Milchbezuges bis auf 15 Prozent gefallen lassen.

Die Tonhallegesellschaft ersuchte den Stadtrat um Erhöhung des städtischen Beitrages von 20,000 auf 50,000 Franken. Der Stadtrat beantragt nun dem Großen Stadtrat, den Beitrag an den eigentlichen Betrieb auf 30,000 Franken und die Entschädigung für Volks- und Promenadenkonzerte auf 15,000 Franken, den Gesamtbetrag also auf 45,000 Franken festzusetzen.

24. Nach der schweizerischen meteorologischen Zentralanstalt ist das laufende Jahr eines der regenreichsten Jahre seit langer Zeit mit bisher 1256 Millimeter Regenfall in der Stadt Zürich gegenüber knapp 700 Millimeter im ganzen letzten Jahre.

Auf dem Wochenmarkt an der Bahnhofstraße werden für 50 Kilo Äpfel 7 bis 12½ Franken und für Kartoffeln 7½ bis 8 Franken gefordert.

27. Der Kantonsrat setzt die Erledigung redaktionell bereinigter Gesetzesvorlagen fort mit der Annahme des Gesetzes über das kantonale Einigungsamt sowie desjenigen über die Rechtspflege.
29. Mit 61 bürgerlichen und Grütliauer-Stimmen gegen 52 Stimmen der sozialistisch-kommunistischen Linken lehnt der Große Stadtrat die Motion Dr. Farbstein ab, wonach ein Mitglied des Stadtrates einer industriellen oder kaufmännischen Unternehmung nur dann als Verwaltungsrat sollte angehören dürfen, wenn er vom Stadtrat dazu abgeordnet würde.

Dezember.

1. Im Großen Stadtrat entspinnt sich im Anschluß an die Interpellation Bader über das Postenstehen der Polizei vor den hiesigen Buch-

druckereien während des Seherstreikes eine mehrstündige bewegte Debatte. Ein kommunistischer Antrag auf Mißbilligung dieser polizeilichen Maßnahme wird mit 59 bürgerlichen gegen 57 Stimmen der Linken abgelehnt.

3. Das Eidgenössische Volksbegehren um eine einmalige Vermögensabgabe wird vom Kanton mit 100,026 gegen 19,847, von der Stadt mit 39,327 gegen 11,995 Stimmen abgelehnt, von der Eidgenossenschaft mit 730,507 gegen 109,397 Stimmen. — Die städtische Vorlage über Terrassenbauten im Sonnenberg wird mit 27,865 gegen 8,476 Stimmen angenommen. Als Regierungsrat für den zurücktretenden Ständerat Dr. Keller wird gewählt Stadtrat Dr. A. Streuli mit 61,729 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 32,271. Die drei kantonalen Gesetzesvorlagen über den gewerbsmäßigen Verkehr mit Wertpapieren, die Vereinigung der stadtzürcherischen reformierten Kirchgemeinden und über den Beitritt zu einem Konkordat über gegenseitige Zulassung evangelisch-reformierter Geistlicher werden sozusagen ohne Opposition mit überwiegendem Mehr sämtlich angenommen.
7. Der Regierungsrat ersucht den Kantonsrat um Bewilligung eines Kredites von 1,500,000 Franken (auf Rechnung des Zehn-Millionen-Kredites für Notstandsarbeiten) zur Weiterführung der Industriestraße von der Engstringerstraße bis in die Badenerstraße in der Nähe der Kantonsgrenze.
9. Der Große Stadtrat lehnt den Antrag des Stadtrates auf Abänderung der Verordnung über den Ladenschluß an Werktagen mit 62 gegen 45 Stimmen ab.
10. Altstetten beschließt die Herabsetzung der Steuerzuschläge des Gemeindepersonals um 12 Prozent und der Gemeindegelde der Lehrer um 200 Franken. — Rümlang setzt die Gemeindegelde der Primarlehrer auf 500 bis 1100 Franken, d. h. 6 bis 10 Prozent herab, in dessen die Sekundarlehrer weiterhin 800 bis 1400 Franken Gelde beziehen.
11. Der Kantonsrat setzt mit 88 gegen 86 Stimmen sein Taggeld von 12 auf 10 Franken herab, lehnt jedoch die weitere Bestimmung, wonach Staatsbeamte, Lehrer usw. kein Taggeld beziehen sollten, mit 112 gegen 42 Stimmen ab.
14. Den offiziellen Mitteilungen des Schweizerischen Buchdruckervereins wie des Schweizerischen Typographenbundes ist zu entnehmen, daß der Seherstreik im ganzen Verbandsgebiet nunmehr beendet sei und die Arbeit morgen wieder aufgenommen werde.
15. Der Raxensee ist zugefroren und auf dem Albis liegt bereits 80 Cm. hoch Schnee.
17. Die Kirchgemeinde Neumünster wählt als Nachfolger des verstorbenen Pfarrers Liechti Professor Dr. Konrad von Drelli zu ihrem sechsten Pfarrer.

Nach den eingereichten Voranschlägen haben die elf Zivilgemeinden von Uster im nächsten Jahre Steuern von 251 bis 350 Prozent der Staatssteuer zu erheben.

18. Im Kantonsrat beantwortet Regierungsrat Tobler die Interpellation Leuenberger über den Milchpreisaufschlag dahin, die Regierung sei nicht in der Lage, den übrigens berechtigten Aufschlag aberkennen zu können. Eine zweite, von Dr. Hitz gestellte Interpellation über die von der Regierung veröffentlichte, ablehnende Stellung zur Initiative betreffend die Vermögensabgabe wird vom selben Regierungsvertreter dahin beantwortet, die Regierung werde sich auch in Zukunft das Recht zur Stellungnahme bei eidgenössischen Abstimmungen zu wahren wissen.
21. An der Universität wirken zur Zeit 60 ordentliche, 18 außerordentliche und 10 Honorarprofessoren, 78 Privatdozenten und 14 sonstige Inhaber von Lehraufträgen. Die Zahl der Studierenden beträgt 1442, die der Auditoren 934.
23. Der Verein für Sonntagsfeier ersucht die Ladenbesitzer, sie möchten freiwillig auf das Offenhalten ihrer Geschäfte am ersten Weihnachtstage verzichten.
26. Das Steuerkapital von Kilchberg beträgt rund 60 Millionen Franken; der Gesamtsteuerfuß wird einschließlich der Kirchensteuer für das Jahr 1923 auf 95 Prozent der Staatssteuer festgesetzt.
28. Die diesjährige kantonale Sammlung für das Alter ergibt 217,853 Franken, wovon 70,305 Franken aus der Stadt gespendet worden sind.
29. Es wird eine Sektion des Schweizerischen Radioclubs gegründet zum Zwecke der Vereinigung und fachmännischen Belehrung aller an der Verbreitung der drahtlosen Telephonie interessierten Kreise der Stadt.
Die Berufsvereine der Metzger- und Bäckermeister sowie der Zigarrenhändler veranstalten wiederum eine Silvesterfeier für rund 800 Arbeitslose.
30. Das Gesuch der katholischen Kreisschulpfleger, es möchten die Religionsstunden an der Primarschule auf die Nachmittage (als sogenannte Randstunden) verlegt werden, damit sämtliche Schüler katholischer Konfession davon dispensiert werden könnten, wird von der Zentralschulpflege mit allen gegen zwei (katholische) Stimmen abgelehnt.

1923.

Januar:

2. Zum ordentlichen Professor für Augenheilkunde an der Universität und zum Direktor der Augenklinik wird Dr. Vogt in Basel gewählt.
In Bonstetten haben letztes Jahr bloß zwei Beerdigungen stattgefunden; nach dem 25. Mai überhaupt keine mehr.
3. Im Alter von 83 Jahren stirbt Dr. Georg Lunge, von 1876—1907 Professor für technische Chemie an der Eidgen. Technischen Hochschule.
4. Die kantonale Polizeidirektion fordert die Gemeinderäte zur strengen Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften über die Bewilligung von Tanzanlässen in geschlossener Gesellschaft auf.
5. Die Rechnung des Zürcher Hilfsausschusses für notleidende österreichische Kinder in den Jahren 1919—1922 ergibt eine Gesamt-

ausgabe von 351,000 Franken, wofür rund 185,000 Franken an freiwilligen Beiträgen gespendet worden sind.

6. Der Gesamtindex der Lebenskosten in der Stadt hat sich im letzten Jahr annähernd 30 Punkte gesenkt; doch steht er mit 151,4 immerhin noch beträchtlich genug über dem als Norm = 100 geltenden Stand von 1914.

Im Alter von 71 Jahren stirbt Professor Dr. Carl Brun, langjähriger Konservator der eidgenössischen Kupferstichsammlung, Privatdozent an der Universität wie an der Eidgen. Techn. Hochschule und von 1902—1921 außerordentlicher Professor der Kunstgeschichte an der Universität und an der Höheren Töchter Schule.

Letztes Jahr sind in der Stadt 3866 Kinder geboren worden und 2434 Personen gestorben.

7. Von nun an bleibt das Austragen von Postfächern an Sonntagen auf dem Gebiet der Stadt gänzlich eingestellt.
8. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat, die Besoldungen und Löhne der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter auf 1. Juli dieses Jahres dermaßen herabzusetzen, daß die Jahreslohnsomme sich um 2,9 Millionen Franken vermindere.
9. Laut Beschluß des Regierungsrates über die provisorische Neuregelung der Besoldung des Staatspersonals wurden den Beamten und Angestellten sowie dem Aushilfspersonal vom 1. Januar 1923 an monatlich 30—42 Franken, dem Anstaltspersonal 6—42 Franken abgezogen, während die Verkürzung des Taglohnes 6 Prozent betrage.
10. Die Vertrauensmännerversammlung der Sektion Zürich, kantonale Angestellte und Beamte, des schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes spricht sich gegen die vom Regierungsrat verfügte provisorische Herabsetzung der Besoldungen und Löhne aus.

Der Große Stadtrat beschließt mit Stichentscheid des Präsidenten Caderra (soz.), die stadträtliche Vorlage betreffend die Besoldungsverordnung an eine besondere Kommission zu weisen, entgegen dem Antrag des Stadtrates auf Ueberweisung an die Rechnungskommission. Sodann wird der städtische jährliche Beitrag an die Tonhalle gemäß stadträtlichem Antrag von 30,000 auf 45,000 Franken erhöht.

12. Der Erziehungsrat warnt die Mädchen vor dem Besuch des Lehrerinnenseminars, indem bei dem herrschenden Lehrerüberfluß junge Lehrerinnen auf Jahre hinaus keine Aussicht auf Anstellung hätten.
14. Die außerordentliche Generalversammlung der Sektion Zürich, kantonale Angestellte und Beamte, des schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes erklärt sich grundsätzlich mit einem Lohnabbau einverstanden, verlangt jedoch, daß über dessen Umfang und den Zeitpunkt seines Inkrafttretens mit dem Regierungsrat noch verhandelt werde.

Dem stadträtlichen Bericht über die Besoldungsrevision ist zu entnehmen, daß die Stadt letztes Jahr 1927 Berufsarbeiter mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 6234 Franken und 499 Handlanger mit einem solchen von 5297 Franken beschäftigt hat.

15. Von 147 im Dienst der Staatsverwaltung und der Gerichte stehenden, über sechzigjährigen Beamten und Angestellten sind zurzeit 83 über 70 Jahre alt.

Der Kantonsrat beschließt gemäß dem Antrag des Regierungsrates mit 105 gegen 62 Stimmen, es sei dem Postulat Reithaar auf Zulassung der Mädchen ans kantonale Gymnasium keine Folge zu geben.

16. Stadtrat Paul Pflüger erklärt infolge schwerer Erkrankung seinen Rücktritt als Mitglied des Stadtrates.

Winterthur hatte letztes Jahr 980 Geburten und 674 Sterbefälle.

17. Der Große Stadtrat beendet die Beratung der Gemeinderrechnung von 1921 und tritt ein in die Behandlung des Geschäftsberichtes vom selben Jahre.

19. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Ablehnung des Volksbegehrens der Vereinigung zürcherischer Republikaner um Erlass eines Gesetzes über die Sonderbesteuerung der niedergelassenen Ausländer entsprechend der Höhe der Militärpflichtersatzsteuer für Schweizerbürger.

Der Kirchenrat ersucht die Pfarrämter und Kirchenpflegen der evangelischen Landeskirche um eine sofortige Geldsammlung für die von großer Not bedrängten protestantischen Gemeinden in Frankreich, Belgien, Deutschland, Oesterreich und seinen Nachfolgestaaten, in den baltischen Ländern und anderwärts.

20. Das 4½-prozentige Obligationenanleihen der Gemeinde Kilchberg im Betrag von 500,000 Franken wird vollständig gezeichnet.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Uebernahme von 100,000 Franken Obligationen der Bahngesellschaft Zürich-Nettliberg unter der Bedingung, daß der Kanton solche für 45,000 Franken übernehme.

Die Sektion „Uto“ S. A. C. begeht in der Tonhalle die Feier ihres sechzigjährigen Bestandes.

21. Die Ersatzwahl in den Stadtrat an Stelle des zum Regierungsrat gewählten Dr. A. Streuli ergibt die unbestrittene Wahl des von der Freisinnigen Partei vorgeschlagenen Professors Dr. Paul Rüttsche mit 10,344 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 5379.

Nach dem Geschäftsbericht der Zentralschulpflege ist die städtische Primarschule letztes Jahr von rund 23,000 Schülern besucht worden, 600 weniger als im Jahre 1921. Seit 1915 hat die Schülerzahl beständig abgenommen, so daß sie heute um 3000 Köpfe kleiner ist als vor dem Weltkrieg, während die Zahl der Primarlehrer im selben Zeitraum um 20 zugenommen hat und nun auf 700 steht.

22. Der Bundesrat bewilligt dem Kanton Zürich für die Güterzusammenlegung in den Gemeinden Ober- und Unter-Stammheim sowie in Waltalingen und Guntalingen einen Beitrag von 455,000 Fr.

Der Kantonsrat überweist die Eingabe des schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Sektion Zürich kantonale An-

gestellte und Beamte, betreffend Lohnabbau dem Regierungsrat zur Vernehmlassung und wählt sodann an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen A. Baumann zum zweiten Vizepräsidenten Statthalter Weidmann in Affoltern a. A. Hierauf beschließt er gemäß einer Motion von Steuerkommissär Pfister (Winterthur), der Regierungsrat sei einzuladen, eine teilweise Abänderung des Steuergesetzes in die Wege zu leiten.

24. Das Obergericht richtet bezüglich des Lohnabbaues beim Staatspersonal an den Kantonsrat eine Eingabe, worin es u. a. darauf hinweist, da die bestehende Besoldungsverordnung vom Jahre 1920 gemeinsam vom Regierungsrat und Obergericht aufgestellt und sodann vom Kantonsrat genehmigt worden sei, könne sie nicht wohl einseitig vom Regierungsrat aufgehoben werden; zu einem solchen Beschlusse sei einzig der Kantonsrat gesetzlich zuständig.

Das Begehren des kantonalen Wirtevereins um Bewilligung von mehr als zwei Tanzanlässen jährlich nach Konzerten und dramatischen Aufführungen sowie um Ausdehnung der Maskenfreiheit an der Fastnacht von zwei auf drei Tage wird vom Regierungsrat in ablehnendem Sinne beantwortet.

Der Große Stadtrat überweist zunächst die stadträtliche Vorlage betreffend Erweiterung des Sonnen-, Luft- und Schwimmbades (Strandbad) am Mythenquai im Kostenbetrage von 421,000 Franken an eine dreigliedrige Kommission und setzt sodann die Beratung des Geschäftsberichtes für 1921 fort.

26. Für zwei ausgeschriebene Polizistenstellen in Winterthur melden sich 180 Bewerber.

Die Zentralschulpflege beschließt, es seien die jüdischen Schüler auch am Samstag zum Besuch des Zeichenunterrichtes verpflichtet; ein Dispens davon könne daher von nun an nicht mehr erteilt werden.

28. Wetzikon beschließt für seine Angestellten eine Lohnverkürzung von 8 Prozent sowie für Lehrer und Geistliche eine Herabsetzung der Gemeindezulage um jährlich 150 Franken.

Männedorf lehnt den Besoldungsabbau für sein Personal sowie für seine Lehrer und den Geistlichen mit 66 gegen 57 Stimmen ab.

Detwil a. S. beschließt eine Gemeindesteuer von 250 Prozent der Staatssteuer und erhöht gleichzeitig die Besoldung des Gemeindefchreibers von 1200 auf 2000 Franken.

Bubikon und Dübendorf beschließen die Herabsetzung der Gemeindezulagen der Primarlehrer um 200 Franken, jenes auch die des Sekundarlehrers um jährlich Fr. 300, lehnt dagegen den Antrag des Gemeinderates auf Herabsetzung der Besoldung der Gemeindeangestellten einstimmig ab.

Höngg setzt ebenfalls die Besoldungen der Lehrer um 300 bis 400 Franken und die des Pfarrers um 200 Franken herab.

29. Der Kantonsrat beginnt mit der Behandlung des Voranschlages der Staatsrechnung für 1923, kommt indessen nicht über die Eintretensfrage, die eine längere Diskussion verursacht, hinaus.

31. Bei der Weiterberatung des Geschäftsberichtes für 1921 erklärt der Große Stadtrat das Postulat Bader (soz.), das die Wiederaufnahme des städtischen Wohnungsbaues verlangt, mit 51 gegen 44 Stimmen für erheblich.

Februar:

1. Eine von über 2000 Teilnehmern besuchte Versammlung des städtischen Personals erhebt Einsprache gegen die vom Stadtrat vorgesehene Lohnherabsetzung.
3. Der Verband der Lehrer an den kantonalen Mittelschulen erklärt den vom Regierungsrat beschlossenen Lohnabbau für seine Angehörigen als zu weitgehend und beauftragt seinen Vorstand, mit der Regierung im Sinne einer weniger empfindlichen Herabsetzung zu verhandeln.
4. Der in der Tonhalle abgehaltene kantonale freisinnige Parteitag beschließt mit 107 gegen 11 Stimmen die Verwerfung des Genfer Zonenabkommens zwischen der Schweiz und Frankreich.

Ebenso beschließt der kantonale demokratische Parteitag in Thalwil die Verwerfung, während die Abgeordnetenversammlung der Bauernpartei Stimmfreigabe beschließt.

5. Die kantonale Direktion der Finanzen und des Gesundheitswesens fordert die Gemeinderäte und die Gesundheitskommissionen auf zur Bekämpfung der Kropfkrankheit mittels Jodsalz, das zum selben Preis wie Kochsalz erhältlich sei.

Der Kantonsrat beschließt zunächst, die Frage der Abänderung der Besoldungsverordnung an eine besondere, aus fünfzehn Mitgliedern bestehende Kommission zu weisen. Bei der hierauf fortgesetzten Beratung des Voranschlages für 1923 werden die Anträge betr. Erhöhung des Kredites für die gewerblichen Fortbildungsschulen um 35,000 Franken und desjenigen für die kaufmännischen von 148,000 auf 165,000 Franken je mit starkem Mehr abgelehnt.

6. In seiner Eingabe an den Stadtrat erklärt der Verband der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter die stadträtliche Vorlage zu einer Besoldungsänderung für durchaus unannehmbar. Die Kürzung der Höchstbesoldungen um 1300—1700 Franken sei geradezu ungeheuerlich; annehmbar wären Abzüge von höchstens 300 bis 600 Franken jährlich.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei des Kantons beschließt, der Parteiversammlung die Beteiligung an den diesjährigen Erneuerungswahlen des Regierungsrates mit drei eigenen Kandidaten zu beantragen.

Meilen beschließt die Herabsetzung der Besoldungen der Lehrer und des Pfarrers um je 200 Franken.

In der Tonhalle findet, veranstaltet von der städtischen Arbeitslosenfürsorge, ein Fest mit Variétéaufführungen, Ball und Bauernkirchweih statt zu Gunsten der hiesigen Arbeitslosen.

Primarlehrer Lüscher in Dänikon-Güttikon verzichtet freiwillig auf die Gemeindegulage, schenkt seiner Schulgemeinde vielmehr 2000 Franken.

7. Im Großen Stadtrat kommt es bei der Weiterberatung des Geschäftsberichtes über 1921 beim Abschnitt Polizeiwesen zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen bürgerlichen und sozialdemokratisch-kommunistischen Rednern. In der Hauptsache dreht sich der Streit um die Frage, ob den Großstadträtlichen Kommissionen beim Besuch der Polizeikaserne auch jene Räume gezeigt werden sollen, darin die Polizei ihre Maschinengewehre samt Munition aufbewahrt. Infolge andauernder, herausfordernder Angriffe der Vertreter der Linksparteien verlassen schließlich die Bürgerlichen samthast den Ratssaal, worauf, nachdem Beschlussunfähigkeit des Rates festgestellt worden ist, die Sitzung abgebrochen wird.

In Rüschlikon, wohin er sich vor einigen Jahren zurückgezogen, stirbt im Alter von 74 Jahren Dr. Adolf Kaegi, langjähriger Lehrer des Griechischen und Lateinischen am kantonalen Gymnasium und von 1883—1912 auch Professor für Sanskrit, indogermanische und klassische Philologie an der philosophischen Fakultät der Universität.

8. Der Kirchenrat erhält aus Anlaß der Abstimmung über die Vermögensabgabe vom 3. Dezember vorigen Jahres eine Gabe von 10,000 Franken zur Verwendung für kirchliche Jugendpflege.
9. Im letzten Monat sind aus dem Konsularbezirk Zürich für 3,236,837 Franken Waren nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgeführt worden oder für 1,815,707 Franken weniger als im selben Monat des Vorjahres.

Die Hauptversammlung der Sektion Zürich des schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wählt alt Stadtrat Traber zu ihrem Sekretär.

10. Die Versammlung der städtischen sozialdemokratischen Partei stellt Bezirksrichter Bernhard Kaufmann als Kandidaten auf für den durch den Rücktritt von Stadtrat Paul Pflüger freigewordenen Sitz im Stadtrat.
11. Der kantonale freisinnige Parteitag auf „Zimmerleuten“ beschließt die Verwerfung der eidgen. Schutzhaft-Initiative sowie der kantonalen Vorlagen über das Einigungsamt und über den Verkehr mit Fahrrädern und Motorfahrzeugen, dagegen Annahme der Verfassungsänderung betreffend Festsetzung der Mitgliederzahl des Kantonsrates auf 200, des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen sowie über das Wahlrecht der Frauen.

Eine größere Zahl von städtischen Gewerbetreibenden verlangt mittelst Eingabe an den Großen Stadtrat zu Händen des Stadtrates, es sei die unveränderte stadträtliche Vorlage betreffend Abänderung der Besoldungsverordnung längstens innert vier Monaten der Gemeindeabstimmung zu unterbreiten.

Dietikon setzt die Gemeindesteuer auf 195 Prozent der Staatssteuer fest und kürzt die Besoldung der Primarlehrer sowie des Pfarrers um je 100 Franken, die der Gemeindebeamten um je zehn Prozent.

12. Das statistische Amt stellt den Weiterbestand der Wohnungsnot fest. Von den vorhandenen 40,000 Wohnungen seien alle bis auf 60

Winterthur verwirft mit 6859 gegen 4225 Stimmen den von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag auf Abänderung der städtischen, vom Regierungsrat erlassenen Besoldungsverordnung.

Die Schulgemeinde Uster versichert ihre Schüler und Lehrer gegen Unfall beim Spiel, bei Ausflügen sowie auf dem Schulwege und in der Schule selbst mit 1000 Franken im Todesfall und 5000 Franken bei gänzlicher Invalidität.

19. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Wiedervereinigung der Verwaltungsabteilungen I und III des Bauwesens, wie sie bis 1918 bestanden hat, und begründet diesen Antrag mit dem voraussichtlich für längere Zeit anhaltenden Stillstand größerer städtischer Hoch- und Tiefbauten.

Dem Kantonsrat wird von acht Mitgliedern eine Motion eingebracht, wonach der Regierungsrat eingeladen werden soll, dem Rat eine neue Verfassungsvorlage betreffend Reduktion seiner Mitgliederzahl so rasch zu unterbreiten, daß sie noch vor den diesjährigen Erneuerungswahlen des Kantonsrates zur Volksabstimmung gebracht werden könnte. Hierauf wird die Beratung des Voranschlages für 1923 beendet und die Staatssteuer für das laufende Jahr in der Höhe ihres einfachen Betrages festgesetzt.

20. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Bewilligung eines außergewöhnlichen Beitrages von 5900 Franken an die Zürcher Kunstgesellschaft für die Herstellung von fünf diebsicheren Glaschränken zur Aufbewahrung ihrer Sammlung von Goldschmiedearbeiten sowie für anderweitige Sicherungsvorrichtungen im Ausstellungsraum.

Aus der Gemeinde Gütten werden der Zentralstelle für Auslandsschweizerkinder mehr als elf Doppelzentner Lebensmittel gespendet.

21. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bewilligung eines Beitrages von 30,000 Franken an die „Stiftung zürcherische Heilstätten in Wald und Glavadel“ für den Kauf einer Villa in Glavadel, die als Kinderstation eingerichtet werden soll.

Der Große Stadtrat beschließt zu Gunsten der Gemeinde Erweiterungsbauten der Strandbadanlage im Kostenbetrage von 421,000 Franken.

24. Das städtische Gesundheitsamt macht im „Tagblatt“ die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß das die Kropffrankheit verhindernde Jodsalz nunmehr in fast allen Salzwagen der Stadt erhältlich sei und zwar zum selben Preise wie gewöhnliches Kochsalz.

25. Der kantonale sozialdemokratische Parteitag beschließt die Beteiligung am Wahlkampf für die Regierungsratswahlen mit drei Kandidaten und stellt als solche auf Stadtrat Dr. Klöti, Fabrikinspektor Sigg und Sekundarlehrer Baumann.

Die Gemeindeversammlung der Christkatholiken beschließt den Umbau der „alten Münz“ zu einem Kirchengemeindehaus im Kostenbetrage von 400,000 Franken.

Gombrechtikon setzt die Gemeindezulage an Pfarrer und Lehrer um 200 Franken, Hirzel die der Lehrer um 300 Franken herab. Grüningen beschließt grundsätzlich, daß ledige Lehrer von nun an

200 Franken weniger Gemeindezulage erhalten sollen als verheiratete.

26. Der Kantonsrat lehnt die Motion Mauer betreffend Herabsetzung seiner Mitgliederzahl mit 110 gegen 70 Stimmen ab.

Rund tausend kantonale Beamte, Angestellte und Arbeiter legen gegen den Beschluß des Regierungsrates betreffend den Lohnabbau Rechtsverwahrung ein.

27. Auf den Höhen der Hörnli- und Almannkette liegt der Schnee noch meterhoch.

Der Regierungsrat übermittelt dem Kantonsrat seinen Antrag betreffend die Vertretung der einzelnen Wahlkreise in Berücksichtigung der als Folge der Bevölkerungsvermehrung, laut Volkszählung vom 1. Dezember 1920 neu zu bestellenden 34 Mandate. Davon entfallen auf die städtischen vier Wahlkreise zusammen 14, auf die übrigen dreizehn Wahlkreise zusammen 20. Im ganzen sind 257 Vertreter zu wählen gegen 223 im Jahre 1919.

28. Die Gemeinde Uster hat letztes Jahr für Arbeitslosenunterstützung 206,420 Franken ausgegeben, wovon 105,000 Franken aus eigenen Mitteln.

März:

1. Aus dem Weinland wird empfindliche Futternot gemeldet. Sie gestaltet sich für die Viehbesitzer um so drückender, als der Heupreis sich zwischen 24 und 26 Franken für den Kilozentner bewegt.
2. Arbeitersekretär Gasser in Winterthur reicht dem Kantonsrat ein Initiativbegehren ein, wonach die Zahl seiner Mitglieder auf 150 festgesetzt, die Nichtwählbarkeit kantonaler Beamter, die Reduktion der Mitgliederzahl des Regierungsrates auf fünf und die Wahl des Regierungspräsidenten durch das Volk gefordert wird.
3. Die Kantonalbank erzielte letztes Jahr einen Reingewinn von 2,954,170 Franken.

Im Auftrag einer Anzahl kantonaler Beamter reicht Rechtsanwalt Dr. Farbstein beim Bundesgericht Beschwerde ein gegen den Beschluß des Regierungsrates betreffend die Herabsetzung der Besoldung der kantonalen Beamten und Angestellten.

4. Gintwil beschließt die Lohnherabsetzung des Gemeindepersonals um 7 bis 30 Prozent und setzt die Besoldung des Pfarrers um 200 Franken, die der Lehrer um 200 bis 500 Franken herab.
5. Der Kantonsrat genehmigt mit 103 gegen 84 Stimmen den Beschluß des Regierungsrates vom 30. Dezember 1922 betreffend den freiwilligen Lohnabbau der kantonalen Beamten und Angestellten und zwar mit Wirkung ab 1. April 1923.

Mit heute beginnt der elektrische Betrieb der Eisenbahnlinie Zürich-Zug, so daß man nun, nachdem die Strecken Zug-Arth-Goldau und Luzern Arth-Goldau-Chiasso schon letztes Jahr diese Betriebsweise aufgenommen haben, von hier bis an die südliche Landesgrenze die Annehmlichkeit der rauchlosen Fahrt genießen kann.

Die Beschwerde des katholischen Pfarrers von Wald gegen das vom Gemeinderat erlassene Verbot der Abhaltung von Prozessionen auf öffentlichem Grunde wird vom Bundesgericht abgewiesen.

6. Der Erziehungsrat beschließt, angesichts des herrschenden Ueberflusses an Lehrkräften seien vom Jahre 1926 an keine Wahlfähigkeitsausweise mehr an Mädchen abzugeben, die eine der im Kanton bestehenden Lehrerbildungsanstalten besucht haben oder von auswärts zur Patentprüfung sich anmelden.
7. Niederweningen bezieht für das laufende Jahr eine Gemeindesteuer von 220 Prozent der Staatssteuer, Wiesendangen und Ottenbach je 200, Schönenberg 190 Prozent.

Der Große Stadtrat genehmigt die vom Stadtrat erlassene Verordnung über den Verkauf von Milch und Vorzugsmilch (für Säuglinge und Kranke) und beschließt gemäß Antrag des Stadtrates die Uebernahme von Fr. 100,000 Obligationen zu 5½ Prozent der Bahngesellschaft Zürich-Netliberg auf Rechnung des Gemeindegutes.

8. Vertreter der Bauernpartei und der kantonalen freisinnigen, demokratischen und der christlichsozialen Partei bestellen einen Aktionsausschuß für den Kampf gegen die Zollinitiative.
9. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von 385,000 Franken als Beitrag an die Kosten der Elektrifizierung der Sihltalbahn. Nach dem Umbau sei die Stadt alleinige Inhaberin eines Prioritätsaktienkapitals dieser Eisenbahnunternehmung im Betrage von 1,300,000 Franken. Nach Ansicht des Stadtrates dürfte es mit 2 Prozent verzinst werden.
10. Der Verwaltungsrat der schweizerischen Bodenkreditanstalt in Zürich beantragt der Aktionärversammlung die Abschreibung des Aktienkapitals von 26 auf 7,8 Millionen Franken und die Herabsetzung des Zinsfußes der Obligationen auf 4 Prozent.

Der Bäckermeisterverband von Horgen beschließt die Einstellung der Sonntagsarbeit.

11. Für die zur Neubesezung ausgeschriebene Stelle des Gemeinderatschreibers von Embrach gehen 97 Bewerbungsschreiben ein.

Laut dem Bericht des statistischen Amtes hat die Einwohnerzahl der Stadt im letzten Viertel des vorigen Jahres um 1371 Personen zugenommen, eine Zunahme, die seit 1917 in einem Vierteljahr sonst nie mehr so groß gewesen sei.

12. Der Kantonsrat lehnt die Initiative Gotthilf Gasser, Winterthur, auf Abänderung der Verfassung diskussionslos ab und beginnt mit der Beratung des Rechenschaftsberichtes des Regierungsrates über das Jahr 1921. Dabei wird die Motion des Kommunisten Gerteis abgelehnt, wonach der Regierungsrat Bericht und Antrag einbringen sollte über die Möglichkeit einer Herabsetzung des Zinsfußes für Hypotheken auf bäuerlichem Grundbesitz.

Der Männerchor Zürich beschließt eine zwölfwägige Reise nach Spanien im April 1925 mit Konzerten in Madrid und Barcelona.

Für die Stelle eines Schulabwartes in Winterthur gehen 172 Anmeldungen ein.

13. Die kantonale Kommission zur Bekämpfung der Tuberkulosis hat letztes Jahr 3514 Personen mit ihrer Fürsorge bedacht und für deren Verpflegung im ganzen 92,793 Franken verausgabt.
14. Die von den zürcherischen Gemeinden eingelieferten Berichte über den neuesten Stand der Arbeitslosigkeit ergeben auf 28. Februar für den ganzen Kanton 3663 gänzlich Arbeitslose, 1937 Unterstützte und 5912 teilweis Arbeitslose. Gegenüber dem Vormonat ist die Zahl der gänzlich Arbeitslosen um 1021 zurückgegangen.
15. Laut dem Nachtragskreditgesuch des Regierungsrates sind letztes Jahr für Taggelder und Reiseentschädigungen des Kantonsrates 154,810 Franken verausgabt worden.
16. Der städtische Voranschlag für 1923 sieht bei 54,456,500 Franken Einnahmen und 54,379,860 Franken Ausgaben einen Vorschlag von 76,640 Franken vor. Die Mehrheit der Rechnungskommission beantragt daher eine Ermäßigung des Steuerfußes von 150 auf 140 Prozent der einfachen Staatssteuer.
18. Der kantonale freisinnige Parteitag auf „Zimmerleuten“ beschließt, dem Volke die Verwerfung der eidgenössischen Zollinitiative zu empfehlen.

Die kantonale Volksabstimmung ergibt die Verwerfung der Vorlagen über Gesetzesänderungen betreffend das Gerichtswesen, die Wählbarkeit von Schweizerbürgerinnen als Gerichtsbeamte, den Strafprozeß sowie betreffend das Strafgesetzbuch; angenommen wird einzig, jedoch mit nur schwachem Mehr, die Gesetzesänderung betr. die Geschäftsordnung und Organisation des Kantonsrates.

- In der städtischen Abstimmung wird die Vorlage betreffend Erhöhung der Subvention an die Tonhallegesellschaft von 30,000 auf 45,000 Franken mit 14,700 gegen 7475 Stimmen angenommen.
19. Der Kantonsrat bewilligt ein Darlehen von 550,000 Franken für die Elektrifikation der Sihltalbahn und hört die Interpellation Hubler (Kommunist) an betreffend die Stellungnahme von Regierungsrat Tobler, Direktor der Volkswirtschaft, die er an der interkantonalen Konferenz vom 22. Januar in Bern hinsichtlich des Abbaues der Arbeitslosenfürsorge eingenommen haben soll.
 20. In Kilchberg, wo er seinen Lebensabend verbracht hat, stirbt im fünfundachtzigsten Altersjahre alt Kirchenratspräsident Dr. J. C. Scheller.
 21. Der Bantrat der Kantonalbank verlangt vom Kantonsrat einen Kredit von 4,685,000 Franken für die Vergrößerung des Bankgebäudes.
Drei Vertreter der kommunistischen Partei im Großen Stadtrat erklären ihren Austritt aus der Partei wie auch aus dem Räte.
Der Große Stadtrat beschließt gemäß dem Antrag des Stadtrates die Aufhebung der Abteilung III des Bauwesens und dessen Wiedervereinigung mit der Abteilung I auf 1. April 1923.
 23. Die Staatsrechnung über das Jahr 1922 schließt mit einem Einnahmenüberschuß von 3 Millionen Franken. Er soll zur Tilgung des aus den Kriegsjahren herrührenden Defizits verwendet werden.

24. Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für das Waisenamt. Dieses habe durch das kantonale Einführungs-gesetz zum eidgenössischen Zivilgesetzbuch einen gegenüber früheren Zeiten weit ausgedehnteren Aufgabekreis erhalten, dem jene nun besser angepaßt werden soll.

Der Große Gemeinderat von Winterthur beauftragt den Stadtrat, er möge dahin wirken, daß vorläufig von der Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung Umgang genommen werde.

25. Abisrieden setzt die Gemeindezulage der in der Gemeinde wohnhaften Lehrer um 300 bis 500 Franken, der außerhalb wohnhaften sowie des Pfarrers um 1000 Franken herab.

Die Primarschulgemeinde Uster-Winikon-Gschwader kürzt die Gemeindezulage der Lehrer um 200 bis 300 Franken.

26. Der Kantonsrat lehnt das Begnadigungsgesuch von drei im Jahre 1910 wegen Giftmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Personen (ein Mann und zwei Frauen) entgegen dem Antrag der Kommission, aber gemäß dem Gegenantrag des Regierungsrates mit großem Mehr ab. Hierauf beschließt der Rat im Sinne des Regierungsrätlichen Antrages, es solle der Lohnabbau nach der vom Regierungsrat aufgestellten Regelung bei der gesamten Staats- und Bezirksverwaltung sowie bei allen Gerichtsinstanzen auf 1. Mai 1923 in Kraft treten.

Der Arbeiter Robert Rahmi in Thalwil steht mit diesem Tage volle 55 Jahre im Dienste der Färberei Weidmann A.-G. daselbst.

27. Die bürgerlichen Parteien des Kantons (Freisinnige, Demokraten, Christlichsoziale und evangelische Volkspartei) schlagen für die am 15. April stattfindenden Erneuerungswahlen des Regierungsrates die sechs bisherigen Mitglieder: Dr. G. Mousson, Dr. A. Streuli, Dr. O. Wettstein, J. Ottiker, E. Tobler und R. Maurer vor, empfehlen ihren Parteigenossen dagegen für das siebente Mandat Stimmenthaltung.

28. Die Jahresrechnung der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Zürich ergibt einen Ausgabenüberschuß von rund 35,000 Franken. Im Schoße des Vereins rechnet man nun angesichts dieser Sachlage mit einem nachträglichen Beitrag des Kantons, der um so eher gerechtfertigt sei, als der Verein mit genannter Schule dem Kanton einen Teil seiner Ausgaben für den Fortbildungsunterricht erspare.

Der Große Stadtrat ermächtigt den Stadtrat zur Gewährung eines Darlehens von 385,000 Franken an die Kosten der Elektrifizierung der Sihltalbahn.

Bei Behandlung der Interpellation Schmid-Ruedin über die Wohnungsnot wird festgestellt, daß 117 Familien auf 1. April noch keine Wohnung haben finden können.

29. Die Straßenbahnlinie Stadtgrenze-Abisrieden, 2,3 Kilometer, wird dem Betrieb übergeben.

Die Abrechnung über den Bau der Straßenbahnlinie in der Winterthurerstraße von der Seilbahn Rigiviertel bis zur Irchel-

straße, der zu 750,000 Franken veranschlagt war, ergibt eine Minder-
ausgabe von rund 70,000 Franken.

Der Männergesangsverein „Harmonie Zürich“ reist mit Extra-
zug nach Rom, wo er ein Konzert geben wird.

Der Große Stadtrat setzt die Gemeindesteuer für das laufende
Jahr auf 140 Prozent der einfachen Staatssteuer fest.

30. Die kantonale Grütljanerpartei stellt Regierungsrat Walter als ihren
Kandidaten auf für die Erneuerungswahl des Regierungsrates, be-
schließt dagegen Stimmenthaltung gegenüber den übrigen sechs Kan-
didaten.

31. Für die neu zu bestellenden 257 Sitze im Kantonsrat werden von
zehn Parteien in 17 Wahlkreisen 1319 Kandidaten aufgestellt.

April:

3. Die eidgenössische Telegraphenverwaltung gibt von nun an zusam-
men mit der meteorologischen Zentralanstalt in Zürich täglich mittags
und abends allen Telephonzentralen und Telephonbureaus die Wetter-
aussichten für den folgenden Tag bekannt zur weitem Mitteilung an
jedermann gegen Entrichtung einer Gebühr von 20 Rappen.

Das römisch-katholische Pfarramt von Wädenswil teilt der
Schulpflege mit, vom 1. Mai laufenden Jahres an würden die
katholischen Schüler der Primarschule dem Bibel- und Sittenlehr-
unterricht nicht mehr beiwohnen.

In Würdigung der Interpellation Schmid-Ruedin (Wohnungs-
not) beschließt der Große Stadtrat, der Stadtrat solle beim Bundes-
rat den Erlaß eines Gesetzes über Mieterschutz anregen.

5. Das zur öffentlichen Zeichnung aufgelegte viereinhalbprozentige
Zwanzig-Millionen-Anleihen des Kantons wird so stark überzeichnet,
daß nur acht Prozent zugeteilt werden können.

Die Generalversammlung der Sihltalbahnengesellschaft bewilligt
den erforderlichen Kredit für die Einführung des elektrischen Bahn-
betriebes und genehmigt den darauf bezüglichen Darlehensvertrag
mit der Eidgenossenschaft und dem Kanton.

6. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von
192,000 Franken für die Verbreiterung der Bederstraße zwischen
Grütli- und Steinentischstraße.

Die Reiseartikelfirma Hans Locher & Co. begeht die Feier ihres
100-jährigen Bestandes.

Die Zürcher Handelskammer beschließt in ihrer außerordent-
lichen Hauptversammlung die Ablehnung der Zollinitiative.

7. In seiner Eingabe an die Volkswirtschaftsdirektion erklärt der Ver-
band der städtischen Liegenschaftenvermittler, der Handel mit Liegen-
schaften werfe seit 1920 nur noch einen geringfügigen Gewinn ab,
weshalb der Anreiz dazu meistens fehle. Auch die Rendite der Miet-
häuser sei sozusagen gleich null. Angesichts dieser Sachlage habe daher
eine gesetzliche Beschränkung des Handels mit städtischen Liegen-
schaften zurzeit keinen Sinn.

Die direkte telephonische Verbindung Zürich=Regensburg=Ingolstadt=Prag wird dem Betrieb übergeben.

8. Eine von der sozialdemokratischen Partei der Stadt auf den Lindenhof einberufene und von einigen tausend Personen besuchte Versammlung beschließt die energische Bekämpfung der herrschenden Zollpolitik, die für die gesamte städtische Bevölkerung nur nachteilige Folgen zeitige. Die Versammlung empfiehlt daher die Volksinitiative zur Annahme.

Dübendorf kürzt die Besoldungszulage der Primarlehrer um 400 Franken.

Stammheim beschließt Erneuerungsbauten in und an der Kirche im Kostenbetrage von 10,000 Franken.

9. Der „Sparkasse der Stadt Zürich“ sind letztes Jahr Spargelder in dem noch nie erlebten Betrage von über vier Millionen Franken einbezahlt worden, so daß das Spargeldkapital auf 30,268,292 Fr. anstieg.

Der Kantonsrat beendet die Diskussion über die Interpellation Gubler betreffend die Stellungnahme von Regierungsrat Tobler in der Frage des Abbaues der Arbeitslosenfürsorge.

10. In seiner heute fortgesetzten Sitzung bewilligt der Kantonsrat für das Rechnungsjahr 1922 Nachtragskredite im Gesamtbetrag von 1,815,143 Franken und ebenso den vom Bankrat verlangten Kredit von 4,685,000 Franken für den Umbau und die Erweiterung des Kantonalbankgebäudes.
11. Der Große Stadtrat beschließt die Uebersetzung eines Betrages von 500,000 Franken aus dem Einnahmenüberschuß der laufenden Rechnung an das städtische Nutzungsgut zur Deckung der beim Brennstoffeinkauf während der Rationierungszeit erlittenen Einbuße.
12. Im städtischen Wohnungsanzeiger (dessen Umfang immer mehr zusammenschrumpft) liest man folgende Mindest- und Höchstpreise für unmöblierte Wohnungen in Franken: Zwei Zimmer 648 bis 1200, drei Zimmer 900 bis 2000, vier Zimmer 1000 bis 2900, fünf Zimmer 1500 bis 4000, sechs Zimmer 3000 bis 9000, sieben und mehr Zimmer 3000 bis 12,000.

Im Alter von 74 Jahren stirbt alt Stadtrat Jakob Bogelsanger.

Auf dem Kantonschulplatz wird eine vom Handelsgärtnerverein veranstaltete Ausstellung von Frühjahrsblumen eröffnet. Daran beteiligen sich 24 Aussteller.

13. Die schweizerische Krankenkasse „Helvetia“ in Zürich hat letztes Jahr für Beiträge an Kranke, Wöchnerinnen und im Todesfalle zusammen 2,123,394 Franken verausgabt, seit ihrer im Jahre 1899 erfolgten Gründung 20,267,788 Franken.

Die Wählerversammlungen der freisinnigen wie der demokratischen Partei beschließen die Verweigerung des vom Großen Stadtrat bewilligten Kredites von 421,000 Franken für die Erweiterung des Strandbades; die Versammlung der evangelischen Volkspartei dagegen stimmt für Bewilligung.

Die Hauptversammlung der kantonalen Liga für die Verkehrsinteressen fordert die Aufhebung des Verbots von Autofahrten am Sonntag.

14. Die Zivilgemeinde Jrgenhausen muß keine Steuern erheben für 1923.
15. Die Zollinitiative wird verworfen, von der Stadt mit 18,711 gegen 16,797 Stimmen, vom Kanton mit 70,427 gegen 35,556, von der Eidgenossenschaft mit 463,593 gegen 167,435.

Die Erneuerungswahl des Regierungsrates ergibt die Bestätigung der sechs bisherigen Mitglieder: Dr. Heinrich Mousson, Dr. A. Streuli, Dr. O. Wettstein, Fritz Ottiker, Ernst Tobler, Rudolf Maurer mit 59,301 bis 55,032 Stimmen bei einem absol. Mehr von 32,836. Das siebente Mitglied, Emil Walter, erhält bloß 28,927 Stimmen und fällt daher aus der Wahl. Die drei sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Klöti, Fabrikinspektor Sigg und Sekundarlehrer Baumann machen 13,854 bis 12,254 Stimmen. Somit kommt es zwischen E. Walter und Dr. Klöti zur Stichwahl.

Die Erneuerungswahl der Mitglieder des Kantonsrates ergibt folgende Parteistärken: 75 Sozialdemokraten (bisher 66), 66 Bauern (58), 49 Freisinnige (42), 32 Demokraten (28), 11 Christlichsoziale (8), 10 Kommunisten (—), Evangelische 9 (4), Grütljaner 5 (7), zusammen 257.

In der städtischen Abstimmung wird die Vorlage über die Erweiterung des Strandbades mit 20,116 Ja gegen 18,278 Nein angenommen.

16. Das Sechseläuten wird bei zweifelhaftem Wetter im üblich einfachen Rahmen, doch unter Anwesenheit einer großen Zuschauermenge abgehalten.

Der Stadtrat empfiehlt dem Großen Stadtrat, der Motion betreffend Zulassung des Sammelns von Unterschriften vor Wahllokalen keine Folge zu geben.

Der Stadtrat von Winterthur beantragt dem Großen Gemeinderat eine Subvention von 40,000 Franken an die allgemeine Baugenossenschaft für den Bau von 40 Wohnungen.

19. Der Große Stadtrat hört die Eintretensdebatte an über die städtische Vorlage der Besoldungsrevision.

Der Verwaltungsrat des Stadttheaters beschließt, der Witwe Richard Wagners in Bayreuth die bis 1913 pflichtig ausgerichtete Lantième von jeder Aufführung eines Musikdramas des Dichterskomponisten auch weiterhin auszurichten.

20. Beim Planwettbewerb für den Bau der Kornhausbrücke sind 25 Entwürfe eingegangen. Ein erster Preis kann jedoch nicht zugesprochen werden; dagegen erhalten zwei Firmen einen zweiten Preis von je 7000 Franken.
21. Der Vorstand der kantonalen Grütljanerpartei beschließt, für die Stichwahl für das siebente Mitglied des Regierungsrates unter allen Umständen an der Kandidatur Walter festzuhalten.
23. Die Abrechnung über das letzte September in Dübendorf abgehaltene internationale Flugmeeting ergibt einen Ausgabenüberschuß

von 68,000 Franken, der indessen aus der Schlechtwetterversicherung, dem Gordon-Benettfonds wie auch aus freiwilligen Beiträgen und 20 Prozent des Garantiekapitals getilgt werden kann.

25. Mit 65 gegen 39 Stimmen beschließt der Große Stadtrat nach längerer, lebhafter Diskussion Eintreten auf die Vorlage über die Besoldungsrevision im Sinne der Anträge der Kommissionmehrheit, vertagt indessen die materielle Beratung auf den 27. April.

Eine auf der „Waag“ abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung von männlichen und weiblichen Freunden des Strandbades beschließt die Gründung eines Strandbadvereins zur Geltendmachung von Wünschen der Strandbadbesucher gegenüber den Behörden wie auch zur Förderung des weiteren Ausbaues des Strandbades.

27. Mit überwiegender Mehrheit entscheidet sich der Große Stadtrat für die von seiner Kommission beantragte Skala der Besoldungen und Löhne des städtischen Personals mit höheren Ansätzen, namentlich auch für die Arbeiter, als sie vom Stadtrat in seiner Vorlage vorgeesehen waren.

28. Der Stadtrat teilt dem mit monatlicher Kündigung angestellten Personal mit, daß er nach Annahme der neuen Besoldungsverordnung durch die Gemeinde die Anstellungs- und Lohnverhältnisse nach Maßgabe der neuen Bestimmungen sofort abändern werde und daß gegenüber jenen Angestellten und Beamten, die dieser Maßnahme sich widersetzen sollten, diese Anzeige als Kündigung auf den nächsten gültigen Termin gelte.

29. Die kantonsrätliche Kommission für die Verfassungsrevision beantragt unter anderm folgende neue Bestimmungen: Kantons- und Schweizerbürger können bei Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften in jeder Gemeinde des Kantons sich niederlassen und das Bürgerrecht erwerben. Die Niedergelassenen dürfen weder ändern noch höhern Steuern unterworfen werden als die Bürger.

Die Sekundarschulgemeinde Uster ändert den am 2. Juni 1922 gefaßten Beschluß betreffend Herabsetzung der Gemeindezulagen der Sekundarlehrer in der Höhe von 600 Franken dahin ab, daß die jährliche Zulage um bloß 300 Franken zu kürzen sei.

Anläßlich der 90. Stiftungsfeier der Universität wird mitgeteilt, sie sei im letzten Wintersemester von 2376 Studierenden und Auditoren besucht worden und ihr Lehrkörper habe aus 57 ordentlichen, 17 außerordentlichen und 10 Honorarprofessoren bestanden; ferner, die tessinischen Studierenden könnten künftig ihre Dissertationen auch in italienischer Sprache einreichen.

30. Beim Wettbewerb um ein Projekt für das Stadtkasino der litauischen Stadt Rowno erhält Architekt Adolf Keller-Müller von Oberwinterthur den ersten Preis.

Das Gesundheitsamt teilt mit, der befürchtete Milchpreisaufschlag von einem Rappen für den Liter werde in der Stadt nicht eintreten.

An diesem Tage steht Berta Hoch von Schwamendingen seit fünfzig Jahren bei der Firma Emil Zuppinger, Herzogenmühle bei

Wallisellen, ununterbrochen in Arbeit. Als Zeichen der Anerkennung erhält sie von der Firma ein Geschenk samt Urkunde.

Der Vorstand der kantonalen sozialdemokratischen Partei beschließt, für den zweiten Wahlgang eines Mitgliedes (7.) der Regierung keinen Kandidaten mehr aufzustellen, den Parteigenossen vielmehr Stimmenthaltung zu empfehlen.

Mai:

1. Das kantonale Mietamt stellt mit heute seine Tätigkeit ein.

Den fünfzigsten Jahrestag ihres Eintrittes als Angestellte der Weberei Hub bei Wald begehen die Eheleute Vontobel, sowie Frau Rosine Vontobel und Witwe Berta Graf. Zum Zeichen der Anerkennung der so lange geleisteten treuen Dienste wird ihnen von der Firma je eine Urkunde nebst Barbetrag überreicht.

Der Gaspreis beträgt von heute an in der Stadt bloß noch 35 Rappen statt wie bisher 40.

Am Demonstrationsszug der Arbeitermaifeier beteiligen sich rund 5000 Personen.

Der Gaspreis für die rechtsufrigen Seegemeinden wird von heute an von 44 auf 38½ Rappen herabgesetzt.

2. Die Gemeinderrechnung von Winterthur über das Jahr 1922 schließt mit einem Einnahmenüberschuß von 86,317 Franken.

Die bürgerlichen Parteien beschließen Stimmfreigabe oder Stimmenthaltung für den zweiten Wahlgang des siebenten Regierungsmitgliedes.

An der untern Bahnhofstraße wird eine Empfangsstation für drahtlose Telephonie eröffnet. Zum ersten Mal hört man da am heutigen Abend ein aus Paris drahtlos hieher übertragenes Orchesterkonzert.

3. Der Regierungsrat beschließt auf Zusehen hin hinsichtlich des Sonntagsverkehrs mit Motorfahrzeugen: Höchstgeschwindigkeit für Personenwagen oder Motorräder 30 Kilometer, Auto-Omnibusse 12 bis 20 Km. Wenn jedoch diese Fahrvorschriften nicht durchwegs eingehalten würden, behält sich der Regierungsrat den Erlaß des Fahrverbots für Sonntage in seinem früheren Umfange vor.

4. Fünf Mitglieder des Kantonsrates interpellieren die Regierung wegen der am 7. April durch die Kantonspolizei veranlaßten Auflösung einer öffentlichen Versammlung.

In der Tonhalle wird der elfte schweizerische Mostmarkt eröffnet. Er ist mit 250 verschiedenen Arten Apfelmost, 130 Birnen- und 220 gemischtem Most beschriftet.

6. Die Kirchgemeinde Niedermeningen-Dachseren beschließt die Anschaffung eines neuen Kirchengeläutes mit vier Glocken im Kostenbetrage von 46,000 Franken.

Der zweite Wahlgang für das siebente Mitglied der Regierung ergibt mit 32,897 Stimmen die Wahl von Regierungsrat Walter, der beim ersten Wahlgang das absolute Mehr nicht erreicht hatte.

Die Schulgemeinde Bauma beschließt die Unfallversicherung für Lehrer und Schüler.

7. Die Bäckerei des Lebensmittelvereins Zürich bringt eine neue Brotsorte zum Verkauf unter dem Namen „Vera-Brot“. Es soll gegenüber den bisher bekannten Brotarten einen erheblich größeren Gehalt an Nährsalzen und an Vitamin (Lebensstoff) aufweisen.

Seit dem 28. April sind wieder elf neue Kranke in den Bodenspital überführt worden. Zurzeit ist er mit 49 Patienten besetzt.

8. Siesige und Genfer Bankhäuser gewähren der ungarischen Republik einen Kredit von zehn Millionen Schweizerfranken unter Garantie der Budapester Großbanken.
9. Anlässlich der Feier ihres fünfzigjährigen Bestandes erfreut die Unfallversicherungsgesellschaft „Zürich“ ihre Beamten und Angestellten erstens mit der Ausrichtung einer Gratifikation in der Höhe des doppelten Monatsgehaltes und sodann mit der Zuwendung von einer Million Franken an den Unterstützungs- und Pensionsfonds ihres Personals. Daneben macht die Gesellschaft noch eine Reihe gemeinnütziger Vergabungen im Gesamtbetrage von 300,000 Franken.

Der heutige Tag bringt die für diese Jahreszeit ungewöhnlich hohe Schattentemperatur von 30 Grad Celsius. Die letztvergangenen Maitage waren überhaupt die wärmsten seit fünfzig Jahren. So wird z. B. vom rechten Seeufer gemeldet, es sei verschiedentlich schon geheuet worden.

10. Für die Stelle eines Schulabwartes in Winterthur melden sich 270 Bewerber.
12. Die meteorologische Zentralanstalt meldet als Folge des am 10. Mai eingetretenen Temperatursturzes von 20 Grad Celsius einen ausgiebigen Schneefall bis in die Täler der Voralpen hinunter. Aus Andelfingen berichtet man von beträchtlichem Frostschaden in den Reben.
13. Gombrechtikon beschließt die Teerung der Seestraße im Kostenbetrage von 10,500 Franken, desgleichen Affoltern a. A. die Teerung der Hauptstraße im Kostenbetrag von 25,000 Franken. Wehikon bewilligt einen einmaligen Beitrag von 18,000 Franken an die landwirtschaftliche Winterschule für das Oberland. Oberuster kürzt die Gemeindezulage seiner Lehrer um jährlich 200—250 Franken.

Ottenbach bewilligt 13,000 Franken für Erweiterungsbauten im Schulhaus.

14. Der neugewählte Kantonsrat tritt zur konstituierenden Sitzung zusammen in Anwesenheit von 245 Mitgliedern (Gesamtzahl 257). Das Bureau wird bestellt aus Gaegi (Bauernpartei) als Präsident, Weidmann (freisinnig) I. Vizepräsident und Kaufmann (sozialdemokratisch) II. Vizepräsident. Der Regierungsrat wählt zu seinem Präsidenten Dr. Oskar Wettstein und zum Vizepräsidenten Rudolf Maurer.
16. Die Gemeinderrechnung für 1922 zeigt im ordentlichen Verkehr bei 63,145,066 Franken Einnahmen und 56,590,946 Franken Ausgaben einen Vorschlag von 6,554,120 Franken.

Der Große Stadtrat wählt den bisherigen I. Vizepräsidenten Bernhard Widmer (christlichsozial) zum Präsidenten; als I. Vize-

präsident wird Dr. Bertschinger (freisinnig), als II. Jakob Heußer (sozialdemokratisch) gewählt.

Im Verlauf der Sitzung wird der Stadtrat interpelliert über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Bau des Kraftwerkes Wäggitäl. Mit 54 gegen 52 Stimmen wird sodann die Motion Baumann abgelehnt, laut der das Verbot der Unterschriftensammlung vor Wahllokalen hätte wieder aufgehoben werden sollen.

18. Neuerdings fällt Schnee, jetzt sogar bis auf die Höhe von Zumikon herab.
19. Der Stadtrat von Winterthur verlangt vom Großen Gemeinderat einen Kredit von 450,000 Franken für den Ankauf einer Viegen- schaft zum Bau eines Gewerbeschulhauses, sowie einen solchen von 115,000 Franken für die Anschaffung von Automobillöschgerätschaften.
22. Sämtliche städtischen See- und Flußbadanstalten werden wieder er- öffnet.

Das kantonale Technikum in Winterthur hat im laufenden Semester 635 Schüler.

Der Gewerbeverband der Stadt Zürich besteht zurzeit aus 28 Sektionen mit zusammen 1531 Mitgliedern.

Der Konsumverein Zürich hatte letztes Jahr einen Warenumsatz im Betrage von 13,530,774 Franken, oder 1,996,676 Franken we- niger als im Vorjahre, welche Mindereinnahme hauptsächlich dem seither eingetretenen Preisrückgang zuzuschreiben sei. Die dennoch günstige Geschäftslage gestattet eine Dividende von fünf Prozent des Aktienkapitals.

23. Die Zürcher Frauenzentrale eröffnet im Hause Talstraße 18 eine Zentralstelle für Frauenberufe.
24. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat als dringlichen Be- schluß die Aufnahme eines 4½-prozentigen Anleihens von 15 Mil- lionen Franken zur Umwandlung und teilweisen Rückzahlung der beiden Anleihen von je 15 Millionen Franken der Jahre 1908 und 1909.

Die Zürcher Sektion des Tessiner-Vereins „Pro Ticino“ ver- anstaltet mit Francesco Ghiesa aus Lugano als Festredner heute Abend in der Tonhalle eine Gedächtnisfeier zu Ehren des vor fünfzig Jahren verstorbenen italienischen Dichters Alessandro Manzoni, Ver- fasser des weltbekannten Liebesromanes «I promessi sposi».

Der Stadtrat ersucht den Großen Stadtrat zu Handen der Ge- meinde um einen Kredit von 3,2 Millionen Franken zum Bau von 840 Wohnungen.

Dem Großen Stadtrat wird eine Motion eingereicht, wonach der Stadtrat eingeladen werden soll, die Frage der Einführung der obligatorischen Unfallversicherung sämtlicher Schulen der Stadt zu prüfen und darüber Bericht und Antrag zu stellen.

25. Der Große Gemeinderat von Winterthur bewilligt einer Baugenossen- schaft für die Erstellung von zehn Zweifamilienhäusern mit zusammen vierzig Wohnungen einen Beitrag von 40,000 Franken.

Wädenswil bewilligt 26,000 Franken für Straßenpflasterungen.

Die „Genossenschaft für soziale Werke der Heilsarmee“ erwirbt die Liegenschaft zum „Paradies“ in Mettmenstetten zur Errichtung eines Kinderheims.

Auf der „Waag“ konstituiert sich mit bereits über 100 Mitgliedern der „Strandbadverein Zürich“.

26. Dr. phil. Bernhard Fehr, ordentlicher Professor an der philosophischen Fakultät I der Universität hält seine Antrittsrede über „Die Ideale der englischen Renaissance“.

In Winterthur wird ein Frauenalpenklub gegründet als Sektion des schweizerischen Klubs gleicher Art. Er zählt bereits 27 Mitglieder.

Der im Februar 1922 in Bollikon verstorbene Heinrich Ernst hat sein Vermögen von über einer halben Million Franken der Gemeinde vermacht zur Verwendung für wohltätige Zwecke.

Mit Festzug und Konzert in der Tonhalle veranstaltet die Knabenmusik einen Werbetag zu Gunsten ihrer Instrumenten- und Uniformauslagen.

Auf dem Netz der Bundesbahnen im Oberland ist zurzeit eine Sätmachine im Betrieb, die im Tag durchschnittlich 25 Kilometer Geleisestrecke sauber jäten soll.

Zum ersten Mal kann heute abend in der Tonhalle ein sogen. Fernkonzert angehört werden, indem das von der „Harmonie Suisse“ in Paris gegebene Instrumental- und Chorkonzert auf drahtlosem Wege hieher übertragen wird.

Der Studentenverein „Altonia“ feiert auf „Raufleuten“ sein fünfzigjähriges Bestehen.

27. Mit Liederkonzert und Gedenkrede begehen die Sängervereine Wezikon die 150. Wiederkehr (27. Mai 1773) des Geburtstages von Hans Georg Nägeli, dem aus Wezikon gebürtigen Schöpfer des vierstimmigen Chorgesanges.

Desgleichen begehen der Männerchor Zürich und die Zunft zur Schmieden eine Gedenkfeier beim Nägelidenkmal auf der Hohen Promenade.

Im Albisgütli begeht der Gemischte Chor Wiedikon die Feier seines hundertjährigen Bestandes im Rahmen eines Sängertages des Limmattalgesangsvereins.

Der Männerchor Stäfa begeht die Feier seines hundertjährigen Bestandes.

Nieder-Uster beschließt die Herabsetzung der Gemeindezulagen der Lehrer im Betrage von 200 Franken jährlich.

Der Kirchenrat läßt durch die Geistlichen von der Kanzel herab seinen Aufruf an das Volk verlesen, worin er aus moralischen Gründen zur Annahme des eidgenössischen Gesetzes über das Alkoholverbren auffordert.

28. Der Kantonsrat erledigt die Neuwahl der Mitglieder des Kassations- und des Obergerichtes und fährt hierauf mit der Weiterberatung des Rechenschaftsberichtes für 1921 fort.

Der Turnverband Zürichsee-Oberland besteht zurzeit aus 37 Sektionen mit zusammen 5200 Mitgliedern. Dem Verband gehören auch sieben Damenriege an. Gegründet wurde er 1880.

29. Wegen der in der Gemeinde neuerdings aufgetretenen Pockenfälle verfügt die Gesundheitsdirektion die obligatorische Impfung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Seidenweberei sowie der Schüler aller Altersklassen von Adliswil.

Ebenso wird die Impfung aller Schüler und Lehrer, der Abwärte und des technischen Hilfspersonals sämtlicher Schulhäuser der Stadt verfügt.

Der Studentengesangsverein wählt Musikdirektor Ernst Lavater zu seinem Dirigenten und der Regierungsrat ernennt ihn zum Musikdirektor der Universität.

30. Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über die Besoldungsverordnung des städtischen Personals bringt die politische Presse vergleichende Lohnzahlen. Darnach bezöge ein Handlanger zurzeit jährlich: in privater Stellung 2880 Franken; bei der Stadt 5825 Fr.; künftig aber (nach Vorlage des Stadtrates): 4411 Franken; nach Vorlage des Großen Stadtrates 5236 Franken.

In Pfäffikon wird eine katholische Kirche gebaut.

Der Große Stadtrat beschließt gemäß stadträtlichem Antrag die Aufnahme eines Anleihe von 15 Millionen Franken zu 4½ Prozent zur teilweisen Rückzahlung und zur Konversion der beiden 15-Millionen-Anleihe von 1908 und 1909. Mit 53 gegen 38 Stimmen wird hierauf mit Bezug auf die Interpellation Geeb über die Lohn- und Anstellungsverhältnisse beim Wäggitalkraftwerk beschlossen, die Vertreter des Stadtrates im Verwaltungsrat dieses Unternehmens sollen im Sinne der Interpellation vorstellig werden.

Der Große Gemeinderat von Winterthur bewilligt einen Kredit von 450,000 Franken für den Ankauf der Huber'schen Liegenschaft am „Graben“ zum Bau eines Gewerbeschulhauses für Knaben.

31. Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten die Bewilligung eines Kredites von 532,000 Franken für den Bau eines Telephongebäudes an der Fühl-Sihlstraße.

Juni:

2. Der Stadtrat ersucht den Großen Stadtrat zu Gunsten der Gemeinde um Bewilligung eines Kredites von vier Millionen Franken für den Bau einer Kläranlage im Werdhölzli in Altstetten sowie für die zur Einführung der Schwemmanalysation erforderlichen Aenderungen im städtischen Kanalnetz.

Der Regierungsrat beschließt, von der Durchführung der zwangsweisen Impfung der gesamten Bevölkerung vorderhand Umgang zu nehmen. Dagegen wird die Befugnis zur örtlich beschränkten Zwangsimpfung einzelner Berufsclassen den Bezirksärzten anheimgestellt.

Die außerordentliche Versammlung der kantonalen Schulkonferenz in der St. Peterskirche hört Vorträge an über die „Grundgedanken

der zürcherischen Schulgesetzgebung seit 1830" (von Dr. W. Künke) und über „Grundsätzliches zur Schulgesetzgebung" (von Erziehungsdirektor Dr. Mousson).

In der Tonhalle wird eine achttägige italienische Weinmesse eröffnet.

3. Die Abstimmung über die städtische Besoldungsverordnung ergibt die Annahme der Vorlage des Großen Stadtrates (mäßiger Lohnabbau) mit 24,151 gegen 15,718 Stimmen, während die Vorlage des Stadtrates (größerer Lohnabbau) mit 22,221 gegen 17,595 Stimmen verworfen wird.

Die eidgenössische Vorlage zur Abänderung des sogenannten Alkoholartikels der Bundesverfassung wird von der Stadt angenommen mit 22,396 gegen 13,679 Stimmen, vom Kanton mit 51,976 gegen 43,571, verworfen dagegen von der Eidgenossenschaft mit 356,950 Nein gegen 258,422 Ja. Elf Stände nehmen an, vierzehn verwerfen.

Wädenswil begeht vor einer nach Tausenden zählenden Zuschauerenschaft die Feier der vor fünfzig Jahren erfolgten Gründung seiner „K-Gesellschaft" mit einem Festspiel des Inhalts „Hundert Jahre Verkehr in Wädenswil".

In Gossau treten vierhundert ehemalige Aktivmitglieder des Kantonalturnvereins zu ihrem dritten Veteranentag zusammen.

4. Die Zentralbibliothek stellt von nun an zwei je das Leben und Wirken Ulrich Zwinglis und Gottfried Kellers darstellende Sammlungen von Bildern und Schriften dem öffentlichen Besuch zur Verfügung.

Berichte aus verschiedenen Gegenden des Kantons verheißen eine ungewöhnlich ergiebige, gute Kirschernte.

5. Die kaufmännischen (privaten) Fortbildungsschulen von Zürich, Horgen, Thalwil, Wädenswil, Zürichsee rechtes Ufer, Stäfa, Rüti, Wetzikon, Uster und Winterthur erhalten für 1923 im ganzen 148,106 Franken Staatsbeitrag, die verschiedenen gewerblichen Fortbildungsschulen 302,042 Franken.

Zum Oberarzt der chirurgischen Abteilung des Kantonsospitals Winterthur wird vom Regierungsrat gewählt Dr. Winterstein, von Zürich, zurzeit Assistenzarzt der chirurgischen Klinik des Kantonsospitals Zürich.

Die Beschwerde der Sekundarlehrer von Dübendorf gegen den Beschluß der Kreisgemeinde über die Herabsetzung der Gemeindefulagen wird vom Regierungsrat gutgeheißen.

7. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Bewilligung eines Kredites von insgesamt 1,885,000 Franken als Darlehen an vier Einzelunternehmer und zehn Genossenschaften zum Bau von 67 Häusern mit 510 Wohnungen.
8. Der Stadtrat ersucht den Großen Stadtrat mit dem Begehren der Dringlichkeit um Bewilligung von 45,000 Franken für die Unterstützung des Flugverkehrs auf der Linie Manchester-London-Paris-Basel-Zürich im Sommer 1923 und im Winter 1923/24. Während

drei Sommermonaten sollen wöchentlich drei Flüge hin und her ausgeführt werden, im Winter ein Flug.

Das statistische Amt teilt mit, die Lebenskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie hätten sich im diesjährigen Mai gegenüber demselben Monat im Jahre 1919 um rund 32 Prozent verbilligt.

Aus Thalwil wird eine starke Verschärfung der Wohnungsnot gemeldet. Der Gemeinderat läßt deshalb sofort Notwohnungen zur Unterbringung von Obdachlosen herstellen.

9. Bezirksgericht, Ober- und Kassationsgericht entscheiden eine Betrugsklage des städtischen Steueramtes gegen einen Liegenschaftenhändler dahin, unrichtige Angaben über Grundstückgewinne dürften nicht als Steuerbetrug im Sinne des Gesetzes bestraft werden.

Der Kirchenrat fordert die Kirchenpflegen auf, die Kirchenalmsosen ausschließlich für die freie Liebestätigkeit zu verwenden, nicht aber, wie es in einzelnen Gemeinden Brauch geworden, sie dem bürgerlichen Armengut zu überweisen, um damit für die Ortsbürger eine Steuererleichterung zu bewirken.

In Beantwortung der Beschwerde der jüdischen Kultusgemeinde erklärt die Bezirksschulpflege den Beschluß der Zentralschulpflege für aufgehoben, wonach die israelitischen Schüler am Samstag nicht vom Schreiben und Zeichnen dispensiert werden sollen.

10. Wülflingen hält einen Bezirksfängertag ab ohne Festhütte und ohne Siegeskränze, ohne daß deswegen der Verlauf des Tages im mindesten beeinträchtigt würde.
11. Die Zürcher Handelskammer unterbreitet dem Regierungsrat und dem Kantonsrat Vorschläge zu Sparmaßnahmen im Staatshaushalt. Dabei wird auf die seit 1901 bis 1921 eingetretene auffällige Zunahme der Einnahmen von 18,2 auf 79,4, der Ausgaben von 19,8 auf 85,9 Millionen Franken hingewiesen und dazu bemerkt, diese Zunahme stehe in keinem vernünftigen Verhältnis zu der im selben Zeitraum erfolgten Vermehrung der Einwohner von 431,036 auf bloß 538,602. Weiter wird gerügt, die meisten Kantons- und Bezirksbehörden seien zu groß, im Staatshaushalt gehe es überhaupt vielfach noch recht altväterisch zu und her, als wären die rationellen Geschäftsmethoden privater Unternehmungen ihm völlig unbekannt usw. Scharfe Kritik erfährt besonders der umständliche und für den Steuerpflichtigen oft beschwerliche Weg der Steuererklärung und der Einsprache gegen unrichtige Steuereinschätzung; von den Steuerkommissären werde ein förmliches Inquisitionsverfahren angewendet, und ihr Ton gegenüber dem steuerpflichtigen Bürger gemahne häufig an das Verhältnis zwischen Staatsanwalt und Angeklagtem.

Das Reinvermögen der Kirchgemeinde Enge beläuft sich zurzeit auf 1,503,000 Franken.

Zum Professor für neutestamentliche Exegese an der theologischen Fakultät der Universität wird vom Regierungsrat Dr. Schrenk von Hausen (Württemberg) gewählt.

12. Seit zehn Jahren hat sich der Reinertrag der städtischen industriellen Werke wie folgt vermehrt: Gaswerk von 1,2 auf 3,5 Millionen Fr.,

Wasserversorgung von 692,568 auf 1,6 Millionen, Elektrizitäts=werk von 939,447 auf 3,5 Millionen. Gleichzeitig hat sich die Schuldenlast aller drei Unternehmungen insgesamt seit 1919 um rund 20 Millionen Franken vermindert. Keine andere schweizerische Gemeinde, auch kein Kanton noch die Eidgenossenschaft, bemerkt der Maibericht der Schweizerischen Kreditanstalt hiezu, hätte bis jetzt ihre finanzielle Lage in dem Maße verbessert wie unsere Stadt.

Die Kirchgemeinde Predigern verfügt über ein Reinvermögen von 476,676 Franken, die Kirchgemeinde Oberstraf über ein solches von 253,453 Franken.

Für Erweiterungsbauten und für die Erstellung eines Benzin=tanks auf dem Flugplatz Dübendorf verlangt der Bundesrat von der Bundesversammlung einen Kredit von 193,000 Franken.

Zum dritten Mal beginnen im Stadttheater die internationalen Festspiele mit der Aufführung der „Meistersinger“ von Richard Wagner unter der musikalischen Leitung von Felix von Weingartner und unter der Regie von Stadttheaterdirektor Paul Trede.

Im Hinblick auf die zunehmende Zahl von Pockenkranken (345) in der Stadt verfügt der Gesundheitsvorstand die obligatorische Pockenschutz=Impfung des gesamten städtischen Personals, inbegriffen Lehrer und Schüler, sowie aller Privatangestellten bis Ende Monats.

13. Der Große Stadtrat beschließt zunächst die Herabsetzung der Schlachthofgebühren und bewilligt dann zu Gunsten der Gemeinde einen Kredit von 601,000 Franken als Darlehen an zwei private und drei genossenschaftliche Unternehmungen für die Errichtung von im ganzen 162 Wohnungen auf Stadtgebiet. Ferner erklärt er die Motion Manz (soz.) erheblich betreffend Einführung der obligatorischen Schüler-Unfallversicherung.

Hier trifft eine zahlreiche Abordnung des französischen Städte- und Gemeindeverbandes ein zur Besichtigung verschiedener städtischer Betriebe wie auch des Strandbades.

14. Die „Gesellschaft für Wohnheime“ plant Heimstätten für junge, ledige Leute womöglich in Familien sämtlicher Stadtquartiere. Vor=derhand soll hiefür ein Betriebskapital von 50,000 Franken aufgebracht werden.

Vier Mitglieder des Ostschweizerischen Luftschiffahrtvereins unternehmen vom Gaswerk Schlieren aus eine Ballonfahrt und landen nach neunstündigem Flug glatt bei Isen im bairischen Allgäu (135 Kilometer Entfernung).

15. Vom Statistenverein des Stadttheaters werden im „Tagblatt“ für die anlässlich der internationalen Festspiele zur Aufführung gelangende Oper „Boris Godunow“ fünfzig Mann von mindestens 180 Centimeter Größe gesucht.

Im Alter von über 82 Jahren stirbt in Rüsnacht alt Bezirksrichter Heinrich Schurter=Meier von Zürich.

16. Wegen der immer mehr überhandnehmenden Unsitte jugendlicher (wilder) Anhänger des Fußballspiels, auch die zu Schulhäusern gehörenden Rasenflächen für ihre Übungen zu beanspruchen, sieht sich

der städtische Polizeivorstand veranlaßt, diesen Mißbrauch öffentlichen Grundes unter Androhung von Buße bei Zuwiderhandlung zu verbieten. Gleichzeitig erläßt auch der Schulvorstand dasselbe Verbot mit Rücksicht namentlich auf die auf Gesuch hin bewilligte Benützung dieser Rasenflächen durch Turnvereine.

Die kantonalen Vereine für Berufsberatung haben letztes Jahr über 12,000 Auskünfte über Berufs- bzw. Lehrverhältnisse erteilt, 1571 Knaben und Mädchen an Lehrstellen untergebracht und für 1190 Stellensuchende eine Arbeitsstelle beschafft.

Im „Tagblatt“ wird auf morgen Sonntag zu rund zwanzig sogenannten Garten- oder Waldfesten eingeladen.

Die hiesigen Orchestermusiker verbinden sich zur Abwehr der infolge der ausländischen Valutaverhältnisse ihnen drohenden Gefahr der Stellenlosigkeit.

17. Die Schulgemeinde Detwil a. S. versichert ihre Schüler gegen Unfall sowie sich selbst und die Lehrer gegen Haftpflicht.

Schlieren lehrt innert zwei Jahren zum zweitenmal die Einführung einer Polizeistunde für die öffentlichen Wirtschaften ab.

An die Kosten der Weiterführung der Straßenbahn vom alten Kirchlein Gluntern auf die Höhe des Zürichberges werden der Stadt von betreffenden Anwohnern sowie vom Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften freiwillige Beiträge von zusammen 83,000 Franken gespendet.

18. Das Organ der sozialdemokratischen Partei von Stadt und Kanton, „Volksrecht“, gibt bei Anlaß der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Tages seines erstmaligen Erscheinens eine reichhaltige Jubiläumssnummer heraus.

Die neue regierungsrätliche Vorlage zu einer Besoldungsverordnung für das gesamte Staatspersonal sieht einen Lohnabbau von 280 bis 800 Franken jährlich vor.

Der Kantonsrat beschließt zunächst, daß im selben Zeitpunkt, da der vorgesehene Lohnabbau für die staatlichen Beamten und Angestellten beginne, auch die Besoldungen der Regierungsräte und Richter entsprechend gekürzt werden müßten. Bei der Weiterberatung des Rechenschaftsberichtes für 1921 erfährt man u. a., daß die dreizehn Kinotheater in der Stadt jährlich mindestens 6½ Millionen Franken einnehmen. Beim Abschnitt Erziehungswesen entspinnt sich sodann eine höchst bewegte Diskussion über den durch mancherlei Anzeichen belegten, planmäßigen Vorstoß römisch-katholischer Priester gegen die konfessionslose staatliche Volksschule. Das im Zusammenhang damit von Bader (soz.) gestellte Postulat, der Kantonsrat möge den Erziehungsrat zum Widerruf seines Kreisschreibens vom 4. Juni 1922 über den Dispens der katholischen Schüler vom Sittenlehrunterricht einladen, findet hinsichtlich seiner Begründung durch den Postulanten zwar auch von bürgerlichen Bänken aus Zustimmung, wird jedoch gleichwohl mit 99 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

19. Die Versammlung der freisinnigen Junioren beschließt, zu Ehren des zurückgetretenen Generalstabschefs Sonderegger eine öffentliche Versammlung zu veranstalten.

20. Die Abrechnungen über die im Jahre 1922 bis Ende Januar laufenden Jahres an Arbeitslose ausgerichteten Unterstützungs- und Fürsorgebeiträge ergeben die Gesamtsumme von 7,060,575 Franken. Daran sind beteiligt: die Betriebsinhaber mit 831,076, der Bund mit 3,061,575, der Kanton mit 1,620,695 und die Gemeinden mit 1,547,599 Franken.

Der Regierungsrat setzt neuerdings die Unterstützungsdauer der Arbeitslosenfürsorge fest: für Schweizerbürger auf 240 Tage (verheiratete) und 180 Tage (ledige), für Ausländer auf 90 bzw. 60 Tage. Arbeitslose, die seit 1921 während 600 Tagen unterstützt worden sind, gelten als endgültig ausgestellt.

21. Wegen der wieder größer gewordenen Pockenepidemie dürfen von nun an Hausierpatente nur noch an solche Personen abgegeben werden, die innerhalb der letzten fünf Jahre gegen Pocken geimpft worden sind.

Regierungsrat und Obergericht unterbreiten dem Kantonsrat eine neue Verordnung über die Amtstellung und Besoldung der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Gerichte. Darin werden zwölf Besoldungsklassen vorgeschlagen mit Gehältern von 3300 bis 4800 Franken und 9240 bis 12,720 Franken.

22. Hier bildet sich ein Verband der schweizerischen Volksbibliotheken mit Dr. Hermann Escher, Direktor der Zentralbibliothek, als Vorsitzender.

Seit zwei Tagen werden auf der Linie der Netlibergbahn Probefahrten mit zwei elektrischen Motowagen ausgeführt. Von ihrem Ergebnis sind Experten und Bahnbehörden in jeder Hinsicht völlig befriedigt, so daß der baldigen Eröffnung des elektrischen Betriebes nichts mehr im Wege steht.

23. Mittels Kreisschreibens an die Statthalterämter verlangt die kantonale Polizeidirektion strenge Handhabung der Vorschrift betreffend die Höchstgeschwindigkeit der Motorfahrzeuge an Sonntagen.

25. Das bedeutend erweiterte Strandbad wird der öffentlichen Benützung übergeben.

Im Maschwander Ried nisten und leben noch mancherlei Vögel, wie Wachtelkönig, Brachvogel, Zwergtaucher, Sumpfrohrsänger und Bekassinen, die anderwärts längst schon verschwunden sind. Im ganzen zählt man daselbst 62 Vogelarten.

Das in Pfäffikon zusammentretende Schwurgericht hat elf Prozesse gegen rund zwanzig Angeklagte wegen Betrugs, Unterschlagung, Erpressungs- und Notzuchtversuchs, sowie wegen Abtreibung und Totschlages zu behandeln.

Eine von über 500 Personen besuchte Versammlung in der Stadt erhebt Einsprache gegen die von den eidgenössischen, kantonalen und Gemeindebehörden versuchte Einführung des Impfwanges und beschließt, den ihrer Ansicht nach ungesetzlichen Zwang auf dem Wege der Ungültigkeitsklage zu bekämpfen.

27. Letztes Jahr sind von der Landeskirche 2126 Knaben und 3045 Mädchen getauft, 2863 bzw. 3448 konfirmiert, 2461 Ehen ein-

gesegnet und 4808 Verstorbene kirchlich bestattet worden. 518 Personen sodann sind aus der Landeskirche ausgetreten.

Der Große Stadtrat bewilligt einen Kredit von 1,924,900 Fr. als Darlehen an private und genossenschaftliche Bauunternehmer, die zusammen für 10,240,100 Franken 79 Häuser mit 523 Wohnungen bauen wollen.

28. Auf „Kaufleuten“ beschließt eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung eine Rundgebung des Dankes und Vertrauens an Oberstdivisionär Sonderegger in Würdigung seiner Verdienste um die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt während des Generalstreiks vom November 1918.

Die Bahngesellschaft Zürich-Netliberg beginnt mit dem elektrischen Betrieb.

Zollikon bezieht zurzeit von 8,7 Millionen Franken Einkommen und 52 Millionen Franken Vermögen Steuern.

29. In der Stadt gibt es jetzt einen Verein der Impfgegner, dem bereits 800 Mitglieder angehören sollen.
30. Die katholische Kirchgemeinde Zürich begeht die fünfzigste Wiederkehr ihres Gründungstages mit einem Requiem in der Augustinerkirche, dem morgen Sonntag vormittag daselbst ein Festgottesdienst und abends in der Tonhalle ein Festakt mit Bazar folgen werden.

Juli:

1. Die Staatsrechnung für 1922 ergibt bei 92,706,055 Franken Ausgaben einen Einnahmenüberschuß von 255,821 Franken und schließt gegenüber dem Voranschlag um 6,111,328 Franken günstiger ab. Dieser unerwartete Rechnungsabschluß ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß zufolge der endgültigen Einschätzung der Jahre 1919 bis und mit 1921 unvorhergesehene und daher auch nicht veranschlagte Nachsteuern im Gesamtbetrage von 12,685,350 Franken eingegangen sind.

Die Kirchgemeinde Netikon beschließt den Umbau der Kirche im Kostenbetrage von 200,000 Franken.

Die schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt hat letztes Jahr neue Kapitalversicherungen im Betrage von 84 Millionen Franken abgeschlossen und den bisher größten Einnahmenüberschuß von 5 Millionen Franken erzielt.

2. Der letzte Monat ist der kälteste Juni gewesen seit nahezu hundert Jahren. Die mittlere Temperatur betrug in der Stadt bloß 12,6 Grad, was noch nie erlebt worden ist, seit man wissenschaftliche Wetterbeobachtung treibt.
3. Der staatsrechtliche Refurs des katholischen Pfarramtes Derlikon gegen das Verbot des Kirchenbesuches während der Pockenepidemie wird vom Bundesgericht teilweise gutgeheißen.

Im Alter von 73 Jahren stirbt Dr. Adolf Tobler, seit 1889 Professor für angewandte Elektrizitätslehre an der eidgen. Techn. Hochschule. Seine seit vielen Jahren in ungewöhnlich großem Maßstabe geübte Wohltätigkeit wird unvergessen bleiben.

4. Der Kirchenrat gibt in der heutigen Kirchensynode die Erklärung ab, er sei nicht in der Lage, ein vom Staat besoldetes weibliches Helferamt zu schaffen, da unter den obwaltenden Verhältnissen von dessen Finanzierung durch den Staat ja doch keine Rede sein könne.
6. In Derlikon beginnt das drei Tage währende 26. kantonale Turnfest, an dem sich 146 Sektionen mit 4000 Turnern und 500 Turnerinnen beteiligen.

Die Erziehungsdirektion macht in einem Kreis Schreiben an die Schulpflegen und an die gesamte Lehrerschaft auf die große Notlage aufmerksam, unter der zurzeit tausende von Kindern im eigenen Lande sowie Schweizerkinder im Auslande, vor allem aber die Kinder Deutschlands zu leiden hätten.

7. Die Firma R. Zinggeler, die in Embrach, Richterswil und Pfäffikon (Schwyz) Zwirnereien betreibt, teilt ihren Arbeitern mit, daß sie infolge der rücksichtslosen Maßnahmen der eidgenössischen Steuerverwaltung binnen zwei Wochen ihre Betriebe werde schließen müssen.
8. Die Kirchgemeinde Neumünster hat ein Reinvermögen von 1,501,844 Franken.

Die Gemeindeabstimmung von Winterthur genehmigt die vom Großen Gemeinderat beschlossenen Kredite von 440,000 Franken für den Ankauf der Huberschen Liegenschaft und von 115,000 Franken für die Anschaffung zeitgemäßer Feuerlöschgeräte.

Wetzikon beschließt die Einführung des kantonalen Baugesetzes für städtische Ortschaften.

9. Die Betriebsrechnung der Tonhallegesellschaft für das Jahr 1922 schließt bei 703,645 Franken Ausgaben mit einem Fehlbetrag von 14,522 Franken. Immer noch, heißt es u. a. im Geschäftsbericht, fanden die Konzerte mit klassischer Musik vor allen andern weitaus am meisten Anklang, während solche mit vorwiegend moderner Musik nicht beliebt seien.

Der Kantonsrat beendet die Beratung des Geschäftsberichtes für 1921 und beschließt, 52 Postulate als erledigt endgültig abzuschreiben.

10. Der von einem hiesigen Rechtsanwalt gegen die neue kantonale Gebührenverordnung beim Bundesgericht eingereichte staatsrechtliche Rekurs wird ablehnend beantwortet.

Die Uetlibergbahn befördert in 36 elektrisch und in 12 mit Dampf betriebenen Zügen 6500 Personen, die Sihltalbahn 6000.

11. Im Alter von 81 Jahren stirbt Reinhold Rüegg, Mitbegründer und von 1879 bis 1915 Redakteur der „Züricher Post“. Seine geistprühenden, witzigen Plaudereien stehen im gesamten deutschen Zeitungsweisen als einzig da.

Der Große Stadtrat nimmt zunächst Kenntnis von der Auflösung der von ihm seinerzeit eingesetzten Kommission für Sparmaßnahmen, die infolge der besseren finanziellen Lage der Stadt gegenstandslos geworden sei. Sodann hört er Interpellationen an über die Entlassung von Arbeitern beim Tiefbauamt und über den beabsichtigten Abbau der Arbeitslosenfürsorge.

13. Die Stadt schließt mit den Bernischen Kraftwerken einen Vertrag, wonach sie berechtigt ist, ihnen die ihr zurzeit noch entbehrliche Menge elektrischen Stroms zu verkaufen.
14. Die Rechnung der Stadt Winterthur für 1922 schließt bei 10,097,243 Franken Einnahmen und 10,010,926 Franken Ausgaben mit einem Ueberschuß von 86,317 Franken, während im Voranschlag sich ein Defizit von 766,946 Franken herausgestellt hatte.

Landauf, landab ist die Kirschenerte in vollem Gange und allenthalben fällt sie ungewöhnlich ergiebig aus. Daher auch die noch nie erlebte Masseneinfuhr von Kirschen aus dem Fricktal und aus Baselland mittelst Extrazügen hieher. Ein solcher Zug brachte gestern nicht weniger als 26 Wagen. Trotz dieses starken Angebots macht sich kein Preisrückgang geltend; das Kilo kostet immer noch 60 bis 100 Rappen. Eine Versammlung von Kirscheninteressenten verlangt daher von den Lieferanten einen Kilopreis von höchstens 35 Rappen.

Seit dem 4. Juli herrscht im ganzen Lande helles Wetter mit fortwährend steigender Temperatur. Heute z. B. zeigt das Thermometer schon 26 Grad im Schatten, das Seewasser 23½ Grad C.

15. Im Albisgütli wird das kantonale Standschießen eröffnet, an dem sich 176 Sektionen mit 7500 Schützen beteiligen werden.

Die Kirchgemeinde Unterstammheim lehnt mit 99 gegen 65 Stimmen den Antrag der Kirchenpflege auf Erneuerung der aus vor-reformatorischer Zeit stammenden Wandbilder in der Kirche ab, ob- schon sie von berufener Seite auf deren kunsthistorischen Wert auf- merksam gemacht worden ist.

16. Der Stadtrat verpachtet dem Fußballklub Zürich auf die Dauer von zwanzig Jahren 25,000 Quadratmeter Land an der Herdernstraße zur Erstellung einer zeitgemäß eingerichteten Sportanlage für Fuß- ball und Leichtathletik.
18. Nach der neuen Verordnung der Zentralschulpflege stehen künftig die Turnhallen, Turn- und Spielplätze den Turnvereinen mit min- destens 20 Mitgliedern auch Sonntags zur Verfügung und zwar vormittags von 10¼—12 Uhr, im Sommer außerdem noch abends von 6½—8½ Uhr.
19. Der schweizerisch-deutsche Hilfsausschuß für Kinderfürsorge übermit- telt dem deutschen Reichspräsidenten Ebert 35,000 Franken für die Kleinkinderfürsorge Deutschlands.
20. Heute beginnt hier die bis zum 27. Juli dauernde, von gegen hundert- fünfzig Abgeordneten aller reformierten Kirchen Europas, Amerikas, Südafrikas, Indiens und Neuseelands besuchte Versammlung des re- formierten Weltbundes.

Ebenso beginnt hier die dritte internationale Versammlung der Pflanzengeographen, die von 31 Teilnehmern aus Europa und Amerika besucht ist.

Im Alter von nahezu 84 Jahren stirbt Eduard Arug, alt Re- staurateur, der fast zwei Generationen hindurch als außergewöhnlich tüchtiger und zudem auch liebenswürdiger Wirt sich bewährt hat.

21. In Altstetten wird die zweite Gewerbeausstellung des Limmattales, die bis 6. August dauern wird, eröffnet.

Auch Wallisellen hat für einige Tage seine Gewerbeausstellung, freilich bloß lokaler Art.

Die zu Gunsten der notleidenden Jugend der Schweiz und Deutschlands in den städtischen Schulen veranstaltete Sammlung freiwilliger Spenden ergibt 22,478 Franken, im ganzen Kanton 99,543 Franken und 93,000 deutsche Mark. Ferner werden 609 Freiplätze für einen achtwöchigen Aufenthalt angeboten.

23. Die meteorologische Zentralanstalt registriert eine Schattentemperatur von 36,7 Grad C. als Maximum des bisherigen Sommers.
24. Die Sihltalbahn verzeichnet für das erste Halbjahr 437,648 Franken Einnahmen und 340,901 Franken Ausgaben, welche beiden Posten gegenüber denen des gleichen Zeitraums von 1922 beträchtlich günstiger abschließen.
26. Die Rechnung der politischen Gemeinde Dettlikon für 1922 schließt bei 1,192,000 Franken Einnahmen und 1,011,000 Franken Ausgaben um 180,000 Franken günstiger ab als der Voranschlag.
27. Die kantonale Baudirektion macht mittelst Kreisschreibens die Gemeindebehörden darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli dieses Jahres an die Vorschriften über die Beschränkung der freien Niederlassung außer Gültigkeit seien und somit die Ausnahme der Niederlassungsvorschriften bloß der Wohnungsnot wegen nicht mehr verweigert werden dürfe.
29. Die Kirchgemeinde Adliswil begeht den 25-jährigen Jahrestag ihrer Gründung durch einen Festgottesdienst.

An der Gemeinderversammlung von Bauma nehmen von 700 Stimmberechtigten ganze 30 Mann teil.

August:

1. Die kantonsrätliche Kommission für das neue Armengesetz erklärt sich mit der Vorlage des Regierungsrates in der Hauptsache einverstanden. So ist sie auch der Ansicht, die bisherige bürgerliche Armenpflege sollte durch die Einwohnerarmenpflege ersetzt, das Armenwesen überhaupt in der Hauptsache von den Einwohnergemeinden besorgt werden. Jeder mündige Kantonsbürger, der ein ganzes Jahr ununterbrochen in einer Gemeinde gewohnt hat, erlangte dadurch den Anspruch auf Unterstützung daselbst. Umgekehrt müßten dann aber auch alle Einwohner einer Gemeinde im Gegensatz zu heute Armensteuer entrichten.
4. Für das gesamte Schulwesen hat der Staat letztes Jahr 17,578,580 Franken ausgegeben. Die verschiedenen Schulstufen wiesen folgende Schülerzahlen auf: Volksschule 59,892, Sekundarschule 11,822, Gymnasium 564, Industrieschule 250, Handelsschule 435 (alle Zürich), Technikum Winterthur 686, Gewerbeschule 6600 und Höhere Töchterchule (Zürich) 817, Seminar Rüschnacht 79 und Universität 1394.

6. Die Gesamtzahl der behördlich evakuierten Pockenkranken seit dem Ausbruch der Krankheit im Frühjahr 1921 bis heute beträgt 971.

Die im Jahre 1918 erlassene kantonale Verordnung betreffend das Strafrecht und die Zuwiderhandlung gegen Kriegsverordnungen wird vom Regierungsrat aufgehoben.

In seinem Bericht an das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement über den Vollzug des Fabrikgesetzes in den letzten zwei Jahren erklärt der Regierungsrat unter anderem, die Segnungen der Acht- undvierzig-Stunden-Woche seien offenbar: die Trunksucht des Arbeiters gehe merklich zurück und sein Familienleben habe wesentlich an Innerlichkeit gewonnen.

7. Die Durchschnittstemperatur des Juli mit 20 Grad C. war 8 Grad höher als die des Juni, ein Unterschied, der seit 70 Jahren zwischen zwei aufeinander folgenden Monaten nicht mehr erlebt worden ist.
8. Aus dem Konsularbezirk Zürich sind bis Ende Juli für 22,025,533 Franken Waren nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgeführt worden oder für 903,122 Franken mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Frau Barbara Kollhaupt-Brandenberger begeht im Altersjahr „Helfenstein“ in Göttingen ihren 101. Geburtstag. Der Stadtrat ehrt die Greisin mit einer Zusage und die Kirchenpflege Neumünster läßt zu Ehren der ältesten Stadtbürgerin einige Minuten Festgeläute ertönen.

9. Für Vergnügungsreisen nach Italien und für einen Aufenthalt daselbst von nicht mehr als einem Monat werden von nun an zu ermäßigter Tage Touristenkarten ohne konsularisches Visum und ohne Photographie ausgegeben.
11. Als Besteller des gedruckten Winterthurer Steuerregisters, das zu 5 Franken abgegeben werden sollte, melden sich bloß 250 Personen, so daß dessen Drucklegung unterbleiben muß, indem dafür eine Mindestauflage von 500 Exemplaren in Aussicht genommen war.

Der Polizeivorstand macht bekannt, daß Automobile nur so lange auf öffentlicher Straße stehen bleiben dürfen, als es das Bedürfnis unbedingt erheische und insofern dadurch kein Verkehrshindernis entstehe. Dagegen könnten sie stationieren auf dem Münsterhof, der Schifflande, Werdmühle- und Walcheplatz, sowie an der unteren Bäume.

12. Die Primarschulgemeinde Wezikon verwirft mit 394 gegen 60 Stimmen den Antrag der Schulpflege betreffend den Bau eines Schulhauses im Kostenbetrage von einer Million Franken.

Fischenthal kürzt die Gemeindezulage an Lehrer und Pfarrer um 400 Franken jährlich.

13. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Entwurf zu einem Einführungs-gesetz zum Bundesgesetz über das Urheberrecht an Werken der Kunst und Literatur.

Die seit bald drei Wochen anhaltende Wärme hat unter anderem auch zur Folge, daß die Schneeschmelze in den Hochalpen ungewöhnlich energisch eingesetzt hat. Infolgedessen sind die charakteristischen

Schneebänder der Glarner und Schwyzer Berge schon nahezu völlig verschwunden, so daß der von der Stadt aus sichtbare Alpenkranz mit seinen dunklen Felswänden dem Beschauer einen ungewohnten Anblick gewährt.

14. Die Behörden der Gemeinden an der Hauptstraße Winterthur-Schaffhausen beauftragen die Vertreter im Kantonsrat, in dem Sinne auf eine Abänderung des geltenden, aus dem Jahre 1893 stammenden Straßengesetzes zu dringen, daß die Gemeinden nur noch für den Unterhalt solcher Straßen aufzukommen hätten, die durch die Ortschaften hindurch führen, nicht aber auch für solche, die sie bloß streifen.
16. Die Luftverkehrslinie London-Paris-Basel-Zürich wird eröffnet. Betrieben wird sie von der englischen Firma Handley-Page mit einem zweimotorigen Flugzeug, das zehn Passagiere befördern kann. Der Fahrplan sieht vor: London ab 10 Uhr, Zürich-Dübendorf an 18.30 Uhr. Es wird vorderhand wöchentlich dreimal in jeder Richtung geflogen, am Montag, Mittwoch und Freitag von London nach Dübendorf und jeweils folgenden Tags in umgekehrter Richtung. Die Flugpreise sind vorläufig wie folgt festgesetzt: Zürich-London oder umgekehrt einfach 275, mit Rückflug 500 Franken.

Die Stadt hat zur Zeit in 1785 Stücken einen Grundbesitz von 2739 Hektaren und ist Eigentümerin von über 1270 Gebäuden im Gesamtversicherungswert von 103,5 Millionen Franken. Das Steuerregister umfaßt 120,419 Pfllichtige. Die größte Gemeindesteuer eines Einzelnen beträgt 173,245, die einer Korporation 613,483 Franken.

17. Die Freiwillige und Einwohnerarmenpflege hat letztes Jahr für Unterstützungen aus eigenen Mitteln 439,594 und auf fremde Rechnung 755,128 Franken, zusammen 1,194,722 Franken verausgabt.

Der Gemeinderat Ulster vertweigert der Vereinigung „Ernste Bibelforscher“ die Ueberlassung eines Versammlungslokales.

19. Hier findet der 38. Kongreß der internationalen Radfahrer-Vereinigung statt, an dem 16 Staaten vertreten sind. Bei diesem Anlaß wird vormittags ein großer Radfahrercorso mit einigen tausend Teilnehmern abgehalten.
20. Im Schlachthof sind letztes Jahr 90,882 Tiere geschlachtet worden, 22,419 Stück mehr als im Vorjahre. Die Schlachttiere einheimischer Herkunft haben um 29,550 Stück zugenommen, während die Zufuhr aus dem Ausland um 7080 Stück sich vermindert hat. Der gesamte Schlachtertrag betrug 13,790,719 Kilogramm oder 432,266 Kilogramm mehr als 1921. Davon sind schätzungsweise 11,5 Millionen Kilo in der Stadt selbst verzehrt worden, was bei einer Bevölkerung von durchschnittlich 199,000 rechnerisch einen täglichen Verbrauch von 158 Gramm Fleisch auf den Kopf ergibt gegenüber 149 Gramm im Vorjahre.
21. Nachdem in der Woche vom 11. bis 18. August kein neuer Pockenfall aufgetreten ist und im Pockenspital zurzeit nur noch ein Patient in Behandlung steht, vom 3. August an überhaupt keine neuen Fälle von Pockenkrankungen festgestellt werden konnten, hält man die zweite Pockenepidemie im Kanton für erloschen.

23. Der Lesezirkel Göttingen begeht auf der Wfenau eine literarische Gedächtnisfeier zu Ehren des daselbst vor vierhundert Jahren gestorbenen und begrabenen Geisteskämpfers Ulrich von Hutten.

Das Gaswerk Zürich konnte letztes Jahr zum erstenmal wieder seit 1914 (Kriegsbeginn) reines Steinkohlengas herstellen. Die Tagesproduktion betrug durchschnittlich 82,296 Kubikmeter, die Jahresmenge 30,402,900 Kubikmeter.

Die Gemeinderrechnung für 1922 schließt bei 56,590,946 Franken Ausgaben mit einem Einnahmenüberschuß von 6,838,295 Franken und stellt sich mit Einschluß von 1,093,710 Franken Nachtragskrediten um 7,646,949 Franken günstiger als der Voranschlag. Der Steuerertrag mit 32,425,119 Franken übersteigt die veranschlagte Einnahme um 6,365,119 Franken. Die Vermögensrechnung schließt mit einem Vorschlag von 9,179,118 Franken, wodurch der Ende des Vorjahres vorhanden gewesene Passivüberschuß von 1,751,890 Franken sich in einen Aktivüberschuß von 7,427,228 Franken verwandelt.

24. Der Zürcher Frauenverein stellt der Wohnheimkommission im „Karl dem Großen“ kostenlos zwei Stuben zur Verfügung, worin Lehrlinge sich aufhalten und arbeiten können.
25. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Gewährung eines Darlehens von 666,771 Franken an die gemeinnützige Baugenossenschaft Wipfingen zum Bau von fünf Doppelmehrfamilienhäusern mit 30 Wohnungen und 2 Ladenräumen.
26. Die Gemeindeversammlung von Uster lehnt den Antrag auf Herausgabe eines eigenen Amtsblattes ab.
27. Die Gottfried-Keller-Stiftung übergibt dem Landesmuseum als Depositum das silbervergoldete Trinkgeschirr des Zürcher Goldschmieds Hans Jakob Bullinger, das Ratsherr Hans Früh im Jahre 1658 der Zunft zur Zimmerleuten als Geschenk übergeben hat.
28. Im Kanton praktizieren nach dem neuesten Verzeichnis 216 Rechtsanwälte.

Nach dem Bericht der Zentralbibliothek der Arbeiterunion entfallen von 25,352 ausgeliehenen Büchern 14,973 auf die schöne Literatur und nur 124 auf das Gebiet der Politik.

29. Die kantonale Direktion des Innern erklärt in ihrem Geschäftsbericht über 1922 unter anderm, die Ordnung im Steuerwesen einzelner Gemeinden lasse noch viel zu wünschen übrig. Einzelne Funktionäre hätten sich grobe Pflichtvernachlässigung zuschulden kommen lassen, was in zwei Fällen sogar zu strafrechtlicher Verfolgung, in andern zur Nichtwiedertwahl geführt hätte. Ein Bezirksrat hätte sich sogar veranlaßt gesehen, alle Mitglieder einer Zivilvorsteherschaft wegen Amtspflichtvernachlässigung mit Ordnungsbuße zu bestrafen und gegen den Präsidenten Strafflage einzureichen, die mit der Verurteilung des Beklagten geendet habe.

Der Große Stadtrat beschließt zu Gunsten der Gemeinde die Bewilligung eines Kredites von vier Millionen Franken für die Ein-

föhrung der Schwemmfanalisation. Die Ausführung der Bauten soll sich auf die Jahre 1923 bis 1931 verteilen.

30. Wie nunmehr festgestellt wird, hat der Sturm vom 15. August, der im Oberland besonders heftig wütete, einzig in der Gemeinde Auslikon-Balm 342 Bäume entwurzelt und dadurch einen Schaden von rund 30,000 Franken verursacht.

September:

1. Zum ordentlichen Professor für systematische Theologie und Dogmengeschichte an der theologischen Fakultät der Universität wird Dr. Gut von und in Zürich gewählt.
2. Die Gemeindeversammlung Bülach bewilligt 450,000 Franken für den Bau eines neuen Bezirksgebäudes unter der Bedingung, daß der Kanton eine Subvention von etwa 60,000 Franken zahle und an den Preis des Bauplatzes eine angemessene Entschädigung entrichte.
3. Das statistische Amt veröffentlicht eine beachtenswerte Arbeit über das Verhältnis zwischen Eheschließung und Geburten in der Stadt seit 1896. Während damals bei 146,000 Einwohnern jährlich 4217 Kinder geboren wurden, sind es nun trotz einer um 60,000 größeren Bevölkerung bloß noch 2461. Die Geburtenziffer ist somit im gen. Zeitraum um 60 Prozent gesunken. Seit bald fünf Jahren ist der Kinderzuwachs nur wenig größer als die Zahl der neuen Heiraten; schon sind 30 Prozent der Ehen kinderlos.
4. Die Vereinigung der Schwerhörigen veranstaltet im September und Oktober im „Olivenbaum“ einen sechswöchigen, unentgeltlichen Ausbildungskurs für Absehllehrkräfte.
5. Eine vom Gemeinderat Gofau einberufene, von 35 Gemeindevertretern besuchte Versammlung in Alster nimmt Stellung zum regierungsrätlichen Kreisschreiben betreffend Abänderung der Straßeneinteilung. Wenn die Baudirektion beabsichtige, den Unterhalt der Straßen zweiter Klasse, der bisher ausschließlich Sache des Staates gewesen, aus Sparsamkeitsgründen nun auf die Gemeinden abzuladen, müßten diese aus demselben Grunde eine solche Zumutung ablehnen.
6. Von den 201,000 Einwohnern der Stadt sind zurzeit 45,31 Prozent männlichen und 54,69 Prozent weiblichen Geschlechts.
Zum Vorsteher des statistischen Amtes an Stelle des zurückgetretenen Dr. Thomann wird der bisherige Adjunkt Karl Brüscheweiler gewählt.
7. Für eine Kanzlistenstelle des Gas- und Elektrizitätswerkes Dübendorf melden sich rund hundert Bewerber.
8. Die Zahl der Betreibungen im Kanton ist im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr um 27,151 auf 120,181 gestiegen, darunter waren 33,081 Steuerbetreibungen.

Ende August hatte der Kanton 1627 gänzlich und 2800 teilweise Arbeitslose, sowie 239 Unterstützte. Eine wesentliche Verände-

rung auf dem Arbeitsmarkt gegenüber dem Juli ist laut Mitteilung der Volkswirtschaftsdirektion bisher nicht eingetreten.

10. Der Kantonsrat hört zunächst die Interpellation Hibz (komm.) an betreffend Auflösung einer Versammlung durch die Kantonspolizei, die von Polizeidirektor Maurer beantwortet wird. Die beantragte Diskussion wird mit 98 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Die zweite, von Bobst (komm.) gestellte Interpellation wünscht vom Regierungsrat Auskunft darüber, ob er von den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter beim Wäggitalwerk Kenntnis habe und was er in diesem Falle vorzusehen gedenke. Regierungsrat Walter gibt die Erklärung ab, der Regierungsrat sei aus formellen und rechtlichen Gründen gar nicht in der Lage, der Interpellation irgendwie Folge leisten zu können. Der hierauf gestellte Antrag, diese Erklärung zu mißbilligen und die Regierung zur materiellen Beantwortung einzuladen, wird mit 109 gegen 61 Stimmen verworfen. Den Schluß der Sitzung bildet die Motion Dr. Meher (Richterzwil), die vom Regierungsrat rechtzeitige Maßnahmen zur Bekämpfung der auf den Winter hin eintretenden größeren Arbeitslosigkeit verlangt und die denn auch erheblich erklärt wird.

11. Vom englischen Landesrat für Wohnungs- und Städtebau treffen 44 Abgeordnete hier ein zum Studium des städtischen Wohnungsbaues sowie zur Besichtigung einiger baulicher Sehenswürdigkeiten, namentlich der städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbauten wie auch des Strandbades.

Im „Tagblatt“ sucht ein „solider Werkmeister in sicherer Stellung zur Tilgung seiner rückständigen Steuern 500 Franken zu entlehnen“.

13. Die Volkswirtschaftsdirektion übermittelt den Gemeinderäten eine ausführliche, von Abbildungen unterstützte Wegleitung zur Feststellung und wirksamen Bekämpfung des Kartoffelkrebeses sowie des Coloradokäfers, welche beiden Schädlinge durch Saatkartoffeln aus seit Jahrzehnten verseuchten fremden Ländern, wie Tschechoslowakei, Polen, Deutschland, Holland und Großbritannien bei uns eingeschleppt wurden.

In Seebach wird öffentlich gerügt, daß bei Beerdigungen Neugierige sich in einer Art und Weise benehmen, die skandalös geheißen werden müsse. Ueberhaupt scheine eine Beerdigung für viele ein unterhaltendes Schauspiel geworden zu sein.

14. Aus dem Konsularbezirk Zürich sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres für 24,964,991 Franken Waren nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgeführt worden oder für 1,683,527 Franken mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.
15. Die linksufrigen Gemeinden beantworten die Frage der kantonalen Baudirektion, ob sie für die Einführung des Vorortverkehrs die ihnen von den Bundesbahnen zugemuteten jährlichen Subventionen zu leisten gewillt seien, in verneinendem Sinne.
16. Die Betttagsteuer für die zürcherischen Sanatorien in Wald und Glavadel ergibt in den städt. Kirchen: Großmünster 1371 Franken,

Fraumünster 1159 Franken, St. Peter 1195 Franken, Wollishofen 472 Franken, Enge 1085 Franken, Wiedikon 914 Franken, Außer-
sühl 1251 Franken, Untersträß 1006 Franken, Obersträß 500 Fr.,
Fluntern 1633 Franken, Neumünster 3532 Franken, St. Anna 458
Franken, Predigern 562 Franken.

17. Der Verein der Freunde der Schwerhörigen sammelt in Verbindung mit anderen gemeinnützigen Vereinen die Mittel zum Kauf des Schlosses Schwandegg bei Waltalingen, um darin ein Alters- und Erholungsheim für Schwerhörige einzurichten und zu unterhalten.

Die Zunft zur Schmieden feiert die nunmehr vollendete Außenrenovation ihres seit 1412 bestehenden Zunfthauses mit einem währschafften Sechtmahl und daran sich anschließender heiterer Unterhaltung.

Nach jahrzehntelangem Unterbruch wird in Grüningen wieder der früher jahrhunderte lang im Herbst übliche Vieh- und Warenmarkt abgehalten.

18. Der Pensions- und Hilfsfonds des Stadttheaters Zürich ist im vergangenen Berichtsjahr um 49,626 Franken gewachsen und verfügt nun über ein Vermögen von 435,548 Franken. Die Betriebsrechnung des Theaters für die Spielzeit 1922/23 schließt bei 1,458,462 Franken Ausgaben mit einem Vorschlag von 2075 Franken.

19. Die Finanzdirektion gibt in ihrem Geschäftsbericht zu, daß die Berechnung der Einkommenssteuer auf Grund der Einnahmen des Vorjahres bzw. des Durchschnitts der drei Vorjahre in vielen Fällen sich als hart und unbillig erweise. So sei es wiederholt vorgekommen, daß infolge dieser gesetzlichen Vorschrift Pflichtige ein Einkommen hätten versteuern müssen, das sie gar nicht mehr hatten und in dieser Höhe in absehbare Zeit auch nicht wieder besitzen würden. Bei Rentnern sodann, die aus dem Ertrag ihres Vermögens leben müßten, sei häufig der Steuerbetrag größer gewesen als die Rente.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat zu Handen der Gemeinde die Erteilung eines Kredites von 1,370,000 Franken für den Ausbau der Seestraße zwischen Muraltengut und „Hirschen“ Wollishofen.

Im Verein mit dem Bundesanwalt findet hier eine Versammlung der Polizeibehörden der Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau statt zur Beratung der militärischen Sicherung der Nordgrenze im Hinblick auf die zurzeit von Deutschland her drohende Gefahr eines massenhaften Grenzübertrittes.

20. Der städtische Voranschlag für den außerordentlichen Verkehr des Jahres 1924 sieht für bereits beschlossene Hoch- und Tiefbauten eine Reinausgabe von 4,3 Millionen Franken vor. Damit würde die mutmaßliche Neubautenschuld von 26,5 Millionen im Jahre 1923 auf 28,5 Millionen Franken im Jahre 1924 anwachsen.
22. Die kantonsrätliche Kommission für das Volksbegehren zur Einführung einer Ausländersteuer beantragt dem Räte Nichtetreten, sowie den Verzicht auf einen Gegenvorschlag, weil mit Sicherheit

zu erwarten sei, daß die ausländischen Staaten Gegenrecht hielten, wodurch den Auslandschweizern ein schlechter Dienst erwiesen würde.

24. Nach der neu festgesetzten Besoldungsverordnung für das kantonale Polizeikorps beträgt der Tagessold für Rekruten künftig 9.50 Fr., für Soldaten im ersten Dienstjahr 10.50 Franken und sodann jedes folgende Jahr 50 Rappen mehr bis zum Höchstbetrage von 16.50 Franken. An Gradzulage erhält der Gefreite 50 Rappen, der Korporal 1 Franken, der Wachtmeister 1.50 Franken, der Fourier 2.50 Franken und der Feldweibel 3 Franken.
25. Der kürzlich gegründete Ausschuss für die Erstellung einer Sendestation für Radiotelephonie in der Umgebung der Stadt fordert mittelst öffentlichen Aufrufs zur Beteiligung an einer zu gründenden Genossenschaft auf zum Bau und Betrieb einer Radiostation Zürich.
26. Der Große Stadtrat bewilligt zunächst einen Kredit von 111,500 Franken für den Ausbau der Gröbelstraße und genehmigt sodann die neue Geschäftsordnung der städtischen Vormundschaftsbehörde. Mit 53 gegen 48 Stimmen wird beschlossen, die Wahl der Amtsbormünder habe künftig durch den Stadtrat zu erfolgen und nicht, wie bisher, durch das Waisenamt, was gesetzwidrig gewesen sei.
28. Die Schlußrechnung des kantonalen Turnfestes in Derlikon ergibt einen Ueberschuss der Einnahmen von 20,000 Franken.
Auf die Ausschreibung der Kantonspolizei zur Besetzung von 50 Rekrutenstellen gehen 500 Anmeldungen ein, darunter solche von Handwerkern verschiedener Berufe, von Studenten und von Offizieren der Armee.
29. In seinem Bericht an den Kantonsrat über die zu treffenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit teilt der Regierungsrat mit, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt hätten sich seit Jahresanfang um fünfzig Prozent gebessert. Gleichwohl könne von einer baldigen Wiederkehr normaler Verhältnisse nicht die Rede sein, denn die Zahl der Arbeitslosen sei immer noch doppelt so groß als vor dem Weltkrieg.
30. Der Stadtrat von Winterthur beantragt dem Großen Gemeinderat, für das nächste Jahr die Gemeindesteuern von 150 auf 130 Prozent der einfachen Staatssteuer herabzusetzen.

Oktober:

1. Das britische Generalkonsulat in Zürich besorgt von heute an auch die britischen Konsulatsgeschäfte im Kanton Tessin, indem das britische Vizekonsulat in Luzern aufgehoben worden ist.

In Winterthur können viele Familien auf diesen Termin keine Wohnung finden, weshalb der Stadtrat ungefüllte Notwohnungen herrichten läßt.

Die Freiwillige und Einwohnerarmenpflege hat letztes Jahr für Unterstützungen 1,079,007 Franken aufgewendet; daran sind die Schweizer mit 934,987 und die Ausländer mit 144,019 Franken beteiligt. Von den Schweizern sind 39,3 Prozent Zürcher, von den Ausländern 64,5 Prozent Deutsche.

In den Telegraphen- und Telephonbureau der rechtsufrigen Seegemeinden wird für die Sonn- und Feiertage nach längerem Unterbruch wieder der volle Tagesdienst des Telephons eingeführt.

Der Kantonsrat lehnt zunächst das Volksbegehren betreffend Erhebung einer Ausländersteuer gemäß dem Antrag des Regierungsrates ab und beginnt dann die Beratung des Baugesetzes.

Im „Tagblatt“ steht: „Circa 80 Dienstmädchen finden sofort Stellen durch das städtische Arbeitsamt“.

Die von gegen siebenhundert Lehrern und Lehrerinnen besuchte 88. Schulynode in Richterswil hört Referate an über die persönliche rechtliche und korporative Stellung der Volksschullehrer. Mit Einstimmigkeit erklärt sie sich für die Beibehaltung der bisherigen Wahlart der Lehrer und der Schulaufsicht wie auch der Schulynode in ihrem bisherigen Bestand.

2. Die Gemeinnützige Gesellschaft Wipkingen wie auch der Quartierverein Unterstrass wendet sich an den Stadtrat mit dem Gesuch um Erstellung einer besseren Verbindung zwischen Rigiplatz, Wipkingen, Güterbahnhof und Schlachthof, sei es durch den Bau einer Ringlinie der Straßenbahn oder dann durch einen regelmäßigen Automobildienst.

Der Verein der ehemaligen Schülerinnen der Höheren Töchterschule eröffnet für seine Mitglieder sowie für sonstige Abiturientinnen dieser Schule am Rüdenplatz ein Stellenvermittlungsbureau.

3. Die kantonsrätliche Kommission für die Besoldungsverordnung für die kantonalen Beamten, Angestellten und Arbeiter lehnt die Besoldungs- und Lohnansätze des Regierungsrates ab und schlägt die mäßigere Reduktion vor, wie sie schon von der Sektion Zürich kantonale Angestellte des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes vorgeschlagen wurde.

Dem Bezirksgericht Zürich werden von über fünfhundert Impfgegnern Klagen eingereicht gegen Bußenverfügungen der Gemeinderäte oder Statthalterämter wegen Nichtbefolgung der Impfgebote.

4. Für 1¼ Rappen bekommt man in diesen Tagen des Hinschwindens der deutschen Geldwährung von hiesigen Banken eine volle Million Mark ausbezahlt.

Mit Rücksicht auf den empfindlichen Mangel an geeigneten Wohnungen, besonders in der Stadt, sowie auch in Winterthur und in den Ortschaften am See, ersucht der kantonale Mieterverband den Regierungsrat um wirksame Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues durch den Kanton, wie dies die Stadt namentlich für kinderreiche Familien bereits getan habe.

5. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat in Beantwortung der Motion Baumberger vom März 1922, von der Einführung eines Einerwahlkreises für die Wahlen des Großen Stadtrates abzusehen, dafür aber die Ristenverbindung zuzulassen.

Eine neulich gegründete Vereinigung von Auswanderern nach Sowjetrußland erhebt von jedem Mitglied einen Beitrag von Fr. 100 für die Kostendeckung der Reise eines dreigliedrigen Ausschusses nach

Rußland zur Besichtigung der vom russischen Volkswirtschaftsrat schweizerischen Auswanderern zur Verfügung gestellten acht Güter.

6. Das städtische Arbeitsamt meldet einen fortwährend günstigen Zustand im Baugewerbe sowie auch in den damit zusammenhängenden Berufen, infolgedessen die Nachfrage nach gelernten und ungelernten Arbeitern anhaltend sei.

7. In Wipfingen wird die neue katholische Kirche „Zum guten Hirten“, die sechste in der Stadt, eingeweiht.

Im neueröffneten radiotelephonischen Institut an der Gotthardstraße 21 hört man kurz vor 12 Uhr deutlich die von der Radiostation Eiffelturm in Paris gesendete Zeitangabe und kurz darauf das von der Großsendestelle Königswusterhausen bei Berlin übermittelte Orchesterkonzert.

8. Die meteorologische Zentralanstalt meldet starken Schneefall bis auf 1100 Meter herab, so daß die Gipfel der Allmann- und Hörnlikette schon alle in weißen Häuben sich zeigen.

Das vom Lebensmittelverein zur Begebung ausgeschriebene Hypothekendarlehen zu 4¼ Prozent im Betrage von 500,000 Franken wird stark überzeichnet.

Seit zehn Jahren zum erstenmal wieder wird in Winterthur unter lebhafter Teilnahme der Bevölkerung ein Radettenfest mit Geßcht abgehalten.

9. Aus dem Konsularbezirk Zürich sind in den letzten neun Monaten für 31,221,904 Franken Waren nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgeführt worden oder für 4,389,591 Franken mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die Mehrausfuhr besteht hauptsächlich aus Rohseide und Aluminium.

Im Bezirk Meilen beträgt der Ertrag der Reben kaum die Hälfte der vorjährigen Ernte, der gewonnene Wein dagegen sei von ungewöhnlicher Güte. Die Preise bewegen sich von 70—100 Rappen für weißes und von 1 Franken 80 Rappen bis 2 Franken für rotes Gewächs.

10. Der Große Stadtrat bewilligt vorerst für den Ausbau der Mythenguaianlage zwischen dem Bootshaus des Polytechniker Ruderklub und dem Strandbad einen Kredit von 30,000 Franken, erhöht sodann den Beitrag an die Volkshochschule auf 5000 Franken und gewährt schließlich der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Wipfingen für den Bau von fünf Doppelmehrfamilienhäusern ein Darlehen von 100,000 Franken. Die kommunistische Interpellation Marti über die „Kreuzwehr“ wird vom Polizeivorstand dahin beantwortet, diese Vereinigung verfolge weder widerrechtliche noch staatsgefährliche Zwecke, weshalb für den Stadtrat kein Grund zum Einschreiten vorliege.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat, der Baugesellschaft Rotbuch für ihre in erster Linie an der Rotbuch-Rornhausstraße projektierten drei Mehrfamilienhäuser ein Darlehen von 137,000 Franken gegen Grundpfandversicherung zu bewilligen.

Die Aktiengesellschaft der seit 1896 bestehenden literarischen Zeitschrift „Die Schweiz“ beschließt ihre Auflösung sowie die Ein-

stellung der weiteren Herausgabe ihres Blattes. Sie übergibt sämtliche Aktiven sowie auch ihr Verlagsrecht samt den Passiven, jedoch ohne das Aktienkapital, der „Buchdruckerei zum Berichthaus, Tagblatt der Stadt Zürich“.

11. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, es sei das Volksbegehren um Aufhebung der Vivisektion den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.
12. Der Regierungsrat bewilligt dem Kantonskomitee der Stiftung „Für das Alter“, die zurzeit für die Unterstützung von 1500 im Kanton wohnhaften, notleidenden Greisen und Greisinnen jährlich rund 270,000 Franken auswendet, zur Beschaffung neuer Mittel die Veranstaltung einer Hausammlung in der Zeit vom 15.—31. Okt.

Wie an der Eröffnungsfeier des Wintersemesters der Eidgen. Techn. Hochschule mitgeteilt wird, beträgt die Zahl der Neuimmatrikulationen 344 oder 18 weniger als letztes Jahr. Die Bauerschule, die früher fast fortwährend 500 Studierende zählte, hat deren nur noch 200.

13. Rechtsanwält Dr. Eugen Curti reicht dem Kantonsrat ein Initiativbegehren ein um Aufhebung von Art. 41 des Steuergesetzes, wonach Steuerpflichtige mit mehr als 6000 Franken jährlichem Einkommen nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre zu besteuern sind.

Glockengeläute verkündet in Winterthur den wohlgelungenen Abschluß der Erneuerungsbauten an beiden Türmen der Stadtkirche, während gleichzeitig auf dem Südturm die Denkschrift über den Umbau der Kirche sowie andere zeitgenössische Zeugnisse in kupfernem Behälter in die große, glänzende Kugel der Wetterfahne eingeschlossen werden.

Der Regierungsrat erläßt zu der vom 20. Oktober bis 3. November dauernden, siebenten Schweizerwoche an die Bevölkerung einen Aufruf, worin er deren Zweck kurz wie folgt umschreibt: „Wer Schweizerwaren kauft, schafft Arbeitsgelegenheit im Inland und handelt damit im Interesse des ganzen Volkes“.

In Uster wird für eine Woche Dauer eine Oberländer Kunstausstellung eröffnet.

An der zum zweitenmal vom Stenographenverein und vom Kaufmännischen Verein veranstalteten Prüfung für Geschäftsténographie beteiligen sich 17 Kandidaten, von denen 11 diplomiert werden.

14. Die Kirchgemeinde Winterthur lehnt die von der Kirchenpflege beantragte Herabsetzung der Pfarrbesoldung um 400 Franken ab.
15. Die Zentralbibliothek erhält aus dem Nachlaß des verstorbenen Professors Adolf Tobler ein Vermächtnis von 250,000 Franken, dessen Zins für besondere Katalogarbeiten, für Anschaffungen von außergewöhnlichem Umfang oder Wert sowie für bauliche Einrichtungen verwendet werden soll.

Außerdem werden folgende Vermächtnisse bekannt: Je 150,000 Franken an die Wittwen- und Waisenkasse der Professoren der Eidgen. Technischen Hochschule und an die Anstalt für krüppelhafte Kinder,

Balgrist; je 100,000 Franken an die Witwen- und Waisenkasse der Professoren der Universität und an das Stadttheater Zürich. Der Gesamtbetrag aller Vermächtnisse beläuft sich auf 1,695,000 Franken.

16. Die Bürgergemeinde Horgen plant den Bau eines neuen, zeitgemäß eingerichteten Bürgerheims im Kostenbetrage von 350,000 Franken.

Der freisinnige Kreisverein 2 beschließt eine Eingabe an den Großen Stadtrat, worin er das Verlangen stellt, die Seestraße sei beim Muraltengut in gerader Linie zu führen, selbst wenn dieses deswegen zum Teil niedergelegt werden müßte.

17. Der Quartierverein Untersträß ersucht den Regierungsrat, die ehemalige von Wyß'sche Liegenschaft zum Lettenhof zu einem Heim für alleinstehende alte Frauen umzugestalten.

Der Jungschweizerverein Männedorf-Metikon veranstaltet in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November eine Reihe von bildenden Vorträgen.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat, Professor Hans Bernoulli, Architekt, in Basel, für den Bau von 44 Einfamilienhäusern an der Hardturmstraße ein Darlehen von höchstens 200,000 Franken gegen Grundpfandversicherung zu gewähren.

18. Die eidgenössische Telephonverwaltung läßt in den meist begangenen Stadtvierteln automatisch verbindende und selbstkassierende Sprechstationen einrichten, die dem Publikum ununterbrochen zur Verfügung stehen sollen.

Im Alter von siebenzig Jahren stirbt hier alt Regierungsrat Heinrich Kern.

Seinen Antrag auf Verwerfung des Volksbegehrens um Abschaffung der Vivisektion begründet der Regierungsrat u. a. mit der Erklärung, es scheine doch der Grundsatz anerkannt zu werden, daß die Erhaltung von Leben, Gesundheit, Eigentum, Wohlbefinden und Wohlbehagen der Menschen ein Interesse darstelle, dem die körperliche Unversehrtheit der Tiere geopfert werden dürfte.

Zum ordentlichen Professor für Kunstwissenschaft an der philosophischen Fakultät I der Universität wird Dr. Heinrich Wölfflin, von Basel, ordentlicher Professor an der Universität München, gewählt.

In Henggart werden für rotes Gewächs 180 Franken, für weißes 100 Franken per Hektoliter bezahlt. Allgemein wird die Güte des neuen Weines als hervorragend beurteilt.

Im Laufe dieser Woche findet in Hedingen ein von der Erziehungsdirektion veranstalteter Kurs statt, der die Volksschullehrer mit dem Freiluftturnen auch im Winter vertraut machen soll.

19. Der Verein weiblicher Ladenangestellter und die weiblichen Mitglieder des Kaufmännischen Vereins Zürich eröffnen im Vereinshaus „zur Kaufleuten“ ein Heim für weibliche Angestellte.

Der Verband nordostschweizerischer Käse- und Milchproduzentengenossenschaften beschließt auf 1. November eine Preiserhöhung von 1 Franken für den Kilozentner Milch, infolgedessen der Detailpreis in Zürich und Winterthur 3 Rappen per Liter höher sein wird.

Auf dem städtischen Engroßmarkt gelten Äpfel 40—68 Franken, Kartoffeln 18—20 Franken, für 100 Kilo.

20. Im Weinland ist die Weinlese beendet. Sie ergibt eine recht gute Qualität. Der Weinmost wiegt bis zu 80 Grad; aber auch hinsichtlich der Menge ist sie weit besser ausgefallen, als im Sommer noch erwartet worden ist. Die Preise für rotes Gewächs bewegen sich zwischen 1 bis 3 Franken per Liter. Auch in Stäfa erfreut man sich einer wohlgeratenen Weinlese. Hier ergeben die Wägungen 72 bis 78 Grad für weißes, und ebenfalls 80 Grad für rotes Gewächs, welche Ergebnisse die der guten Weinjahre 1911 und 1895 weit hinter sich lassen.

21. Die Sekundarschulgemeinde Ruffikon beschließt die Schülerversicherung gegen Unfall.

In der Gemeindeabstimmung wird der Kredit von 4 Millionen Franken für die Einführung der Schwemmkanalisation bei 53,328 Stimmberechtigten mit 20,025 Ja gegen 3703 Nein bewilligt.

Die Gemeindeversammlung von Pfäffikon beschließt den Bau einer neuen Friedhofanlage von 7200 Quadratmeter Fläche im Kostenbetrage von 100,000 Franken.

22. Das heute in Winterthur zusammentretende Schwurgericht hat 17 Strafprozesse gegen 20 Angeklagte zu behandeln wegen Betruges und Betrugsversuchs, Unterschlagung, betrügerischen Bankrotts, Kuppelerei, Unzucht, Abtreibung und Gehilfenschaft dazu, ferner wegen Totschlagsversuchs, Körperletzung mit tödlichem Ausgang, sowie wegen fahrlässiger Tötung.

Der Kantonsrat erledigt vorerst die Beratung der Staatsrechnung für 1922 und hört dann die Interpellation Hürlimann (komm.) an über die Stellungnahme des Regierungsrates zur Kreuzwehr. Polizeidirektor Maurer antwortet, diese Vereinigung von Schweizerbürgern verfolge keine staatsgefährliche Ziele, weshalb die Regierung nichts gegen sie vorsehen könne. Die von den Linksparteien beantragte Diskussion wird mit überwiegendem Mehr abgelehnt.

23. Hier findet eine Versammlung schweizerischer und tschechoslowakischer Handelsinteressenten statt zur Besprechung der Frage einer besseren Eisenbahnverbindung zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakei. So verlangt sie von der nächsten internationalen Fahrplankonferenz die Einführung direkter Züge zwischen Zürich und Prag.

Die neulich in der „Stadthalle“ an der Morgartenstraße eröffnete „Volksbühne“, deren Vorstellungen bisher stets nur mäßig besucht waren, muß bereits ihre Zahlungen einstellen. Die infolgedessen stellenlos gewordenen Künstler wollen auf eigene Rechnung weiter spielen und bitten nun um zahlreichen Besuch.

Das Konkursamt 1 der Stadt reicht gegen Verwaltung und Direktion der Bank für Handel und Industrie Strafflage ein wegen betrügerischen Bankrotts.

Nachdem die Gemeindeversammlung von Andelfingen im Laufe dieses Sommers den Kauf des dortigen Schlosses abgelehnt hatte, wird es ihr nun von einem in Genf lebenden Mitbürger als Geschenk

angeboten, freilich mit der Bedingung, daß der Schloßpark nicht überbaut werden dürfe, vielmehr der freien Benützung offen stehen soll.

24. Die Zürcher Frauenzentrale sammelt Wäsche, Kleider, Schuhe, Stoffe und dergleichen für die notleidenden Schweizer im Ausland.

In Greifensee freut man sich allgemein über die nun zum Abschluß gelangte Renovation der Kirche samt Turm. Aber auch der auswärtige Freund alter Baudenkmäler empfindet ebenfalls reine Freude ob dem unter Aufsicht der Herren Kantonsbaumeister Fick und Professor Dr. Zemp so trefflich gelungenen, schönen Werk.

25. Die meteorologische Zentralanstalt verzeichnet die für diese Jahreszeit ungewöhnlich hohe Morgentemperatur von 19 Grad Celsius, wie sie im selben Zeitpunkt seit 1890 nie mehr erlebt worden sei.

26. Dem Kantonsrat wird von zweiundfünfzig Mitgliedern eine Motion eingereicht, wonach der Regierungsrat eingeladen werden soll, beim Bundesrat dahin vorstellig zu werden, daß die auf 31. März 1924 in Aussicht genommene Aufhebung der Mieterschutzbestimmungen mindestens so lange unterbleibe, bis eine gesetzliche Regelung des Mieterschutzes getroffen sei.

27. Die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß infolge des Kreisschreibens des Erziehungsrates vom 4. Juli 1922 allgemein und planmäßig die Dispensation der Schüler katholischer Konfession vom Unterricht in biblischer Geschichte und Sittenlehre verlangt werde. Sie äußert daher den Wunsch, die Lehrer möchten mit Bezug auf das genannte Fach den Vorschriften des Lehrplanes Folge leisten, anderseits aber die Schulbehörden jede unbefugte Einmischung in ihre Befugnisse durchweg abweisen.

28. Die Kosten der Entwässerung der Mulde des Behntales und die Korrektur der Surb, die 1917 auf 400,000 Franken veranschlagt worden sind, kommen, wie erst jetzt genau festgestellt ist, auf 848,000 Franken zu stehen.

Die Kirchgemeinde Auversihl beantragt der Zentralkirchenpflege die Bewilligung eines Kredites von 62,000 Franken für Erneuerungsbauten an der Kirche St. Jakob.

29. Die kant. Polizeidirektion fordert die Gemeinderäte mittels Kreisschreibens auf zur Bekämpfung der unsittlichen Schriften, Bilder oder Vorstellungen, sie, wo immer sie auftauchen, zu beschlagnahmen und alle, die an deren Verteilung oder Veröffentlichung tätig sind, dem Statthalteramt zu verzeigen.

Der Kantonsrat beendet die Beratung der Vorlage betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Winter 1923/24. Nach gewalteter, ausführlicher Diskussion genehmigt er schließlich mit 130 gegen 93 Stimmen die Anträge der Rechnungskommission, laut denen der Regierungsrat eingeladen wird, für Notstandsarbeiten die erforderlichen Kreditvorlagen dem Rat vorzulegen und über die Förderung des Wohnungsbaues Bericht und Antrag einzubringen.

30. Der Erziehungsrat beantwortet in zustimmendem Sinne die Einsprache des städtischen Schulvorstandes gegen den Entscheid der Be-

zirkelschulpflege, wonach die städtischen Schulbehörden verpflichtet werden sollten, den Unterricht in biblischer Geschichte und Sittenlehre gemäß dem Begehren katholischer Eltern in die sogenannten Randstunden zu verlegen.

31. Der Stadtrat ersucht den Großen Stadtrat um Entlastung für die 65,445 Franken betragende Ueberschreitung des für den Umbau des Gebäudes Uraniastraße 2 seinerzeit bewilligten Kredites von 80,000 Franken. Gleichzeitig ersucht er um Bewilligung eines Kredites von 30,000 Franken für die Beteiligung der Stadt an der zu gründenden Radiogenossenschaft.

Die Kaminfeger verlangen einen Stundenlohn von 4 Franken und hundert Prozent Zuschlag für Ueberstunden oder Sonntagsarbeit, achtfürdige Arbeitszeit sowie vierzehn Tage Ferien vom ersten Arbeitsjahr an mit Verlängerung später bis auf vier Wochen.

November:

1. In der Tagespresse wird daran erinnert, wie heute vor fünfundzwanzig Jahren der leidenschaftliche Meinungsstreit breiter Schichten entbrannte wegen der für die Waffenhalle des Landesmuseums bestimmten Frescoentwürfe der Schlacht bei Marignano von Ferdinand Hodler. Längst haben die einstigen Gegner ihren Standpunkt aufgegeben, und lange schon werden Tausende jährlich beim Anblick der Hodlerschen Decken im Innersten ergriffen von der erschütternden Lebenswahrheit, die ihnen eignet.

Mit diesem Tage beginnt die Radiostation Zürich ihre Emissionen. Je Dienstag abends 8½—10 Uhr sollen auf drahtlosem Wege Vorträge allgemein verständlicher Art, Musik und Tagesmeldungen weitergegeben werden.

2. Der Bankrat der Kantonalbank ersucht den Kantonsrat um Erhöhung des Grundkapitals von vierzig auf fünfzig Millionen Franken. Er begründet sein Gesuch mit dem Hinweis auf die seit der letztmalig im Jahre 1916 erfolgten Kapitalerhöhung eingetretene Vermehrung der Hypothekaranlagen von 365,6 auf 507,8 Millionen Franken oder um 38 Prozent, während die eigenen Betriebsmittel zusammen mit Grundkapital und Reservefonds bloß 8,4 Prozent der Bilanzsumme ausmachten.
3. Die örtlichen und kantonalen Arbeitgeberverbände versammeln sich vierhundert Mann stark auf „Kaufleuten“ zur Besprechung der finanziellen Lage des Staates und zur Beratung über die Mittel zu deren Verbesserung. Nach vierstündiger Verhandlung, an der auch die Regierungsräte Dr. Streuli und Ottiker sich beteiligten, kommt die Versammlung dahin überein, daß eine Besserung der Finanzlage einzig durch Beschränkung der Ausgaben und durch eine Steigerung der Arbeitsleistung in der Verwaltung erreicht werden könne.

Im Alter von 79 Jahren stirbt Dr. Julius Platter, von 1884 bis 1922 Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Eidgen. Techn. Hochschule.

Die meteorologische Zentralanstalt erklärt den letzten Oktober für einen der wärmsten Oktobermonate in den letzten fünfzig Jahren;

die Durchschnittstemperatur sei fast drei Grad Celsius höher als das langjährige Mittel.

4. Die Kirchgemeinde Wollishofen begehrt die Einweihung ihres im Kostenbetrage von 540,000 Franken erbauten Kirchgemeindehauses.

Die Kirchgemeinde Dietikon beschließt den Bau einer neuen Kirche samt Umgebungsarbeiten im Kostenbetrage von 450,000 Fr.

Die Bürgergemeinde Wetzikon beschließt den Ankauf des ehemaligen Landgutes und der Villa von Dr. Michalsky um 110,000 Franken, um darin ein Altersasyl einzurichten.

Die Kirchgemeinde Wiedikon erhöht die Besoldung des Pfarrers um 300 Franken, beschließt dagegen Streichung der Ausgaben von 1000 Franken für Sitzungsgelder und beantragt Erneuerungsbauten sowie eine Heizanlage im Kostenbetrage von zusammen 24,000 Fr.

5. Die Obertelegraphendirektion beantwortet das Gesuch der Gemeinderäte von Müti, Wald und Wetzikon um Wiedereinführung des vollen Sonntagsbetriebes des Telephons in zustimmendem Sinne.

Eine Versammlung von in der Fürsorge praktisch erfahrenen Bürgern aus dem ganzen Kanton bespricht in Winterthur die Regierungsrätliche Vorlage für ein neues Armengesetz und kommt dabei zum Schlusse, die darin vorgesehene wohnörtliche Armenfürsorge werde als nächste Folge einen starken Zuwachs Unterstützungsbedürftiger für die Städte und Industriezentren zeitigen, was aber gar nicht zu wünschen sei. Schon aus diesem, aber auch aus andern Gründen sei daher die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung unannehmbar.

Der Kantonsrat beschließt, die Initiative betreffend vermehrten Schutz vor Motorfahrzeugen dem Volke zur Verwerfung zu empfehlen, und setzt hierauf die Behandlung des Geschäftsberichtes für 1922 fort.

6. Die Straßenbahngesellschaft Zürich-Höngg beschließt den Verkauf ihres Unternehmens an die Stadt und die Auflösung der Gesellschaft.

7. Für das Jahr 1924 werden vom Regierungsrat folgende Höchstbeträge der Viehverversicherung festgesetzt (in Franken): Zuchtstiere 2500, Ochsen 1500, weibliche Tiere 1500, Ziegen und Schafe 100, Schweine 600.

Die Reformationsteuer für den Bau einer protestantischen Kirche in Solothurn ergibt in den städtischen protestantischen Kirchen 8827 Franken.

Aus dem Konjularbezirk Zürich sind in den letzten zehn Monaten für 37,780,069 Franken Waren nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgeführt worden oder für 6,186,023 Franken mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Der Große Stadtrat bewilligt vorerst gemäß dem Antrag des Stadtrates an die Baugenossenschaft Rotbuch für den Bau von 27 Wohnungen im Kostenbetrage von 685,000 Franken ein Darlehen von 137,000 Franken, ferner an Professor Hans Bernoulli in Basel für den Bau von 44 Einfamilienhäusern im Kostenbetrage von 1,161,130 Franken ein solches von 200,000 Franken. Darauf beginnt er die Behandlung der Vorlage über die Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission bean-

trägt, das Postulat vom 14. Febr. 1923 betreffend den Bau von städtischen Häusern mit Kleinwohnungen weiter bestehen zu lassen, während die Minderheit es als erledigt abschreiben will. Die Fortsetzung der Diskussion sowie die Beschlußfassung werden auf 17. November vertagt.

8. Die Generaldirektion der Bundesbahnen ersucht den Verwaltungsrat um einen Kredit von 16,440,000 Franken für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Linien Zürich-Winterthur und Zürich-Meilen-Rapperswil, welche Bauarbeiten auf die Jahre 1924/25 beziehungsweise 1925/26 zu verteilen wären.

Der Stadtrat beantragt den Großen Stadtrat, indem er ihm den Voranschlag des Gemeindegutes, der besonderen Unternehmungen, der allgemeinen Fonds und der Anstalten für das Jahr 1924 zur Genehmigung vorlegt, die Gemeindesteuer auf 130 Prozent der einfachen Staatssteuer festzusetzen. Der Voranschlag schließt bei Franken 54,455,480 Einnahmen und 54,451,230 Franken Ausgaben mit einem Vorschlag von 4250 Franken.

9. Auf dem Zürichberg liegt bereits eine zehn Zentimeter hohe Schneeschicht, was für diese Jahreszeit als ungewöhnlich früh erscheint.

Im Hotel Baur au Lac wird eine Chrysanthem-Ausstellung eröffnet, deren Reinertrag für die durch das Erdbeben in Japan geschädigten Schweizer bestimmt ist. Sie gewährt mit ihren 4000 Pflanzen von 200 Arten einen überaus farbenprächtigen Anblick.

10. Der Schweizer Kinderhilfsausschuß erläßt in der Tagespresse einen eindringlichen Aufruf zur Sammlung von Kleidern und Lebensmitteln für die in Alters- und Kinderheimen Deutschlands hungernden und frierenden Insassen.
12. Das Kantonal Komitee der Stiftung „Für das Alter“ hat letztes Jahr 236,803 Franken für die Unterstützung von hilfsbedürftigen Greisen und Greisinnen aufgewendet. Die Zahl der also Bedachten ist auf 1506 angewachsen, für die bis Ende August 202,848 Franken verwendet worden sind.

Bei der heute fortgesetzten Beratung des Geschäftsberichtes für 1922 kommt es im Kantonsrat beim Abschnitt Erziehungswesen neuerdings zu einer längeren Debatte über die Folgen des erziehungsrätlichen Kreis schreiben vom 4. Juli 1922 betreffend Dispensation der katholischen Schüler vom Sittenlehrunterricht. Der Kommissionsreferent, Pfarrer Staub, Thalwil, bemerkt in seinem Bericht unter anderm, daß durch die von katholischer Seite betriebene Propaganda die Disziplin und die Autorität des Lehrers planmäßig untergraben werde. Wenn man in der Schule mit den Lehrmitteln und dem Unterricht auf alle möglichen politischen und religiösen Anschauungen Rücksicht nehmen wollte, würde dies zu ganz unhaltbaren Zuständen führen. Im Verlauf der Diskussion wird von kommunistischer Seite der Antrag gestellt, die theologische Fakultät der Universität sei aufzuheben, was indes mit überwiegender Mehrheit abgelehnt wird.

13. In seinem Bericht an den Großen Stadtrat betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot macht der Stadtrat ausführliche

Angaben über den derzeitigen Stand des Wohnungsmarktes der Stadt, über die Beschaffenheit und Zimmerzahl der Wohnungen wie auch über die Wohndichtigkeit. Am meisten begehrt sei zurzeit die Dreizimmerwohnung, die übrigens zu sechzig Prozent mit Baderaum versehen sei. Hinsichtlich der Zahl der überfüllten Wohnungen seien die Verhältnisse weit besser als in Basel und Bern. Wo eine Ueberfüllung vorkomme, rühre sie in der Regel nicht von Schweizern, sondern von Ausländern, besonders Italienern, her. Alles in allem seien die hiesigen Wohnverhältnisse mindestens so gut wie in andern Schweizerstädten, ganz sicher aber besser als noch vor zehn Jahren.

Dem Großen Gemeinderat von Winterthur wird eine Motion eingereicht, worin die Rationierung von Wohnungen, die Zwangsmiete und der Bau städtischer Wohnhäuser verlangt wird.

14. Gegen den Beschluß des Bezirksgerichts Zürich, das die gegen 600 Personen wegen Nichtbeachtung der Impfverordnung ausgefallte Polizeibüße bestätigte, lassen die Gebüßten durch ihren Rechtsbeistand Beschwerde einlegen.

Der Schüler der sechsten Primarklasse Gustav Bollinger erhält für die Rettung eines anderthalbjährigen Knäbleins aus dem See am 1. September 1923 die silberne Verdienstmedaille der Stadt.

15. Zur Zeit wird das elektrische Licht auch in die hochgelegenen Dörfer und Weiler des oberen Töftales geleitet. Die Bodenleitungen durchs Brüttental nach Waldburg, Grogg und Ragenbuch wie auch nach Weiher-Strahlegg-Sennhütte sind bereits verlegt.
16. Der Stadtrat von Winterthur verlangt einen Kredit von 302,000 Franken für den Bau einer Turnhalle mit Anbau von vier Lehrzimmern in Wülflingen.
17. Der Große Stadtrat beendet die Diskussion über das Postulat betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, indem er es in der von Stadtrat Klöti abgeänderten Form annimmt, womit endgültig ausgesprochen wird, daß der städtische Wohnungsbau nicht grundsätzlich und für immer unterbleiben soll.

19. Der Regierungsrat empfiehlt dem Kantonsrat, den Entwurf für ein neues Baugesetz bis auf weiteres von der Traktandenliste abzuheben.

Das städtische Elektrizitätswerk hat sich in den dreißig Jahren seines Bestehens in ungewohntem Maße entwickelt. Bei Beginn dieses Jahres betrug die Zahl der Abonnenten 64,050 oder mehr als das Doppelte derjenigen vor zehn Jahren. Von den 63 Millionen Franken Anlagekosten konnten bisher schon 33,7 Prozent abgeschrieben werden.

Der Kantonsrat setzt die Behandlung des Geschäftsberichts für 1922 fort. Beim Abschnitt Volkswirtschaftsdepartement entspinnt sich eine längere, bewegte Diskussion über das Verhältnis zwischen den staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft und den für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgewendeten Staatsgeldern. Beschlossen wird darüber jedoch nicht. Von Wunderli (Bauernpartei) wird der Regierungsrat darüber interpelliert, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um die durch die Stromausfuhr und die

Preisbestimmung der Elektrizitätswerke bedrohten Interessen der nationalen Wirtschaft und des Kantons zu wahren. Die Antwort des Regierungsrates erfolgt in der nächsten Sitzung.

20. Heute sind es 25 Jahre, daß vom neuen städtischen Gaswerk in Schlieren das erste Gas nach der Stadt ist abgegeben worden. Von rund 15 Millionen Kubikmetern im ersten Betriebsjahr stieg die Jahresproduktion bis 1914 auf 41 Millionen, um seitdem wieder auf 32 Millionen zurückzugehen, welcher Rückgang hauptsächlich dem Uebergang vom Gas zum elektrischen Glühlicht zuzuschreiben ist.
21. Der Große Stadtrat setzt die Behandlung des Geschäftsberichtes für 1922 fort. Beim Polizeiwesen kommt es zu Protesten der Kommunisten gegen die am 20. November von der Polizei ausgeübte Straßensicherung anläßlich einer kommunistischen Versammlung in der Stadthalle.

Ein aus hiesigen Katholiken gebildetes Initiativkomitee erläßt einen Aufruf zur Sammlung von Geldbeiträgen für eine in der Stadt zu errichtende katholische Sekundarschule, in der Latein und im dritten Jahreskurs auch Griechisch gelehrt werden soll.

22. Der Regierungsrat beschäftigt sich mit der Frage, ob nicht öffentliche Boxwettkämpfe auf Kantonsgebiet zu verbieten seien; bis zum endgültigen Entscheid werden solche Veranstaltungen nicht mehr bewilligt.

Der Regierungsrat beschließt, sich mit 10,000 Franken an der zu gründenden Radiogenossenschaft Zürich zu beteiligen.

Der Stadtrat beschließt, der Generaldirektion der Bundesbahnen den mit dem ersten Preis gekrönten Entwurf der Architektenfirma Gebrüder Pfister für den Bau des neuen Bahnhofes Enge zur Ausföhrung zu empfehlen.

24. Die in der Stadt zusammengetretene kantonale Sekundarlehrerkonferenz protestiert gegen die Angriffe der katholischen Presse auf die zürcherische Sekundarschule, die darauf ausgingen, diese Schule im Interesse konfessioneller Sonderbestrebungen herabzuwürdigen und ihre erzieherische Aufgabe zu erschweren.
25. Die Kirchgemeinde Rüsnacht nimmt mit Genugtuung Kenntnis vom wohl gelungenen Werk des Malers Detiker, der die durch Gemeindebeschluß freigelegten mittelalterlichen Malereien im Chor der Kirche ausgeführt hat.

Die Abgeordnetenversammlung der Turnvereinigung der Stadt beschließt die Bildung einer Gruppe von 52 der besten Kunstturner, die an der Olympiade in Paris am Wettstreit teilzunehmen hätten.

Bei der kantonalen Abstimmung werden beide Vorlagen angenommen: das Einföhrungsgesetz zum Bundesgesetz über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst, in der Stadt mit 15,098 gegen 2852, im Kanton mit 42,202 gegen 19,195 Stimmen, und das Volksbegehren betreffend Bezug einer besonderen Steuer von den niedergelassenen Ausländern, in der Stadt mit 10,419 gegen 9027, im Kanton mit 34,389 gegen 33,323 Stimmen.

Die Zivilgemeinde Elgg bewilligt 15,000 Franken für Erneuerung und Neubestuhlung des Gemeindefaales.

Die kantonale demokratische Partei tritt 800 Mann stark in Nster zum üblichen Nstertag zusammen und beschließt einen Protest gegen die Rechtsverletzung, die Frankreich durch die gewalttätige Verlegung des Zollgürtels an die politische Grenze begangen habe.

Brütten beschließt die Anschaffung einer Motorfeuerspritze im Kostenbetrage von 14,000 Franken.

26. Der Bankrat der Kantonalbank beschließt die Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen auf 4 Prozent vom Neujahr 1924 an.

Im Kantonsrat gibt Regierungsrat Walter auf die in letzter Sitzung begründete Interpellation Wunderli die Erklärung ab, daß die Regierung die Angriffe auf die nordostschweizerischen Kraftwerke und das kantonale Elektrizitätswerk nicht für gerechtfertigt halte, wie sie denn auch nicht zögere, beiden Werken für ihre Tätigkeit und ihren Weitblick die öffentliche Anerkennung auszusprechen.

27. Die Universität hat 585 Neumatrikulationen, womit das Maximum eines Semesters seit ihrem Bestehen erreicht ist.

Hier bildet sich ein Hilfsausschuß zur Sammlung von Kleidern und Lebensmitteln für die Notleidenden und Hungernden in Stuttgart.

An der Bahnhofstraße werden für den Quadratmeter Bauland 5000 Franken gefordert und auch bezahlt.

28. Der Große Stadtrat beschließt gemäß Antrag des Stadtrates, an der Radiogenossenschaft sich mit 30,000 Franken zu beteiligen, und setzt hierauf die Beratung des Geschäftsberichtes für 1922 fort.

Unter dem Vorsitz von Regierungspräsident Dr. Wettstein treten hier etwa hundert Männer und Frauen zusammen zur Besprechung der Art und Weise, wie die verschiedenen Hilfsaktionen für die Bekämpfung der Notlage Deutschlands zur Erreichung rascher und wirksamer Hilfeleistung könnten gestaltet werden. Die Versammlung spricht sich schließlich für ein einheitliches Vorgehen aus und beauftragt einen leitenden Ausschuß mit dessen Verwirklichung.

29. Der Stadtrat von Winterthur ersucht den Regierungsrat um eine mildere Durchführung der Arbeitslosenfürsorge während des Winters.

Eine in der Stadthalle abgehaltene, von über 1000 Personen besuchte Volksversammlung erhebt Einsprache gegen die ablehnende Antwort des Bundesrates auf die Eingabe des schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 17. Oktober 1923 betreffend die Arbeitslosenunterstützung und die Bereitstellung von Notstandsarbeiten. Sie verlangt vom Bundesrat neuerdings den Widerruf seiner Beschlüsse vom 18. Mai 1923 und die erneute Inkraftsetzung des Bundesratsbeschlusses vom 29. Oktober 1919. Vom Regierungsrat verlangt die Versammlung, daß er in ihrem Sinne beim Bundesrat vorstellig werde; auch vom Stadtrat erwartet sie eine ausgedehntere Art der Arbeitslosenunterstützung, sofern der Bundesrat nicht einlenken sollte.

Dezember:

1. Die Volkswirtschaftsdirektion ermächtigt die Gemeinden, auf begründetes Gesuch hin auch alleinstehende Arbeitslose während der

Monate Dezember bis und mit März zu unterstützen, sofern sie der Unterstützung würdig sind und einem Berufe angehören, für dessen Angehörige diese vorgesehen ist.

Mit diesem Tag wird das letzte Jahr zu diesem Zweck angekaufte und umgebaute Landhaus „Livonia“ in Glabadel als zürcherisches Kinderheim eröffnet. Es enthält 36 Betten, Rotkreuzschwestern besorgen die Pflege und zwei zürcherische Lehrerinnen erteilen den Unterricht.

2. Der in der Tonhalle abgehaltene kantonale freisinnige Parteitag, der von annähernd fünfhundert Mann besucht wird, empfiehlt den Parteiangehörigen Annahme der eidgenössischen Vorlage zur Abänderung des Fabrikgesetzes vom Jahre 1919, wonach neben der 48-Stunden-Woche, die als Regel gilt, für außergewöhnliche Fälle und vorübergehend auch die 54-Stunden-Woche gestattet werden soll.

Bülach beschließt die Unfall- und Haftpflichtversicherung der Schüler und Lehrer.

3. Neuerdings richten die Liegenschaftenvermittler an den Kantonsrat eine Eingabe, worin sie sich gegen eine gesetzliche Regelung des Liegenschaftenshandels aussprechen. Diesmal mit der Begründung, die häufigen Handänderungen wie auch die Preissteigerungen könnten nicht ihnen zur Last gelegt werden, indem der Wechsel im Liegenschaftensbesitz nur zum kleinsten Teil durch ihre Hände gehe. Die in Aussicht genommenen hohen Kautionen führten bloß zu einem Monopol weniger Großfirmen, während die überwiegende Zahl der Händler dadurch empfindlich geschädigt oder gar ruiniert würde.

Der Kantonsrat setzt die Behandlung des Rechenschaftsberichtes für 1922 fort. Beim Abschnitt Armenwesen wird mit 114 gegen 64 Stimmen das Postulat der Kommission erheblich erklärt, womit der Regierungsrat eingeladen wird, zu prüfen, ob nicht die Kostgelder der kantonalen Anstalten ermäßigt werden könnten.

4. Die kantonale Hausammlung der Stiftung „Für das Alter“ ergibt 240,000 Franken.

Für die Schweizer in Deutschland sind bei der Zürcher Frauenzentrale 13,340 Kleidungsstücke, 507 Pakete mit Lebensmitteln und 298 Franken eingegangen.

5. In der Tagespresse erscheint ein von den Rektoren beider Hochschulen sowie von 27 wissenschaftlichen und schöngeistigen Verbänden der Stadt und Winterthurs unterstützter Aufruf zur Sammlung von Geldgaben für die große Not leidenden Angehörigen der freien Berufe in Baden und Württemberg.

Der Große Stadtrat fährt fort mit der Behandlung des Geschäftsberichtes für 1922. Beim Abschnitt „Finanzen“ stellt die Kommission ein Postulat auf Ermäßigung der Gebühren für Gas und Elektrizität, das vom Stadtrat entgegengenommen wird.

6. Der Große Gemeinderat von Winterthur beschließt die Förderung des Baues von 90 Wohnungen durch Genossenschaften und Private mittelst Uebernahme der zweiten Hypothek bis zu zwanzig Prozent der Baukosten sowie mittelst Abgabe von Bauland zu ermäßigten Preisen.

7. Zurzeit kommen in der Stadt auf 100 offene Stellen 205 Arbeit-suchende gegenüber 142 im November und 267 im selben Monat des Vorjahres.

8. Stäfa spendet für die Notleidenden Deutschlands 1266 Kilo Kleider und 635 Kilo Lebensmittel sowie 761 Franken in bar.

Der Stadtrat von Winterthur beantragt dem Großen Gemeinderat das Verbot der Verrichtung gewerblicher Arbeit in den Bäckereien am Sonntag.

Der Kaufmännische Verein Winterthur begeht die Feier seines sechszigjährigen Bestandes.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat, der Zürcher Kunstgesellschaft an die Kosten der projektierten Erweiterung des Kunsthauses einen Beitrag von 200,000 Franken auf Rechnung des Jahres 1924 auszurichten und auf den Zeitpunkt der Eröffnung des Neubaus den jährlichen Betriebsbeitrag von 15,000 auf 20,000 Franken zu erhöhen.

Im Alter von 74 Jahren stirbt hier Bildhauer Urs Eggenschwyler, der seit länger als vierzig Jahren hier niedergelassen war. Als Tierkenner und Bildner der tierischen Gestalt galt er weitherum als Autorität, den Kindern der Stadt aber klingt sein Name besonders vertraut wegen des auf dem Milchbuck von ihm vor vielen Jahren schon errichteten und seither unterhaltenen Wildtiergartens.

9. In Stäfa bildet sich eine Sektion Zürichsee rechtes Ufer der Vereinigung schweizerischer Prohibitionsgegner.
10. Im Kantonsrat entspinnt sich bei der Behandlung des Geschäftsberichtes der Polizeidirektion eine längere Diskussion über das Reklamewesen der Kinotheater.

Der Gemeinderat Derlikon beschließt die Unterstützung des Kleinwohnungsbaues durch Uebernahme der zweiten Hypothek bis zu 20 Prozent der Anlagelkosten zum Zinsfuß von 4—5 Prozent.

Eine im Saal zur Kaufleuten abgehaltene, von mehreren hundert kaufmännischen Angestellten besuchte Versammlung beauftragt den Vorstand des Kaufmännischen Vereins Zürich sowie den Zentralvorstand des schweizerischen Kaufmännischen Vereins mit der energischen Wahrung der Angestellteninteressen gegenüber dem von einzelnen Firmen beabsichtigten Lohnabbau.

12. Die Verordnung zum Gesetz über die öffentlichen Ruhetage wird vom Regierungsrat dahin abgeändert, daß Blumengeschäfte und Handelsgärtnereien im Dezember auch an Sonntagen, ausgenommen am ersten Weihnachtstag, von 10½ bis 20 Uhr offen gehalten werden dürfen.

Die Zürcher Hilfsaktion für die deutsche Not ernennt einen Arbeitsausschuß mit Sekretariat und bezieht ein Bureau samt übrigen erforderlichen Räumen im Amtshaus IV an der Uraniastraße.

Der Große Stadtrat beschließt vorerst zur Sicherung der Aussicht vom Waldrand aus am Spyristeig einen Landankauf für 72,622 Franken und tritt dann ein in die Behandlung der Vorlage über die Abänderung der städtischen Versicherungskasse, ohne jedoch mit der Eintretensdebatte zu Rande zu kommen.

Die Motion Leu betreffend Ueberweisung von 10,000 Franken aus der Stadtkasse an den Hilfsausschuß für die deutsche Not geht zur Prüfung an den Stadtrat.

14. Der Ausschuß für die Hilfe Zürich-Stuttgart meldet, aus allen Volkskreisen seien schon zahlreiche Spenden eingegangen in Beträgen von 50 Rappen bis zu 1000 Franken. Ferner seien für 25,000 Franken Suppenküchenzettel vertrieben worden, und die Zürcherküche in Stuttgart könne nächster Tage eröffnet werden.

15. Aus dem Konsularbezirk Zürich sind in den letzten elf Monaten für 40,415,150 Franken Waren nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgeführt worden oder für 7,153,449 Franken mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Zum Prozeßvertreter der Amtsvormundschaft wird vom Stadtrat Dr. jur. Albert Wiesendanger von und in Zürich gewählt.

17. Der Kirchenrat erläßt an die Kirchenpflegen und Pfarrämter ein Kreisschreiben, worin er mit Hinweis auf die Notlage in Deutschland, unter der namentlich auch eine gewaltige Zahl von Diakonissenhäusern, Rettungs- und Krankenanstalten, Altersheime, Waisenhäuser usw. schwer zu leiden hätten, zu einer besonderen Gabensammlung für diese gemeinnützigen Anstalten anregt, die am Weihnachts- oder Neujahrstag zu erfolgen hätte.

Dem Großen Stadtrat wird von neun Mitgliedern eine Motion (Hübler) eingereicht, wonach der Stadtrat ersucht werden soll, der Hilfsaktion für die hunternde deutsche Arbeiterschaft (Sitz in Bern) einen Beitrag von 10,000 Franken zuzuwenden.

Die Gemeinnützige Gesellschaft des Bezirkes Dielsdorf bewilligt einen Beitrag von 1000 Franken an die Gründung einer Schulzahnklinik in Dielsdorf.

18. In Uetikon a. S. ist Typhus ausgebrochen. Man zählt bereits 15 Fälle, von denen fünf tödlich verlaufen sind. Wie vom Bezirksarzt festgestellt werden konnte, rührt die Ansteckung bei fast allen Erkrankten vom Genuß verdorbenen Wassers her.

Der Kantonsrat beendet die Behandlung des Rechenschaftsberichtes für 1922. In Beantwortung einer Motion betreffend Weiterdauer des Mieterschutzes erklärt der Regierungspräsident, daß man angesichts der schweren wirtschaftlichen Krise und in Gewärtigung einer Mietzinssteigerung von 25—30 Prozent im Falle der gänzlichen Beseitigung des Mieterschutzes diesen nicht auf den 31. März 1924 schon eintreten lassen könne, sondern daß gewisse schützende Einschränkungen der Schutzverordnung weiterhin in Kraft bleiben müßten.

19. Eine Versammlung von freisinnigen Angehörigen der Landeskirche in der Stadt beschließt den Zusammenschluß der städtischen religiös-freisinnigen Vereine und Kirchengenossen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bewilligung eines Staatsbeitrages von 20,000 Franken für den Flugverkehr Manchester-London-Paris-Basel-Zürich.

Das dritte Vierteljahr brachte der Stadt eine Bevölkerungsvermehrung von 982 Seelen gegenüber der Abnahme um 478 im Vorjahre. Die Einwohnerzahl betrug Ende September 201,948 Personen oder 3900 mehr als im Vorjahre.

Der Große Stadtrat beschließt, nachdem Hubler (komm.) seine Motion zurückgezogen, der Zürcher Hilfsaktion für Deutschland einen Beitrag von 20,000 Franken zu gewähren.

20. Die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrates beschließt eine Interpellation des Regierungsrates betreffend eine größere Arbeitslosenunterstützung sowie betreffend Bereitstellung von Notstandsarbeiten für den bevorstehenden Winter.

Im Kanton zählt man zurzeit 4500 Automobile, 2580 Motor- und 81045 Fahrräder. Der Pferdebestand dagegen ist seit 1912 von 2683 auf 1504 zurückgegangen.

Heute nachmittag trifft im Hauptbahnhof ein Extrazug aus Deutschland ein, besetzt mit 800 notleidenden deutschen Kindern, von denen 200 in der Stadt selbst Pflegestellen erhalten. Ein zweiter, gleich stark besetzter Zug soll am 16. Januar 1924, ein dritter, veranstaltet von der Hilfsorganisation der Eisenbahner, am 30. Januar 1924 eintreffen.

21. Der Regierungsrat beschließt, zur Erzielung von Einsparungen an Heizmaterial, die Bureau der Zentral- und Bezirksverwaltung je am Montag 24. und 31. Dezember zu schließen. Zum Ersatz der ausfallenden zwei halben Arbeitstage soll je am Samstag, den 22. und 29. Dezember, nachmittags von 2—4 Uhr gearbeitet werden.

Eine rund tausend Mann starke Metallarbeiterversammlung in Winterthur erhebt Einsprache gegen die Einführung der 52-Stunden-Woche und ersucht das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement um Widerrufung der bezüglichen Bewilligung.

22. Nach dem neuesten Verzeichnis des Lehrkörpers und der Studierenden der Universität wirken daran 62 ordentliche und 16 außerordentliche Professoren, 10 Honorarprofessoren und 77 Privatdozenten. Es studieren 1409 oder 290 mehr Personen mehr als im letzten Semester; ferner sind 267 männliche und 460 weibliche Auditoren erwähnt.

24. Die Staatsrechnungskommission beantragt dem Kantonsrat den Auftrag an die Regierung, es sei für die Erhöhung von Besoldungen über die Höchstanfätze hinaus jeweilen die Bewilligung des Kantonsrates einzuholen.

Der Wirteverein Wädenswil beschließt, am ersten Weihnachtstage die Wirtschaften abends 8 Uhr zu schließen, damit es auch den Wirten möglich werde, zusammen mit ihren Angehörigen Weihnacht zu feiern.

26. Im Alter von 82 Jahren stirbt in Enge alt Stadtrat Elias Hasler. Mit ihm ist wieder einer der Männer dahingegangen, die seit Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zielbewußt und tatkräftig die Vereinigung der alten Stadt mit ihren damaligen zehn Außengemeinden angeregt und zu verwirklichen geholfen haben.

27. In Gorgen wird für die Primar- und Sekundarschüler auf Gemeindefkosten die Schulzahnpflege eingeführt.

28. Heute und morgen werden wiederum wie in den letzten zwei Jahren die Arbeitslosen der Stadt, etwa 1500, in der Stadthalle beschenkt mit einem Extraschübbling, dazugehörendem Bürli und Rauchzeug, alles gestiftet von den Berufsverbänden der Bäcker- und Metzgermeister sowie der Zigarrenhändler.